

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Castros Saat geht auf

Als ich im Herbst 1966 – als Teilnehmer einer Forschungsgruppe des DDR-Außenministeriums – am Institut für Internationale Beziehungen meine Dissertation zur Lateinamerikapolitik der USA-Präsidenten Kennedy und Johnson vorlegte, konnte Washington die südliche Hälfte des Doppelkontinents noch als seinen „Hinterhof“, als unbestrittene eigene Einflusssphäre betrachten. Im Frühjahr 1964 war in Brasilien, dem größten Staat Lateinamerikas, ein durch die CIA lanciertes blutiges Generalsregime an die Macht geputscht worden, um die sich anbahnende Linksentwicklung noch rechtzeitig abzufangen. Nur Tage vor dem faschistischen Coup hatte mir der auch als „Ritter der Hoffnung“ und Lebenspartner Olga Benarios bekanntgewordene brasilianische KP-Generalsekretär Luis Carlos Prestes in einem Interview für das DDR-Fernsehen erklärt, er sehe „keine akute Gefahr“, da das Militär seines Landes „traditionell demokratisch eingestellt“ sei. Das war leider ein Trugschluß. Auch auf andere lateinamerikanische Länder warf der Faschismus seine Schatten: Guatemala, Argentinien, Uruguay und Chile. Zuvor gab es dort die kurze, aber grandiose Phase der Unidad Popular, die mit dem gewaltsamen Tod Salvador Allendes endete.

Während meiner Tätigkeit beim „alten“ ND bin ich im Laufe der Jahre mit den Führern fast aller kommunistischen Parteien Lateinamerikas zusammengetroffen. So konnte ich die Meinungen von Argentiniers Arnedo Alvarez, Uruguays Rodney Arismendi, Perus Jorge del Prado, Ecuadors Pedro Saad, El Salvadors Schafik Handal und später auch Chiles Gladys Marin in Erfahrung bringen. Beeindruckend war für mich, mit welcher Wärme solche erfahrenen Generalsekretäre auf Kuba blickten, wo sich die revolutionäre Macht, solidarisch unterstützt durch die anderen sozialistischen Staaten, zu behaupten und zu konsolidieren vermochte. Kuba hat allen Stürmen, Drohungen und Belastungen standgehalten. Das ist nicht allein für sein tapferes Volk ein Grund des Stolzes, sondern auch für den revolutionären Prozeß im kontinentalen und weltweiten Maßstab von historischer Bedeutung. Der 80jährige Fidel Castro, dessen Rolle in Lateinamerika ohne falsche Überhöhung mit dem globalen Gewicht Lenins verglichen werden darf, kann heute die Bilanz ziehen, daß die von ihm und seinen Genossen gelegte Saat aufzugehen beginnt. Dabei sollte man die Möglichkeiten des imperialistischen Gegners nicht unterschätzen und dessen konterrevolutionäre Schachzüge stets im Auge behalten. Aber Lateinamerika ist für die Fortschrittskräfte in der Welt zu einem Kontinent der Hoffnung geworden.

Als neue Erfahrung erweist sich die Tatsache, daß der Impuls zur Gesellschaftsveränderung in Ländern wie Venezuela,

Bolivien, Ekuador und Nikaragua nicht in erster Linie von deren mutig kämpfenden kommunistischen Parteien ausgegangen ist, sondern von breitgefächerten sozialen und politischen Bewegungen, die nur zum Teil marxistisch beeinflusst sind. Dabei ist das anfeuernde Beispiel solcher Persönlichkeiten wie Venezuelas Hugo Chávez – eines Militärs, dessen engster Berater niemand anderes als Fidel Castro ist –, Boliviens Evo Morales, der die indianische Komponente einbringt, des namhaften Ökonomen und Chávez-Freundes Rafael Correa aus Ecuador und des alten sandinistischen „Schlachtroses“ Daniel Ortega aus Nicaragua von hohem Wert. Diese vier lateinamerikanischen Präsidenten haben sich fest untergehakt, um der vom Norden Amerikas und der inneren Reaktion ausgehenden Gefahr zu trotzen. Dabei schreitet Venezuela derzeit am zielklarsten voran. Sicher gibt es auch dort noch Unwägbarkeiten, Verworrenes und Illusionäres. Von einer Unumkehrbarkeit des Prozesses kann keine Rede sein. Doch: Der gläubige Katholik Chávez läßt sich immer stärker von marxistisch-leninistischen Gedanken leiten, die er mit seinen christlichen Überzeugungen verbindet. Er ist zu der Erkenntnis gelangt, daß eine revolutionäre Avantgardepartei unabdingbar ist. Sie soll alle vorwärtsstrebenden Kräfte der Gesellschaft vereinen und natürlich auch die kampferprobten Kommunisten maximal einbeziehen. Chávez weiß, daß die alte Armee, deren Offiziere überwiegend USA-Kriegsschulen besucht haben, zur Verteidigung Venezuelas nicht ausreicht. So sind eine Volksbewaffnung und die etappenweise Ausbildung von zwei Millionen Reservisten beschlossene Sache.

Unser kurzer Lateinamerika-Exkurs wäre unvollständig, würden wir nicht die Tatsache erwähnen, daß in Brasilien, Argentinien, Uruguay und selbst in Chile Präsidenten gewählt wurden, die nicht zu Washingtons Wunschkandidaten gehörten.

1966 gab ich meiner Dissertation über Strategie und Taktik des USA-Imperialismus zur Beherrschung Lateinamerikas den Untertitel „Vom verdeckten, mittelbaren, eingeschränkten zum offenen, direkten und uneingeschränkten Interventionismus“. Heute würde ich anderes in den Vordergrund stellen. Denn die in Irak festgenagelten USA sind dabei, das Spiel in der südlichen Hälfte des amerikanischen Doppelkontinents, der schon lange nicht mehr ihr „Hinterhof“ ist, Stück für Stück zu verlieren. Noch besitzen sie viele Karten. Doch die Stiche machen derzeit ihre Kontrahenten. Wer denkt da nicht an David, der sich Goliath furchtlos entgegenstellte! Was in Kubas Sierra Maestra begann, hat auf den Süden Amerikas übergegriffen und wird zum Buschfeuer. Keine gute Nachricht für Mr. Bush.

Klaus Steiniger



INHALT

Die Verantwortung des Staatsanwalts Anselmann ver.di-Gewerkschafter fordern allumfassendes Streikrecht	S. 2
Exklusivinterview mit Genossen Egon Krenz zu Kuba	S. 3
Leserdebatte zum Timm-Artikel: Auf „jähle Wendungen“ nicht vorbereitet	S. 4
Warnungen der Sicherheitsorgane in den Wind geschlagen	S. 5
Konterrevolutionäre Situation verkannt	S. 6
Innerparteiliche Demokratie wurde zur Farce	S. 6
Lähmung der politischen Führung	S. 7
Im Herbst 1989 war es schon zu spät	S. 7
Die Waffen zu früh gestreckt	S. 8
Warum Kuba standgehalten hat	S. 8
Was ist Recht?	S. 9
Der Russenhaß hat ein Gesicht	S. 10
Die Abzockergesellschaft	S. 11
Moritat der letzten Ölung	S. 12
Brief aus der „Heldenstadt“	S. 12
Hauptinhalt künftiger Klassenkämpfe	S. 13
Bei Frau Dastutnichtsursache	S. 14
Das Berlin/Bonn-Gesetz muß weg!	S. 15
Gedanken zu einem historischen Foto	S. 16
■ Zu einigen Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR	I-IV
Kh. Effenberger: Ein Talent der DDR	S. 17
Sie giften und giften ...	S. 18
Eine anrührende Ehrung	S. 18
Das ZDF probte den „Aufstand der Alten“	S. 19
Gera: „RotFuchs“-Regionalgruppe	S. 19
Nur die Spitze des Eisbergs	S. 20
Die „Faszination des Bösen“	S. 20
Libanon: Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser	S. 21
Zum Irak-Engagement der BRD	S. 22
NATO-Protectorat Afghanistan	S. 23
Juden in Polen	S. 24
Ein Ungar, der in der DDR zu Hause war	S. 25
Der kleine Unterschied	S. 25
Vor 5 Jahren starb M. Neumann	S. 26
Erinnern an den „roten Dänen“	S. 27
Gift im Chinaimbiß	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Noch einmal zur Nazi-Morddrohung gegen den „RotFuchs“ Die Verantwortung des Staatsanwalts Anselmann

An die
Staatsanwaltschaft Berlin
Herrn Staatsanwalt Anselmann

10548 Berlin

Aktenzeichen 81 Js 3457/06

Sehr geehrter Herr Anselmann!

Ihre in obengenannter Sache getroffene Einstellungsentscheidung fordert eine Reaktion regelrecht heraus, denn sie ist für einen Rechtsstaat, als den sich die Bundesrepublik Deutschland versteht, völlig unverständlich und nahezu skandalös. Daher sei es mir gestattet, mich zumindest zu zwei Aspekten zu äußern.

1. Zunächst zum politischen Charakter dieser Entscheidung. Verstehen, wenn auch nicht akzeptieren kann ich noch, daß sich die Ermittler bei der Untersuchung von Morddrohungen gegen Sozialisten und Kommunisten nicht gerade „ein Bein herausreißen“. Daß aber die Ermittlung der Täter durch einen Staatsanwalt einfach abgelehnt wird, ist nicht hinnehmbar. Übrigens: Die Erfahrung der bundesdeutschen Rechtspraxis zeigt, daß sich dort, wo der politische Wille ist, auch ein juristischer Weg findet. Wer Sozialisten und Kommunisten mit Mord bedroht, ist entweder ein Anhänger faschistischer Ideen geistiger Nähe. Auch wenn der Verfasser der den Gegenstand der Anzeige bildenden E-Mail das sogenannte Dritte Reich als schlimm bezeichnet, sind seine Forderungen eindeutig der faschistischen Ideologie zuzuordnen. Ich darf Sie an die leidvolle Geschichte des deutschen Volkes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnern. Es waren zuerst Kommunisten, die bereits in der Weimarer Republik von den braunen Horden mit Mord bedroht und deren Mordopfer wurden. Nach dem Machtantritt der Faschisten waren es dann auch viele Sozialdemokraten, Mitglieder bürgerlicher Parteien und letztendlich Millionen Deutsche und Bürger anderer Staaten, die dieser zunächst geduldeten (und auch bejubelten) verbrecherischen Politik der Nazis zum Opfer fielen. Wehret den Anfängen! Mit solchen Taten, die Sie als nicht

strafbar ansehen, hat es schon einmal begonnen. Im Kampf gegen Neonazis und nazistisches Gedankengut darf es kein Zurückweichen geben. Dafür tragen auch Sie als Staatsanwalt Verantwortung, heute und für die künftige Entwicklung in diesem Lande. Nehmen Sie diese Verantwortung wahr und nicht Morddrohungen gegen Sozialisten und Kommunisten in Schutz.

2. Aus Ihrer Entscheidung in dieser Sache ergeben sich für mich einige juristische Fragestellungen. Angenommen, ein Empfänger von Arbeitslosengeld II, der durch diese Maßnahmen in eine soziale Notlage geraten ist, sendet eine E-Mail an das Bundeskanzleramt. Im Text enthalten ist folgende Äußerung:

„Die derzeitige BRD ist schlimmer als die DDR, und alle Funktionäre und Aktivisten dieses Systems BRD sollten gehängt oder mit Genickschuß hingerichtet werden.“

Ein anderes Beispiel: Ein Bürger, der eine Gerichtsentscheidung als ungerecht empfindet, empört sich darüber mit einer E-Mail an ein Gericht, die mit folgenden Worten endet: „Alle Staatsanwälte und Richter sollten gehängt oder mit Genickschuß hingerichtet werden.“

Sind diese Handlungen ebenfalls vom Recht auf Meinungsfreiheit geschützt? Sind derartige Handlungen kein Anlaß dafür, zumindest offizielle Ermittlungen einzuleiten?

Ich darf Ihnen versichern, daß es mir mit meinen in diesem Schreiben geäußerten Sorgen wegen der Zunahme neonazistischer Straftaten in Deutschland, dem Erstarken neofaschistischer Organisationen sowie der Verbreitung faschistischen Gedankenguts und damit meiner Sorge um die Demokratie in diesem Land sehr ernst ist. Deshalb bitte ich Sie, dieses Schreiben auch entsprechend zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Stenker, Halle

ver.di-Gewerkschafter fordern allumfassendes Streikrecht

Die schärfste Waffe

Dem RF wurde folgender Bericht per E-Mail zugesandt:

Die Bezirksversammlung (8 München) von ver.di hat folgendes beschlossen:

Angesichts des massiven Abbaus sozialer und demokratischer Rechte darf das Streikrecht nicht länger auf tariffähige Ziele begrenzt bleiben. Wir fordern den ver.di-Bundesvorstand auf, sich für ein allumfassendes Streikrecht nach den Maßgaben der Europäischen Sozialcharta, einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks, einzusetzen, die Gewerkschaftsmitglieder über seine Notwendigkeit zu informieren und für Aktivitäten zu mobilisieren.

Begründung:
Die Angriffe der Unternehmer auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind so schwer und tiefgreifend, daß sie nur bei gemeinsamer Gegenwehr aller Gewerkschaften zusammen verteidigt werden können. Nur durch Streik kann der weitere Abbau unserer demokratischen und sozialen Rechte verhindert werden. In diesem Sinne äußerten sich auch die ver.di-Vertreter auf einer Funktionärskonferenz der Region Stuttgart.

Außer in Deutschland ist der politische Streik in Europa nur noch in Großbritannien und Dänemark verboten. ...

Die gegen Streiks gerichteten Urteile des Bundesarbeitsgerichts u. a. verstoßen mehrheitlich gegen die Bestimmungen der Europäischen Sozialcharta (ESC). In der Ziffer 4 des Artikels 6 heißt es dort in allgemeiner Form, daß das Recht der Arbeitnehmer auf kollektive Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Falle von Interessenkonflikten ... garantiert ist. Daraus leitet der für die Überwachung der Einhaltung der ESC zuständige Sachverständigenausschuß des Europarats die Zulässigkeit von Solidaritätsstreiks und auch von Arbeitsniederlegungen ab, die nicht von der Gewerkschaft getragen werden.

Die Bundesregierung wird uns auch weiterhin nicht den Gefallen tun, das deutsche Arbeitsrecht in diesem Sinne zu ändern, wenn wir uns nicht dafür einsetzen. Rechte bekommt man, indem man sie sich nimmt, konstatierte der ehemalige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche.

Anselmann wohlauf

Herr Staatsanwalt Anselmann hat Jürgen Stenker am 29. Januar 2007 u. a. folgendes geantwortet:
Es besteht kein Anlaß, mit nicht verfahrensbeteiligten Personen in allgemein politische Erörterungen einzutreten. Ähnliche Eingaben ohne Verfahrensbezug werden zukünftig nicht beantwortet.

Am **19. März** begeht der führende DDR-Politiker

Genosse **Egon Krenz**

1989 kurze Zeit Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, der nach dem Sieg der Konterrevolution von der BRD-Rachejustiz als Kommunist verfolgt wurde und ihr aufrecht gegenübertrat, seinen

70. Geburtstag

Der „RotFuchs“ gratuliert Egon Krenz herzlich und dankt ihm für seine stete Bereitschaft, die Arbeit unserer Regionalgruppen zu unterstützen.

Wünsche

Ein Dach über'm Kopf,
immer ein Dach,
ach,
das ist viel
kalt sind die Nächte,
die Erde kühl.

Aber auch umgekehrt
wäre er wünschenswert
der KOPF unterm DACH
denkend und wach,
den Blick nicht verengt
uneingeschränkt
durch Fenster, die blind,
nach draußen zu seh'n!

Türen, die offen steh'n
für die ohne Dach
über'm Kopf
und ach,
schon als Kind
ohne Obdach der Welt
verloren sind.

Käthe Seelig

Exklusivinterview mit Genossen Egon Krenz

Wir stehen fest an der Seite Kubas

Du hast im Dezember 2006 erstmals seit 21 Jahren Kuba besucht ...

Dazwischen lag eine Begegnung mit Fidel Castro. Er hatte 1987 auf dem Weg zu einem internationalen Treffen anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution einen Zwischenaufenthalt in Berlin. Erich Honecker war in Moskau. Deshalb empfang ich Fidel. Er stellte mir schwierige Fragen zur Situation in den europäischen sozialistischen Ländern. Es war unschwer zu erkennen: Er sorgte sich, daß der Gorbatschow-Kurs allen in der Welt schadet, die zum Sozialismus streben.

Mit welchen Gefühlen bist Du nun nach Kuba geflogen?

Das hat viel mit meiner damaligen Diskussion mit Fidel zu tun. Ich erinnerte mich an seine Rede vom 17. November 2005 an der Universität Havanna. Dort formuliert er eine für die Zukunft des Sozialismus existentielle Frage, der wir uns in der DDR-Führung leider nie gestellt haben: „Ist die Revolution unumkehrbar oder nicht?“ Sie könne, so seine Meinung, „nur durch unsere Schwächen und Ungleichheiten“ zerstört werden. Dem Sinn nach argumentierte er 1987 ähnlich. So war ich bei meiner Ankunft in Kuba schon etwas befangen. Fidels Zweifel von damals haben sich leider bestätigt. Meine Hoffnung, daß die sozialistischen Länder erfolgreich sein könnten, hat sich zerschlagen. Kuba blieb vor der Haustür der USA allein, nur 90 Seemeilen vom mächtigen Feind entfernt: Ohne Solidarität aus Moskau und Berlin, ohne Erdöl, ohne vereinbarte Warenlieferungen, ohne Spezialisten aus den RGW-Ländern, ohne politischen, moralischen oder militärischen Beistand der einstigen Verbündeten. Es gab wenig zu essen und keine neuen Wohnungen. Und trotz alledem: Der Sozialismus auf Kuba überlebte. Welch eine historische Leistung!

Hat sich die Lage inzwischen entspannt?

Ja. Die Wirtschaft wächst. Das Land hat sich eine gute touristische Basis aufgebaut. Die Handelsbeziehungen, vor allem mit der VR China, mit Vietnam und Venezuela funktionieren zum gegenseitigen Vorteil. Die Entwicklung linker Kräfte in Lateinamerika – vor allem in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua – gibt den Kubanern Kraftzuwachs. Den Wahlsieg von Chávez feierten sie wie einen eigenen Erfolg. Und was mir am wichtigsten ist: Die Menschen haben Zuversicht. Sie wissen, daß das Erreichte nur Ausgangspunkt für die Behebung noch vorhandener Unzulänglichkeiten ist.

Welche Rolle spielt die Menschenrechtsdemagogie des Imperialismus?

Die Menschenrechte auf Kuba werden durch die USA verletzt, nicht durch Havanna. Ich denke nicht nur an die Folterhölle Guantánamo. Es ist die USA-Blockade, die das Leben jedes Kubaners erschwert. Die Feinde Kubas sprechen von Menschenrechten und meinen ihre Freiheit im Vorgehen gegen das sozialistische Gesellschaftssystem. Diese „Freiheit“ lehnt die Mehrheit der Kubaner ab. Das hängt auch damit zusammen, daß es in keinem kapitalistischen Land ein solches Maß an sozialer Gleichheit gibt wie auf Kuba. Und das Wichtigste: Der Dialog zwischen der kubanischen Führung und dem Volk funktioniert. Wer aus Europa beklagt, daß nicht jeder Dissident einen Internetanschluß hat, verkennt, daß die Kubaner ihre Angelegenheiten selbst regeln. Wer das beachtet, ist willkommen, nicht aber jene, die den Kubanern ihre Würde nehmen wollen.

Kuba macht auf wichtigen Feldern selbst hochentwickelten Ländern etwas vor ...

Kuba hat ein vorbildliches Schulsystem. Wer in Deutschland, wie die PDS-Führung, von einer „Skandinavisierung“ des Bildungssystems spricht, sollte sich in Kuba umschaun. Dort bewährt sich ein einheitliches Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Universität. Es bietet allen Kindern des Volkes die gleichen Chancen. Vorbildlich ist auch das Gesundheitswesen. Bei der Senkung der Kindersterblichkeit beispielsweise liegt Kuba auf einer Stufe mit Kanada weit vorn in der Welt. Die Kubaner haben eine höhere Lebenserwartung als ihre nordamerikanischen Nachbarn. Beim Besuch einer Poliklinik sagte mir eine Ärztin, auf Kuba gebe es nur Patienten, keine „Kunden“. Pränatantler läßt sich der Unterschied zum profitorientierten Gesundheitswesen wohl kaum benennen. Begeistert hat mich der Besuch einer Augenklinik, in der nach modernsten Operationsmethoden Menschen das Augenlicht wiedergegeben wird. Darunter inzwischen schon 450000 Bürger aus lateinamerikanischen Ländern. Solidarität und Kuba sind eben eins. Wer ideologisch nicht verblendet ist, erlebt, daß sich Kuba inmitten großer gesellschaftlicher Veränderungen befindet. Ich bin sicher: Wegreformieren lassen sich die Kubaner den Sozialismus nicht. Einen Systemwechsel wie in europäischen sozialistischen Ländern 1989/90 wird es nicht geben.

Die bürgerlichen Medien sprechen vom Ende der „Ära Castro“ ...

Was die bürgerlichen Medien „Ära Castro“ nennen, ist ja in Wirklichkeit der erfolgreiche Weg Kubas von einem unterdrückten zu einem freien und sozialistischem

Land, der seit mehr als einem halben Jahrhundert von Fidel geprägt wird. Er hat bisher neun USA-Präsidenten überlebt, die ihn mit Hilfe ihrer Geheimdienste ermorden wollten. Seine Persönlichkeit und seine Ideen werden Kubas Politik auch in Zukunft mitbestimmen. Castro und Kuba sind Synonyme. Raúl meinte jüngst, Fidel sei als Persönlichkeit unersetzbar. Es gebe aber die Kommunistische Partei, die kollektiv handelt. In diesem Bekenntnis liegt ja die Überzeugung, daß die Errungenschaften der Revolution nicht zur Disposition stehen. Ich erlebte ein Land, in dem es trotz der Sorgen um Fidels Gesundheit eine optimistische Gelassenheit der Bevölkerung gibt. Dies spricht für politische Stabilität.

Hat Raúl die Dinge fest im Griff?

Raúl trägt die gegenwärtige Verantwortung ja nicht, weil er der Bruder von Fidel ist. Er ist von Anfang an einer der führenden Köpfe der kubanischen Revolution. Nach meinen Beobachtungen gibt es zudem eine bemerkenswerte Einheit der Generationen. Die Führungsgremien wurden seit langem verjüngt. Ich traf Freunde, die zu meiner FDJ-Zeit Funktionen im Jugend- oder Studentenverband hatten. Jetzt sind sie in höchsten Partei- und Staatsämtern. Zwischen sie und die Generation von Fidel und Raúl paßt kein Blatt Papier. Es gibt eine prinzipielle Übereinstimmung über die Kontinuität der kubanischen Revolution. Raúl informierte mich, daß alles getan wird, um die Einheit von Volk, KP und Streitkräften zu festigen. Diese Einheit, so hieß es in seiner Ansprache am 2. Dezember, sei die wichtigste „strategische Waffe, die es der kleinen Insel ermöglicht, sich standhaft zu halten“.

Fürchten die Kubaner Bushs Droh- und Abenteuerpolitik?

Die USA haben im Zusammenhang mit Fidels Erkrankung erklärt, sie hätten einen Geheimplan zum Sturz der Regierung. Sie geben Unsummen für die Desinformation der Bevölkerung und für die Bezahlung von Helfershelfern aus Europa aus. Sie versuchen, Kuba sturmreif zu machen. Die Militärparade hat signalisiert: Kuba ist gut vorbereitet, mögliche imperialistische Abenteuer zu durchkreuzen. Gleichzeitig hat Raúl den USA angeboten, alle strittigen Fragen friedlich zu lösen. Nur eine sei nicht verhandelbar: die Souveränität und die Freiheit Kubas. Es hält durch und geht seinen sozialistischen Weg. Das ist meine feste Überzeugung. Sie hat sich während meines Besuchs noch verstärkt. Kuba braucht unsere Solidarität. Jeder, der den sozialistischen Idealen treu ist, sollte darüber nachdenken, wie er die Aktivitäten von Cuba Si und anderen Hilfsorganisationen unterstützen kann.

Die Fragen stellte Klaus Steiniger.

Leserdebatte zu dem Artikel des Genossen Helmut Timm „Über unser eigenes Versagen“

Auch aus einer Niederlage kann man Kraft für künftige Siege schöpfen

In der Januar-Ausgabe des RF erschien der Artikel des Genossen Helmut Timm aus Groß Nemerow „Über unser eigenes Versagen“. Er warf Fragen auf, die vielen unserer Leser seit den Herbsttagen 1989 auf den Nägeln brannten. Bei der Redaktion ging „ein Waschkorb“ voller Post ein. Die Zuschriften aus fast



allen Teilen des Landes widerspiegeln die Sorge aufrechter Kommunisten, Sozialisten und anderer Weggefährten um die Zukunft der revolutionären Sache in Deutschland. Sie offenbaren zugleich ihr reifes Urteilsvermögen und ihre selbstkritische Sicht. Der „RotFuchs“ hat sich entschlossen, einen repräsentativen Ausschnitt der Einsendungen zu veröffentlichen. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, deren Briefe und Beiträge wir hier nicht berücksichtigen konnten, weil sonst Wiederholungen unvermeidlich gewesen wären, um ihr Verständnis.

Auf „jäh Wendungen“ nicht vorbereitet

Genosse Helmut Timm stellt in seinem Beitrag die Forderung, über die Gründe unseres Versagens im Herbst 1989 nachzudenken. Dem kann ich nur zustimmen, halte aber den hier dargelegten Ansatzpunkt, daß selbst im Augenblick der höchsten Gefahr der Partei- und Staatsapparat nicht eingesetzt wurde, bei weitem als zu kurz gegriffen. Warum haben wir die Macht mehr oder weniger kampflös aus den Händen gegeben? Dazu nur einige Gedanken.

1. Im Herbst 1989 war es wahrscheinlich (fast) schon zu spät, die DDR und ihr gesellschaftliches System zu erhalten. Ob es tatsächlich zu spät war, wäre erst offenbar geworden, wenn wir einen ernsthaften Versuch unternommen hätten, uns zur Verteidigung des Sozialismus der Konterrevolution entgegenzustellen. Die

Bedingungen dafür wurden jedoch in den Jahren zuvor verspielt. Die oft zitierte Mahnung, auf jäh Wendungen vorbereitet zu sein, blieb so gut wie ohne praktische Konsequenzen.

2. Die politisch-ideologische Basis für die Verteidigung des Sozialismus in der DDR war erheblich geschwächt worden. Die Partei hatte die Verbindung zu den Massen weitgehend verloren. Unsere ideologische Arbeit ging an den sich anstauenden Problemen vorbei. Die Partei- und Staatsführung besaß nicht mehr die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung. Auch viele der ehrlichen und dem Sozialismus ergebenen Parteimitglieder hatten das Vertrauen in die Parteiführung, auch in so manchen Parteifunktionär der Bezirks-, Kreis- und Betriebsebene, verloren. Angehörige der NVA und der Schutz- und Sicherheitsorgane waren davon nicht ausgenommen. Das disziplinierte Hofen darauf, daß die Parteiführung Veränderungen

zur Lösung der sich anstauenden Probleme einleitet, wurde Jahr für Jahr enttäuscht.

3. Das ZK und sein Politbüro – gerne als „Kollektiv“ bezeichnet – haben es nicht fertiggebracht, den selbstherrlichen Generalsekretär und die für den Stillstand unmittelbar verantwortlichen Sekretäre des ZK abzulösen und eine wirklich revolutionäre, sich den Aufgaben der Zeit stellende, personell geeignete Parteiführung zu bilden. Viele SED-Genossen und auch parteilose Kommunisten haben darauf gewartet. Unter einer solchen Führung wären wir uneingeschränkt zum Kämpfen bereit gewesen. Waren wir das auch für eine Führung, die nicht mehr unser Vertrauen genoß?

4. Die Frage der Macht ist entscheidend, darf aber nicht von den ökonomischen und ideologischen Fragen getrennt oder gar verabsolutiert werden. Die Macht ist nur zu erhalten, wenn sie von einem möglichst großen Teil der Bevölkerung mitgetragen, unterstützt und verteidigt wird. Die Bereitschaft dazu war im Herbst 1989 infolge der Entwicklung in den Jahren zuvor offensichtlich stark geschwächt. So

wirkt der Ruf des Genossen Timm nach dem Einsatz der Staatsgewalt in dieser Situation als nicht realistisch. Die führenden Genossen der Partei haben ihre Hausaufgaben bei der politischen Lösung der Probleme in der DDR nicht gemacht und rufen nach der Staatsgewalt. Leider herrschte dieses Denken über Jahre vor. Man glaubte, ungelösten gesellschaftlichen Problemen mit dem Einsatz der Schutz- und Sicherheitsorgane Herr werden zu können. Die bekannte Äußerung des Generalsekretärs, man weine Bürgern der DDR, die ihren Staat verlassen wollten, „keine Träne nach“, dürfte noch in schlechter Erinnerung sein.

5. Genosse Timm erwähnt auch die damals nicht mehr mögliche Hilfe von außen. Konnte man denn in den 80er Jahren (selbst ohne Gorbatschow) auf eine solche Hilfe ernsthaft hoffen oder sich sogar darauf verlassen, nach der nochmals

mit ihr gelungenen Eindämmung der Konterrevolution in der ČSSR, nach dem Verlust der Volksmacht in Polen, nach Afghanistan? Daraus nicht rechtzeitig die Schlußfolgerung gezogen zu haben, daß wir uns in Machtfragen nur selbst helfen können, war ein weiterer Fehler.

Vielleicht sind meine Worte über das weitaus umfassendere Versagen unserer Parteifunktionäre (und unser eigenes Versagen) gegenübermanchem dieser Genossen und

Mitstreiter ungerecht. Sicher haben sich einige von ihnen für eine Veränderung der Lage eingesetzt. Letztendlich haben wir aber unsere Pflicht zur politischen Gestaltung und zum Schutz des Sozialismus in der DDR unter den jeweils aktuellen Bedingungen und im Angesicht der zunehmenden Angriffe des Klassenfeindes bereits Jahre vor 1989 nicht erfüllt.

Jürgen Stenker, Halle

Ohne ein Bündnis mit Nichtkommunisten auf den verschiedenartigsten Tätigkeitsgebieten kann von einem erfolgreichen kommunistischen Aufbau keine Rede sein.

(LENIN, LW 33/213)



Warnungen der Sicherheitsorgane in den Wind geschlagen

Der Feststellung Helmut Timms, daß „... wir unser Wissen um die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus sträflich außer acht gelassen ...“ haben, ist voll zuzustimmen. Allerdings haben wir das leider nicht erst „in den stürmischen Herbsttagen des Jahres 1989 ...“ getan.

Richtig ist auch, daß uns gegenseitige Schuldzuweisungen nichts nützen. Tatsache ist, daß wir, die wir politische, wirtschaftliche oder militärische Verantwortung trugen, letztendlich versagt haben. Wenn wir heute danach fragen, warum unsere Sache, der wir die besten Jahre unseres Lebens gewidmet haben, vorerst eine Niederlage erlitten hat, dann müssen wir schon genauer Ursachen und Wirkungen, aber auch Verantwortlichkeiten für damalige Entwicklungen benennen.

Helmut Timm verweist darauf, daß wir 40 Jahre lang einen gesellschaftlichen Dialog in der DDR hatten und ihn nicht 1989 erst erfinden mußten. Das ist richtig. Indes haben wir in den letzten Jahren der DDR offensichtlich zu wesentlichen Fragen, die die Menschen hatten, eben keinen Dialog mehr geführt. Konnten wir nicht, oder wollten wir nicht? Wußten wir nicht, was die Menschen bewegte, auf welche Fragen sie nach Antworten suchten, oder wollten wir es nicht wissen?

Ein Beispiel zum Fehlen eines solchen Dialogs: Mitte der 80er Jahre erlangte die Ausreiseproblematik in der politischen Auseinandersetzung mit der BRD zunehmende Bedeutung. Die Übersiedlungserforschenden fanden sich beispielsweise, oft in Anwesenheit von Westjournalisten, zu öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zusammen. Ihre soziale Zusammensetzung gab mehr und mehr Veranlassung zu Sorge, denn es handelte sich in der Regel um gut ausgebildete junge Facharbeiter, Ingenieure, Ärzte und Wissenschaftler, deren Weggang der DDR weh tun würde.

Da die Sicherheitsorgane, bei denen ich als Leiter einer Kreisdienststelle des MfS tätig war, nie die Auffassung vertraten, daß diese Personen a priori alle Feinde der DDR oder Agenten des Westens seien, wurde nach Wegen gesucht, dieser Erscheinung begegnen zu können.

In einer großen Kreisstadt Thüringens, und damit repräsentativ, wurden deshalb die angegebenen Gründe der Antragsteller analysiert (es handelte sich übrigens im DDR-Durchschnitt um ca. 1–2 % der Bevölkerung – eine Zahl, die heute nirgendwo erscheint!). Gleichzeitig wurden Gespräche mit ausgewählten Personen geführt, um einerseits Motive klarer sichtbar zu machen und andererseits zu versuchen, eine Rücknahme der Anträge zu erreichen (das im Prinzip leider ohne Erfolg). Die Gespräche fanden nicht als Befragungen oder Vernehmungen statt, sondern in Diensträumen der Personen, in Gaststätten oder auch in den Wohnungen der Betroffenen.

Die Auswertung der erarbeiteten Informationen belegte, daß bei den Motiven für die Antragstellung erst nachrangig die Ablehnung von Teilen des DDR-Gesellschaftssystems oder seiner Gesamtheit genannt wurden. Weit davor lagen: gutes Geld („harte Währung“) für gute Arbeit, Lebensstandard, Reisen, Autos, Familienzusammenführung.

Solche Wünsche waren weder verwerflich noch feindlich.

Die Erkenntnisse, die DDR-weit gleich waren, wurden an die verschiedenen Ebenen der Parteiführung weitergeleitet. Angeregt wurde die Erarbeitung und Umsetzung einer politischen Strategie zum Umgang mit diesem Problem.

Was geschah? Über Jahre nichts. Das Wichtigste wäre wohl ein Dialog mit den Bürgern zu all diesen Fragen gewesen, selbst wenn wir auf manche Frage keine erschöpfende Antwort hätten geben können.

In Parteidokumenten für die Öffentlichkeit fand sich kaum ein Wort dazu. Der Umgang der Partei mit diesem Thema wurde immer konfuser. Man schob es auf die Abteilungen Inneres der Räte und die Sicherheitsorgane ab. Die politischen Entscheidungen der späteren Jahre, z. B. bei Botschaftsbesetzungen, glichen einer Fahrt auf der Geisterbahn. Der Höhepunkt war der politisch gewollte Transport der Prager Botschaftsbesetzer über das Territorium der DDR in die BRD.

Noch ein Beispiel zum ausgebliebenen Dialog: Es war üblich, daß der 1. Kreissekretär der Partei zum Abschluß jeder Beratung mit dem Ratsvorsitzenden und den Leitern der Sicherheitsorgane des Kreises die Stimmung der Bevölkerung wissen wollte.

So geschah es auch im Frühsommer 1989. Jeder der Anwesenden berichtete aus seinem Bereich, keiner hatte Freude an seinem Vortrag. Die Stimmung war bedrückend und besorgniserregend. Es herrschte tiefe Unzufriedenheit mit der Lage z. B. in den Bereichen Handel, Versorgung, Dienstleistungen, Bauwesen, Medienpolitik (Presse und Sender), Reisemöglichkeiten. Es hätte auch hier nur einen Weg gegeben: Dialog mit der Bevölkerung zu Ursachen und möglichen Lösungsansätzen.

Wenige Tage später traf ich den Kreissekretär zufällig auf der Straße. Er sah nicht gut aus ... Er nahm mich mit in sein Arbeitszimmer und erklärte mir dort, daß er soeben von einer Beratung in der Bezirksleitung gekommen sei. Man habe ihn grob angegriffen, weil er die Stimmung unter der Bevölkerung so dargestellt habe, wie sie sei. Von einer Solidarisierung seiner Amtsbrüder mit ihm gegenüber der Bezirksleitung sagte er kein Wort ...

Unzweifelhaft ist, daß es keinen SED-Kreis-, Bezirks- oder ZK-Sekretär gab, der die Lage in der DDR nicht gekannt hätte. Aber alle Hinweise und Warnungen verhallten. Warum?

Erschreckend waren spätere Äußerungen dazu aus der Parteiführung:

Erich Honecker: „... Ich möchte sagen, daß ich fast alle Informationen des MfS gelesen habe ... Die Berichte ... erschienen mir immer wie eine Zusammenfassung der Veröffentlichungen der westlichen Presse über die DDR. Ich selbst habe diesen Berichten wenig Beachtung geschenkt ...“ (Andert/Herzberg. „Der Sturz – Honecker im Kreuzverhör“, Aufbau-Verlag 1990, S. 312). Welche Ignoranz!

Hans Modrow: „... Die Zahl der Informationen stieg an, sie erfaßte ganze Bereiche wie Handel, Gesundheitswesen und andere. Es wurde so viel, daß es mir zu viel wurde ... Gab es früher noch Mitteilungen über enttarnte westliche Spione, schien sich nun die gesamte Arbeit des MfS auf die inneren Verhältnisse des Bezirkes zu konzentrieren. Aber alles zusammengekommen, ergab sich lediglich ein warnendes Bild der Zustände in meinem Verantwortungsbereich ...“ (H. Modrow. „Ich wollte ein neues Deutschland“, Dietz-Verlag 1998, S. 190). Welche Blauäugigkeit!

Es klingt wie eine Fabel: Eine Staats- und Parteiführung unterhält mit Summen Sicherheitsorgane, ohne deren Informationen ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen!

Noch einige Worte zum Einsatz der Staatsgewalt. Die Meinung von Helmut Timm dazu scheint mir sehr weit von der Realität jener Zeit entfernt. Die Schutz- und Sicherheitsorgane waren bis weit in den Herbst 1989 noch intakt, und es hätte territorial wenig Mühe bereitet, die Lage zu verändern. Nur gab es keine Antwort auf die entscheidende Frage: Was kommt dann?

Die Parteiführungen aller Ebenen waren stumm, zum Teil schon abgetaucht. Einen Aufruf „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“ oder ähnliches gab es nie. Statt dessen wurden die Kampfgruppen und Betriebsparteiorganisationen aufgelöst und theoretische Debatten über sogenannten Stalinismus in Berlin geführt. Die Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung war längst verloren.

Sollten die Mitarbeiter der Schutz- und Sicherheitsorgane die Kastanien für eine seit Jahren verfehlte Politik aus dem Feuer holen? Wer hätte die Einsatzbefehle vor Ort erteilen und verantworten müssen? In keinem Fall ein Kreis- oder Bezirkssekretär.

Ab November 1989 zerfielen auch die Sicherheitsorgane. Das MfS wurde gezielt und bewußt gelähmt, der letzte DDR-Verteidigungsminister vor Herrn Eppelmann verhinderte mit der NVA heroisch einen „Putsch des MfS“, von dem wir als Leiter dieses Staatsorgans, ohne die es nicht gegangen wäre, nie etwas gehört hatten. Unser Chef des Volkspolizeikreisamtes erschien mit leitenden Offizieren der Kriminalpolizei regelmäßig und unaufgefordert am Runden Tisch, um dort Ermittlungsaufträge abzuholen. Welche wohl?

Karl-Heinz Günther, Rudolstadt

Konterrevolutionäre Situation verkannt

Der Beitrag von Helmut Timm ist das traurige Eingeständnis totalen Versagens großer Teile der Partei im Prozeß der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der DDR Ende der 80er Jahre. Wir alle haben gelernt, wodurch eine revolutionäre Situation (also auch eine konterrevolutionäre!) gekennzeichnet ist.

1. durch eine Krise der Herrschenden, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Herrschaft in gleicher Weise zu erhalten;
2. durch das Anwachsen der Gegensätze zwischen größeren Teilen des Volkes und den Herrschenden;

3. durch die Verstärkung der politischen Aktivität innerhalb der Volksmassen.

Was nun wirklich in einer solchen Situation geschieht, hängt vor allem vom Reifegrad des subjektiven Faktors (u. a. von der Führung durch eine erfahrene kommunistische Partei) ab. In einem seiner Gedichte schreibt Bertolt Brecht:

„Wer aber ist die Partei? Sitzt sie in einem Haus mit Telefonen? Sind ihre Gedanken geheim, ihre Entschlüsse unbekannt? Wer ist sie? WIR sind sie.

Du und ich und ihr – wir alle.

In Deinem Anzug steckt sie, Genosse, und denkt in Deinem Kopf.“

Das Denken jedoch vermuteten viele Parteifunktionäre damals offenbar nur im Politbüro. Wenn von dort nichts kam, das ihnen jeden ihrer Schritte vorschrieb, dann waren sie selbst kopflos. So stürzten wir alle kopfüber in die gesellschaftspolitische „Wende“ hinein.

Andere hatten die Gunst der Stunde erkannt und für sich die Initiative ergriffen.

**Hans-Dietrich Grundmann,
Eberswalde**

Innerparteiliche Demokratie wurde zur Farce

Als relativ neuen Leser des „RotFuchs“ erfreut und beunruhigt mich dessen Inhalt. Freude empfinde ich, wenn ich so kluge und parteiliche Beiträge wie von W. Mäder, Dr. Eser, Prof. Matho und Prof. Milke lese. Traurig und ein wenig wütend machen mich solche Artikel wie der von H. Timm.

Anstatt dieses Versagen und seine Ursachen tiefgründig zu untersuchen, werden die Montagsdemos kurzerhand zu konterrevolutionären Veranstaltungen gemacht. Wenig später behauptet der Verfasser, um dies zu beweisen, daß der von den Demonstranten gewünschte Dialog mit der Partei ja schon immer gepflegt wurde. Er schreibt dies, obwohl er als ehemaliger Kreissekretär doch wissen mußte, daß es diesen Dialog selbst in der Partei schon lange nicht mehr gab. In den letzten Jahren der DDR tat die Partei alles, um jede Diskussion über die offizielle Parteilinie zu unterbinden. Selbst die innerparteiliche Demokratie wurde zur Farce. Bei Parteiversammlungen und Delegiertenkonferenzen sprach längst nicht mehr der, der was zu sagen hatte und sagen wollte, sondern der, der reden sollte. Die Leitung verteilte rechtzeitig Aufträge, wer über welches Thema zu sprechen hatte. Danach beschied sie die ausgewählten Genossen, den schriftlich ausgearbeiteten Beitrag zu einem festgelegten Termin der Leitung vorzulegen. Oft erhielten diese dann einen korrigierten Text zurück und waren gehalten, ihn genau so vorzutragen.

Wer sich weigerte, dieses System zu akzeptieren, wurde von der Diskussion ausgeschlossen. Ein kritischer Dialog kam selbst innerhalb der Partei nicht mehr zustande.

Bald danach begann die Kreisleitung Druck auf die Grundeinheiten auszuüben. Es ging darum, die von der übergeordneten Leitung empfohlenen Genossen zu wählen bzw. einen erwünschten Genossen zum Sekretär zu bestimmen. Damit nicht genug, wurde der Grundeinheit dringend empfohlen, die von der Kreis-

leitung vorgeschlagenen Genossen als Delegierte zur Kreisdelegiertenkonferenz zu schicken. Damit war alles dicht. Keine kritische Stimme kam mehr zu Wort. Die Kreis- und Bezirkssekretäre konnten dem ZK eine Geschlossenheit vorgaukeln, die es schon lange nicht mehr gab.

Haben die Genossen im Kreis und im Bezirk nicht nur allzu beflissen ihr Ansehen aufgeputzt, um möglichst noch höher zu steigen?

Nun, als die Luft brannte, wie man so schön sagt, kam plötzlich keine präzise Anleitung von oben. Offenbar hatte keiner der Kreissekretäre den Mut aufzubegehren, Fragen an die Genossen ganz oben zu stellen und Antworten einzufordern. Daran krankte unsere Partei. Erfolgsmeldungen hatten schnelle Pferde, Pannen wurden am besten unter den Tisch gekehrt.

Niemand kann mir erzählen, daß ein Kreissekretär nicht wußte, was bei uns seit Anfang der 80er Jahre schief lief. Übrigens in der gleichen Ausgabe des RF schreibt G. Wenzel einen aufschlußreichen Satz: „Nicht nur der Sozialabbau in der BRD ab 1982, als die DDR nicht mehr so attraktiv war ...“ Vielleicht fing es damals an. Wir verloren an Boden, was ja vorkommen kann, aber wir wollten uns dies nicht eingestehen und begannen uns etwas vorzumachen. Statt die Ursachen zu analysieren und unsere Genossen und die Bürger über die Probleme zu informieren und diese zu mobilisieren, begannen wir, uns selbst und das Volk zu belügen. Das war das Schlimmste. Mit jeder Lobeshymne über angebliche Erfolge, die keine waren, verloren wir das Vertrauen unserer Bürger und unserer Genossen. Trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, beschwo-

ren die Kreis- und Bezirksleitungen fast täglich die angeblich unverbrüchliche Verbundenheit von Volk und Partei. Um das zu unterstreichen, kam schließlich der Befehl von oben: Briefe schreiben – Führung loben.

Das Volk der DDR aber war enttäuscht und verunsichert. Das ständige Gerede über die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus, in der Schule sprach man sogar schon von kommunistischer Erziehung, stimmte mit der realen Situation nicht mehr überein.

Verschärft wurde die Situation durch Genex und die Intershops. Wer die D-Mark hatte, gehörte zu einer anderen Gesellschaftsschicht. Als man dann, um die gut verdienenden, aber keine D-Mark besitzenden Angehörigen der Intelligenz sowie die Staats- und Parteifunktionäre nicht zu verprellen, auch noch die Exquisit- und Delikatläden eröffnete, fühlten sich viele einfache Bürger düpiert. Der Volkszorn wuchs, und ich bin sicher, daß das MfS darüber informierte. Nur bei der Partei wollte niemand etwas wissen.

Natürlich spielten in dieser Situation Gorbatschow und die Perestrojka eine große Rolle. Als die Parteiführung der SED darauf mit dem „Sputnik“-Verbot und anderen Repressivmaßnahmen reagierte, ging das Volk auf die Straße. Daß dies von den reaktionären Kräften innerhalb und außerhalb der DDR genutzt würde, war vorauszusehen. Aus der Losung: „Wir sind das Volk“ wurde ganz schnell „Wir sind ein Volk“ und die Medien der BRD brachten ihr schärfstes Geschütz in Stellung: die D-Mark. Der Wunschtraum der DDR-Bürger, an den Einkaufsmöglichkeiten mit der D-Mark teilzuhaben, brachte die Volksmassen in Wallung. Sie hatten ja schließlich lange genug zugesehen, wie die privilegierte Schicht der D-Mark-Besitzer lebte. Unsere Parteiführung erwies sich in dieser Situation, wie Genosse Timm bestätigt, als völlig hilflos. Das besiegelte unsere Niederlage.

Die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein. Diese ist nicht durch eine chinesische Mauer von den anderen Klassen getrennt.

(LENIN, LW 22/290)

Günter Glante, Gera

Lähmung der politischen Führung

Haben die unstrittig zu benennenden Fehler und „Entartungen“, die auch zum Bild der DDR gehörten, tatsächlich ihren Untergang herbeigeführt? Was hat den Untergang denn bewirkt? Die „desolante und marode“, leistungsunfähige Wirtschaft?

Die DDR wies noch Mitte der 80er Jahre ein Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von 9800 Dollar auf, welches dem der BRD (10500) kaum nachstand. (Das kann man sogar im Brockhaus, Bd. 6, S. 630, nachlesen.) Die Auswirkungen der von Erich Honecker mit seiner wirtschaftspolitischen Linie der „Hauptaufgabe“ betriebenen Kreditverschuldung gegenüber der BRD (zum Zwecke des vornehmlichen Konsumgüterimports) haben die DDR, vor allem zuletzt, tatsächlich stark belastet. Die auf Exporte um jeden Preis gerichtete Außenwirtschaftstätigkeit mit dem unvermeidlichen Abfall der Devisenrentabilität der ausgeführten Produkte war auf Dauer nicht zu verkraften. Dennoch erfordert die Wahrheit, darauf hinzuweisen, daß die DDR als Schlußbilanz 14 Mrd. Dollar Auslandsschulden auswies (8,6 % ihres Bruttosozialprodukts von 1984/85), die Verschuldung Ungarns aber 22,8 Mrd. (120 % des BPS)

und Polens Schulden 46,5 Mrd. Dollar (61,2 % des BPS) betrug. Warschau mußte 1982 sogar jegliche Zins- und Tilgungszahlungen einstellen. Doch von einem Zusammenbruch dieser Staaten ist nichts bekannt geworden.

Allerdings brachte dann auf Grund der traditionell starken Bindung der DDR an die Wirtschaft der UdSSR der von Moskau verfügte Übergang zur Bezahlung unserer Rohstoffimporte in bar zu Weltmarktpreisen bei gleichzeitig geforderter Kreditierung unserer Maschinen- und Anlagenbauexporte sowie die Anfang 1990 vollzogene Auflösung des RGW den Außenhandel und die Wirtschaft der DDR in eine existenzbedrohende Lage.

Und was die innenpolitischen Verhältnisse der DDR im Jahre 1989 betrifft, so ist auch hier der Zusammenbruch nicht primär infolge von Mängeln und Unzulänglichkeiten des Systems erfolgt. Es scheint doch wohl so gewesen zu sein, daß Volkszorn und Protest weniger eine zerstörerische Rolle gespielt haben als vielmehr die allseitige und sichtbare Lähmung der politischen Führung. Bei den sehr viel bewegteren Vorgängen der Jahre 1953 und 1961 gab es zwar heftige Reaktionen in

der Öffentlichkeit der Staaten westlich der Grenzen der DDR, aber das war es dann auch, da die DDR fest und sicher der politischen und moralischen Unterstützung der UdSSR vertrauen konnte (von der militärischen ganz zu schweigen)

Das aber war 1989 nicht mehr der Fall. Spätestens nachdem Gorbatschow das Bedürfnis hatte, der Weltöffentlichkeit mitzuteilen, daß die DDR „zu spät gekommen“ sei (wobei eigentlich?) und „das Leben“ uns bestrafen werde, war auch dem Letzten klar, daß unser Staat außenpolitisch im Regen stand und von der UdSSR nichts mehr zu erhoffen hatte.

Offensichtlich ist noch einiges an umfassender, kompetenter Beurteilung der Faktoren erforderlich, die einerseits Politik und Ökonomie der DDR beeinflusst bzw. bestimmt und die andererseits deren Wesen charakterisiert haben. Dabei muß man der massiven und unqualifizierten Diskreditierung der DDR durch die offizielle BRD-Politik begegnen, noch mehr aber den nicht weniger bösartigen Verunglimpfungen seitens bestimmter „Reform-Sozialisten“ entgegenreten.

Reiner Hofmann, Panketal

Im Herbst 1989 war es schon zu spät

Als ehemaliger 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Hoyerswerda stimme ich der Einschätzung Helmut Timms zu, daß die Beiträge von Prof. Dr. Dieckmann – und aus meiner Sicht auch die Artikel der Professoren Harry Milke, Fred Matho und Horst Schneider sowie des RF-Chefredakteurs Klaus Steiniger und anderer – dazu angehen, sich über Entwicklungstendenzen unserer Zeit mit einem festen Klassenstandpunkt auseinanderzusetzen. Sie sind für mich von großem Wert und in jedem Fall eine Hilfe beim Durchdenken der eigenen Geschichte und jenes Systems, in dem wir jetzt leben müssen.

Ich stimme mit Genossen Timm auch darin überein, daß der Kapitalismus, besonders der bundesdeutsche, niemals Zweifel daran gelassen hat, daß er den ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat aus tiefster Seele haßte und alles unternahm, um die DDR eines Tages zu vernichten. Das war uns immer bewußt. Genauso verinnerlichte wir unser Vertrauen in die Sowjetunion, von der wir glaubten, daß sie uns auch bei schwerer See nie im Stich lassen würde. Mit dem Eintritt Gorbatschows in die Weltpolitik erwies sich dieses Vertrauen als böser Irrtum.

Die DDR, international anerkannt und UNO-Mitgliedsstaat, war ökonomisch nicht dazu in der Lage, eigenständig zu existieren. In dieser Hinsicht hingemir wir vollkommen am Tropf des „großen Bruders“. Eine stärkere wirtschaftliche Basis wäre allerdings möglich gewesen. Die konsequente Umsetzung der am Beginn der 60er Jahre unter Walter Ulbricht und Dr. Apel eingeleiteten Politik des Neuen Ökonomischen Systems bot dazu einen guten Ansatz. Ich habe diese Zeit als Wirtschaftsfunktionär in einem Experimentierbetrieb der Braunkohleindustrie miterlebt. Im Rahmen eines Systems der Schulung über Gewinn, Kredit, Zins und Rentabilitätsnachweis zur Rückzahlung von Krediten im eigenen Verantwortungsbereich haben wir uns, von der Richtigkeit einer solchen Vorgehensweise überzeugt, an diese Aufgabe herangewagt. Die Tonnen-Ideologie um jeden Preis machte endlich einer Konzeption des vernünftigen Wirtschaftens Platz. Ich bin davon überzeugt, daß der

Niedergang mit der Nichtanwendung dieser Politik in den RGW-Staaten und ihrer erzwungenen Aufgabe auch in der DDR seinen Anfang genommen hat. Es zeigte sich, daß politische Macht ohne entsprechende ökonomische Stärke auf Dauer nicht verteidigt werden kann. Hinzu kommt, daß das Bewußtsein der Massen durch die Partei erheblich überschätzt wurde. Die SED ging von einem Niveau aus, das einfach nicht vorhanden war. Die zunehmende Unzufriedenheit breiter Schichten der Bevölkerung wurde schlicht negiert. Das ZK machte die Kreisleitungen und deren 1. Sekretäre für alles, was im Territorium geschah, verantwortlich. Und zwar unabhängig davon, ob sie die Vorgänge beeinflussen konnten oder nicht. Ehrliche Informationsberichte an die übergeordneten Parteiorgane waren nicht Anlaß für Veränderungen, sondern Grund zur Kritik.

Prof. Dr. Matho hat sich sehr intensiv mit dem Wertgesetz beschäftigt. Von uns wurde sein objektives Wirken größtenteils negiert. (Auch die Tatsache, daß ein Facharbeiter oft mehr Geld in der Lohntüte hatte als sein Meister oder Ingenieur, gehört zu solchen Verletzungen.) Schließlich wurde ein Sozialsystem installiert, das in keiner Weise unseren realen Möglichkeiten entsprach. Die großzügige Subventionspolitik, als „2. Lohntüte“ bezeichnet, trug nicht zur Entwicklung von Initiative und Verantwortungsbewußtsein bei. Einen wirklichen Dialog mit unzufriedenen, tatsächlich nach einer Verbesserung des Sozialismus strebenden Kräften der Gesellschaft hat es leider nicht gegeben. Prinzipielle Kritik war unerwünscht. Sie wurde vom ZK der SED geradezu zurückgewiesen. So konnte der Klassenfeind auf die Unzufriedenheit erheblicher Teile der Bevölkerung bauen und dadurch immer mehr an Boden gewinnen, zumal wir in den letzten Jahren eigentlich nicht politisch geführt, sondern lediglich den Mangel verwaltet haben.

Als die Massendemos begannen, war die Zeit für einen den Sozialismus stärkenden Dialog bereits verstrichen. Ja, es stimmt, von nun an richtete sich die Politik der Gegner der DDR nur noch auf die Zerschlagung der SED

und die Liquidierung des sozialistischen Staates. Die imperialistischen Rundfunk- und Fernsehstationen errangen endgültig die Ätherhoheit in der DDR und beeinflussten auch das Denken vieler Genossen. Allein im November 1989 verließen über 5000 Mitglieder unsere Kreisparteiorganisation, das waren etwa 50 % der Gesamtzahl. Auch hieran zeigt sich, daß wir dem subjektiven Faktor bei Neuaufnahmen zu wenig Beachtung geschenkt haben. Oder war es der Druck, unbedingt eine bestimmte Anzahl von Kandidaten melden zu müssen? Auch Verrat in den eigenen Reihen spielte sicher eine Rolle. Eine Partei neuen Typus, hat es sie wirklich gegeben?

Das war die Situation, wie sie sich mir im Spätherbst des Jahres 1989 darstellte. Bei den Demonstrationen und Kundgebungen standen mir nun Tausende ehrliche und unzufriedene Bürger unseres Kreises gegenüber. Da tauchte plötzlich das Gerücht auf, die SED wolle die Kampfgruppen gegen die protestierenden Massen einsetzen. Ich habe es zum Anlaß genommen, unverzüglich allen Einheitskommandeuren nochmals den Hauptinhalt des Beschlusses über Zweck und Aufgabe der Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR zu erläutern. Dabei erklärte ich unmißverständlich, daß diese auf keinen Fall gegen friedliche Demonstranten vorgehen würden.

Ja, Helmut Timm, es stimmt: Es gibt Genossen, die heute noch froh darüber sind, die Staatsgewalt damals nicht eingesetzt zu haben. Zu diesen zähle ich mich auch. Eine andere Herangehensweise hätte katastrophale Folgen gehabt. Ich bin Kommunist und stolz darauf, daß wir uns auch in dieser Hinsicht von der Staatsgewalt der Bourgeoisie unterschieden haben.

Helmut Timm wirft im Zusammenhang mit der Lage, die in der Sowjetunion entstanden war, die berechtigte Frage auf, ob wir uns nicht selbst hätten helfen müssen. Ich denke, daß es im Herbst 1989 dafür bereits zu spät war. Unsere eigenen Möglichkeiten sind wohl schon mit der Preisgabe des Neuen Ökonomischen Systems zu Grabe getragen worden.

Horst Franzkowiak, Hoyerswerda

Die Waffen zu früh gestreckt

Helmut Timm hat mir mit seinem Beitrag in vielem zutiefst aus dem Herzen gesprochen. Seine Überlegungen zu inneren und äußeren Faktoren, die es der Konterrevolution erst möglich machten, das zu verwirklichen, was sie seit dem erfolgreichen Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland, nach der Gründung und dem Erstarken der DDR mit allen Mitteln – selbst Mord und Totschlag – immer wieder angestrebt hatte, kann ich hier nur unterstreichen. Genosse Timm hat ein weiteres Mal recht, wenn er feststellt, daß es dem Klassengegner sowie seinen Nachbetern und Hel-

fershelfern in der DDR, die dann als „Bürgerrechtler“ firmierten und am „Runden Tisch“ das große Wort führten, gelungen ist, ihre heuchlerischen Phrasen von der Notwendigkeit „einer besseren demokratischen Ausgestaltung des Sozialismus“ etc. in einen handfesten konterrevolutionären Umsturz überzuleiten. Und noch eines ist völlig klar: Für die Hintermänner, Auftrag- und Geldgeber der Akteure der „friedlichen Revolution“, die vom Westen aus an den Fäden ihrer willfähigen Marionetten zogen, war das alles ein gefundenes Fressen, ein Reibach sondergleichen.

Ja, wir haben in vieler Hinsicht versagt und – bildlich gesprochen – die Waffen bereits gestreckt, bevor die Frage Wer wen? endgültig entschieden war. Sollen wir, weil wir eine Schlacht verloren haben, nun auf alle Zeiten die Köpfe einziehen? Das wäre ein noch größerer Fehler. Der Kampf muß weitergehen, ist jedoch um vieles komplizierter geworden. Aber wir werden ihn schließlich gewinnen. Das Wissen aus vier Jahrzehnten DDR sowie eine gründliche Analyse unserer Erfolge und unserer Schwächen werden dabei sehr hilfreich sein.

Siegfried Schott, Altkalen

Warum Kuba standgehalten hat

Vielen Dank, Genosse Timm! Endlich ist von Dir offen ausgesprochen worden, was in der „Wende“ der entscheidende Fehler der SED war: „Wer über den Partei- und Staatsapparat verfügt und ihn selbst in Augenblicken höchster Bedrohung nicht einsetzt, wird die Macht zwangsläufig verlieren.“

Nicht nur das: Engels hat denselben Gedanken vor über 150 Jahren noch schärfer formuliert: „Aber in der Revolution wie im Kriege ist es immer unbedingt notwendig, im entscheidenden Augenblick alles zu wagen, wie die Chancen auch stehen mögen ... Eine Niederlage nach schwerem Kampf ist eine Tatsache von ebenso großer revolutionärer Bedeutung wie ein leicht errungener Sieg ... Wer in einer Revolution eine entscheidende Stellung befehligt und sie dem Feind übergibt, statt ihn zu zwingen, einen Sturm auf sie zu wagen, verdient unter allen Umständen, als Verräter behandelt zu werden.“ MEW 8/77 f.)

Engels bezieht sich ausdrücklich auf die objektive Wirkung und nicht auf das subjektive Selbstverständnis der führenden Genossen. Ich glaube nie und nimmer, daß Erich Honecker die DDR dem Imperialismus ausliefern wollte, aber darauf kommt es gar nicht an. Wenn die Führung der SED im entscheidenden Augenblick nicht in der Lage war, die Macht zu verteidigen, hätte sie nicht nach ihr greifen dürfen. Nichtstun in der damaligen Lage bedeutete Versagen mit katastrophalen Folgen. Nehmen wir nur eine solche Maßnahme wie die Auflösung der Betriebskampfgruppen im Spätherbst 1989. Das war objektiv ein verräterischer Schritt.

Erich Honecker und besonders sein Nachfolger Egon Krenz haben nach der Niederlage durch ihre standhafte Haltung vor dem Gericht der Sieger einiges gut gemacht, aber der Vorwurf des Versagens bleibt an ihnen haften.

Als Gegenargument habe ich gehört, die DDR wäre nach Gorbatschows Verrat und

dem faktischen Wegfall der sowjetischen Schutzmacht ohnehin nicht überlebensfähig gewesen. Sie wäre dementsprechend keine „entscheidende Stellung“ im Engelschen Sinne mehr gewesen. Aber wer will das so genau wissen? Anders als die DDR-Führung hat Kuba nicht kapituliert und sich bis heute vor den Toren der USA behauptet. Der entscheidende Unterschied liegt gewiß nicht darin, daß es ein Meer um sich herum hat statt einer Mauer. Er



liegt eher darin, daß die Massen dort niemals mit Geschwätz über einen friedensfähigen Imperialismus verwirrt wurden. Sie hatten stets den Feind vor Augen und haben sich darüber keine Illusionen gemacht. So ist bis heute jedem klar, daß der Sozialismus in Kuba nicht ohne ein „letztes Gefecht“ gestürzt werden kann.

Und wie ein solches Gefecht in der DDR ausgegangen wäre? Wer hätte sicher sagen können, daß die Konterrevolutionäre nicht auseinandergelaufen wären, wenn die Staatsmacht entschlossen gehandelt hätte? Niemand in der DDR hat so gelitten, daß wirklich Massen bereit gewesen wären, für den Sturz des Sozialismus das eigene Leben zu riskieren.

Es gab in der DDR durchaus die Möglichkeit, sich aus dem aktiven Klassenkampf herauszuhalten: Niemand *mußte* in die Partei eintreten, und selbst als Soldat *mußte* man keine Waffe tragen. Aber an der Spitze stehen und sich aus dem Klas-

senkampf heraushalten – das war nicht möglich.

Lieber Genosse Timm, in einem Punkt muß ich Dir widersprechen. Du schreibst: „Wir alle, die wir damals politische, wirtschaftliche oder militärische Verantwortung trugen, müssen unumwunden zugeben, daß wir in dieser konkreten Situation schmachlich versagt haben.“ Nein, das müßt Ihr nicht! Die Partei sind ... wir alle!, schreibt Brecht. In diesem Sinn waren „wir“ schon mitverantwortlich, wenn im Lauf der Jahre die Wachsamkeit verlorenging, wenn die Toleranz gegenüber dem Opportunismus wuchs, wenn für die Partei immer weniger galt: „Sie denkt mit Deinem Kopf.“

Darüber hinaus hat die Partei aber auch eine Struktur und eine Abstufung von Verantwortlichkeiten. Was hättest Du innerhalb dieser Struktur in dieser konkreten Situation tun können? Die Genossen des Kreises Neubrandenburg zusammenrufen und in den Kampf gegen die Konterrevolution führen? Deren erste Frage wäre doch gewesen: „Und was sagt das ZK dazu?“ Wenn Dir die richtige Antwort damals schon klar gewesen wäre, hättest Du sagen müssen: „Die Führung ist in der Hand von Versagern. Sie wollen unseren Sozialismus den Feinden kampflös ausliefern. Nur wir selbst können noch etwas tun. Wer ehrlicher Kommunist ist, muß mit mir und ohne die Führung in den Kampf ziehen!“ Ich glaube nicht, daß so etwas im November 1989 noch irgendwelchen Erfolg hätte haben können. Jeder Genosse hätte gedacht: Hier spricht ein Anarchist, ein Agent oder ein Provokateur. Menschen wie Lenin, Castro oder Che Guevara hätten vielleicht einen Weg gefunden, aber niemand hat schmachlich versagt, nur, weil er das nicht ist.

Wozu wir aber heute verpflichtet sind, und wozu Du mit Deinem Artikel beigetragen hast, das ist, den künftigen Klassenkämpfern die Erfahrungen und Lehren unserer Geschichte und besonders auch unserer Niederlage zu vermitteln. Dafür vielen Dank! **Fritz Dittmar, Hamburg**

Der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse

Was ist Recht?

Mehr als einmal sagten meine Mandanten unaufgefordert: „Ach, gehen Sie mir mit diesem Rechtsstaat weg!“

Das waren nicht nur ehemalige DDR-Bürger, die am 3. 10. 1990 unter ein ihnen fremdes Recht und eine ihnen fremde Justiz gefallen sind, sondern auch Menschen aus Westberlin oder der (alten) Bundesrepublik.

Gewiß, Vorbehalte und Bedenken gegen die bundesdeutsche Justiz sind verbreitet. Aber Tatsache ist auch, daß – nach Rechtsanwälten und Ärzten – Richter und Gerichte ein weit höheres Ansehen genießen als Politiker.

Dazu trägt auch bei, daß gerade die höchstrichterlichen Entscheidungen und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht im Ganzen von den Bürgern abgelehnt werden.

Da gibt es Entscheidungen, die Rechte der Mieter stärken, andererseits gibt es solche, die zugunsten der Vermieter ergehen; es wird zugunsten von „Arbeitnehmern“ und ebenso zugunsten von „Arbeitgebern“ entschieden, gegen Sozialhilfeempfänger, aber auch für sie. Die einen Urteile und Beschlüsse entsprechen den Rechten und Interessen von DDR-Bürgern, so z.B. Nutzern von Grundstücken, die anderen können Garagenbesitzer und weitere Betroffene nicht verstehen. Die Kette der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen.

Dem Durchschnittsbürger stellt sich somit die Justiz keineswegs als nur gegen die „kleinen Leute“ gerichtet dar. Sie erscheint in gewissem Maße als objektiv.

In der Tat vertrauen nach wie vor viele Menschen der Justiz, auch wenn sie im Einzelfall mit deren Entscheidungen nicht einverstanden sind. Davon zeugt die erhebliche Zahl von Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht, obwohl nur in den seltensten Fällen im erhofften Sinne entschieden wird.

Damit korrespondiert, daß Juristen, Politiker und etablierte Medien das Recht der BRD als „über den Klassen stehend“ und als etwas darstellen, das den Interessen aller, der Allgemeinheit, dem Gemeinwohl entspricht und dient.

Die Gesetze der bürgerlichen Staaten, auch die der BRD, sind regelmäßig so allgemein abgefaßt, daß sie nach ihrem Wortlaut alle ansprechen. So handelt das Grundgesetz im Art. 1 von *der* Würde des Menschen und im Art. 2 von *der* persönlichen Freiheit eines *jeden*.

Dazu gehört, daß man dem Recht und besonders dem Rechtsstaat einen „Wert an sich“ zuspricht.

Das Recht soll auf diese Weise als etwas über den Wolken Schwebendes, Höheres, geradezu Überirdisches und somit Unangreifbares erscheinen.

In diesem Sinne spricht man von der Ewigkeit des Rechts, zumindest von der Ewigkeit elementarer Rechtsgrundsätze.

„Das Recht“ fungiert fast wie eine Religion. So wird eine Illusion vom Recht erzeugt. Sie wird durch die Ideologen der Bourgeoisie in die Gesellschaft, in das Volk hineingetragen, damit es das Recht und die darauf gestützte Obrigkeit wie etwas Heiliges achtet.

Selbstverständlich wurden auch die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung von dieser Illusion erfaßt. In der „Kritik des Gothaer Programms“ und anderen Schriften setzten sich Marx und Engels, später auch Lenin, damit auseinander.

Diese Rechtsillusion hinderte die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert und vor dem Ersten Weltkrieg daran, in jeder Hinsicht eine konsequent revolutionäre Politik zu betreiben.

Die damit in der Partei erzeugte Denkweise erleichterte 1918 den Verrat der rechten Sozialdemokraten. Sie wirkte auch während der ganzen Weimarer Zeit und förderte insbesondere die Vorstellung, durch eine Regierungsbeteiligung oder das Innehaben von Staatsämtern den Kapitalismus überwinden zu können.

Nach 1945 wuchs sich diese Rechtsillusion in der bundesdeutschen Sozialdemokratie weiter aus. Wir alle wissen, wie sie sich völlig auf den bundesdeutschen Rechtsstaat eingestellt und jedes revolutionäre Konzept über Bord geworfen hat. Nicht minder sind solche Rechtsideologien in Auffassungen von führenden Vertretern der PDS/Die Linke zu erkennen. Die „Eckpunkte“ verraten in dem kurzen Abschnitt, der sich mit Rechtsfragen beschäftigt, in besonderer Eindeutigkeit eine Befangenheit in einer solchen unmarxistischen Auffassung.

Bei der im Volk und auch in der Arbeiterklasse verbreiteten Rechtsillusion wird der Zusammenhang zum Staat weggelassen und „vergessen“, daß dieser das (geschriebene) Recht setzt und daß Recht nichts ist ohne eine (staatliche) Macht, die dahintersteht, um es durchzusetzen, insbesondere mittels der Polizei.

An dieser Stelle soll daran erinnert werden, daß – im Unterschied zum bürgerlichen und damit auch zum BRD-Recht – in der DDR der gesellschaftspolitische, klassenmäßige Inhalt der Gesetze ohne jede Verschleierung klar und eindeutig ausgesprochen wurde.

Artikel 1 der DDR-Verfassung von 1968 bezeichnete die DDR als Staat der Arbeiter und Bauern. Es wurde nicht von dem Eigentum an sich gesprochen, sondern es wurden sozialistisches Eigentum und persönliches Eigentum klar unterschieden (Art. 10 und 11). Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

wurden gemäß den Grundsätzen der Verfassung gewährt – also nicht Faschisten und anderen Feinden des Sozialismus (Art. 27, 28 und 29).

Der wichtigste Ansatzpunkt zum Verständnis dessen, was Recht eigentlich ist, findet sich im Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels. Es heißt dort: „Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse.“ (MEW 4/477)

Einen ähnlichen Gedanken finden wir bei Marx in seinem Aufsatz „Der Ehescheidungsgesetzentwurf“: „Der Gesetzgeber aber hat sich wie ein Naturforscher zu betrachten. Er macht die Gesetze nicht, er erfindet sie nicht, er formuliert sie nur, er spricht die inneren Gesetze geistiger Verhältnisse in bewußten positiven Gesetzen aus.“ (MEW 1/149)

Damit wird deutlich gemacht, daß die (positiven) juristischen Gesetze nicht aus irgendeiner höheren Idee erwachsen, sondern den objektiven gesellschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen, beziehungsweise entsprechen müssen.

Den Schriften von Marx und Engels ist ein distanzierendes, kritisches Verhältnis zur Ideologie zu entnehmen, jedenfalls zur bürgerlichen Ideologie, insbesondere zu den Forderungen nach Gleichheit und Freiheit, die die geistigen Wortführer der Bourgeoisie wie einen „ideologischen Popanz“ vor sich hertragen, wobei sie „die ganze Litanei der Grundrechte“ herbeten. Marx und Engels reiben sich an der bürgerlichen Ideologie als verkehrtem Bild und Zerrbild der Wirklichkeit.

Sie legen den Finger auf die Wunde: Juristen glauben – gemäß ihrer „juristischen Ideologie“, daß das Recht das Eigentliche sei. (MEW 3/212); der Jurist erliegt der „juristischen Fiktion“. (a. a. O./390)

Vom Juristen und der „juristischen Weltanschauung“, der „klassischen Weltanschauung der Bourgeoisie“, heißt es im Aufsatz „Juristen – Sozialismus“: „Deshalb bildete man sich ein, daß diese Rechtsnormen nicht aus den ökonomischen Tatsachen entsprängen, sondern aus der formellen Festsetzung durch den Staat“.

„Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die man sich früher, weil von der Kirche sanktioniert, als durch die Kirche und das Dogma geschaffen vorgestellt hatte, stellt man sich jetzt vor als auf das Recht begründet und durch den Staat geschaffen.“ (MEW 21/492)

(Wird fortgesetzt)

RA Prof. Dr. Erich Buchholz

Wie aus dem Antisowjetismus ein Anti-Putinismus wurde Der Russenhaß hat ein Gesicht

Udo Ulfkotte wählte als Motto für sein Buch, „So lügen Journalisten“ das Zitat: „Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit.“ Könnte dieser Satz ein Schlüssel für die Erklärung der Anti-Putin-Kampagne der letzten Monate sein? Aber wer braucht und inszeniert diese „konstruierte Wirklichkeit“?

Betrachten wir zunächst einige Aspekte der verordneten Kampagne gegen den russischen Präsidenten. Beim Giftmord am Agenten Litwinnenko im November 2006 in London ertönte es fast einstimmig: „Die Spur führt nach Moskau.“ Putins Name wurde ins Spiel gebracht. Die simple erste Frage von Kriminalisten „Wem nützt das?“ galt nicht mehr.

Als Ende Dezember Gasprom von Belarus höhere Preise forderte, machten die Medien ein Spektakel, als handle es sich um eine Kriegserklärung an „Europa“. Dessen Verteidiger ist natürlich Deutschland. Die Methode „Haltet den Dieb!“ Anfang 2007? Ein besonderes Kapitel der Anti-Putin-Kampagne wurde während der Petersburger Gespräche im Oktober 2006 in Dresden unter Mitwirkung der Kanzlerin geschrieben. Wer den Medienmachern (noch) glaubte, mußte aus der Berichtserstattung über den Besuch Putins folgern, der Präsident sei gekommen, um sich öffentlich schelten zu lassen. Olaf Kittel entdeckte für die Leser der Sächsischen Zeitung „ganz neue Töne“: Angela Merkel „hat dem russischen Präsidenten deutlich ins Gesicht gesagt, was sie nach dem Mord an der prominenten Journali-

stin Politkowskaja von Moskau erwartet“. (!) Das Fernsehen strahlte am Abend des 10. Oktober den Satz aus, mit dem die Kanzlerin den Präsidenten mahnte, für Pressefreiheit zu sorgen und den Mord an der „Kremlkritikerin“ aufzuklären. Vermutlich nahm sie an, daß der Gast aus Moskau ohne ihren Rat nicht wüßte, was seines Amtes ist, und ihre Order (samt Vollzugsmeldung?) brauche. Immerhin: Gerhard Schröder hatte Putin noch „einen lupenreinen Demokraten“ genannt. Die „neuen Töne“ der Kanzlerin waren durch bemerkenswerte Medienberichte begleitet. „Der Spiegel“ titelte damals: „Die Russen kommen“ und meinte damit, daß russisches Kapital in europäische Schlüsselindustrien „einzudringen“ versuche, nachdem sich deutsches Kapital ja schon lange in Rußland tummelt.

„Das Parlament“ der gleichen Woche druckte den Bericht „Eine Abrechnung mit Wladimir Putin“ unter der Überschrift: „Lupenreiner Bolschewismus“. Erstaunlich ist auch, was das Fernsehen und manche Zeitungen ins Bild setzten. Offensichtlich unter dem besonderen Schutz der Polizei und medienwirksam zeigte man ein Transparent, auf dem Putin als Mörder bezeichnet wurde, der in Dresden nicht mehr willkommen sei.

Man richtete die Kamera auf ein zweites Transparent in der Nähe der Frauenkirche, das ebenfalls die Aufschrift „Mörder“ trug. Die Sicherheitskräfte hatten sein Entrollen nicht verhindert, sondern dieses offensichtlich bewußt geduldet. Dafür spricht, daß MDR und Regionalfernsehen Dresden diese Episode in ihren Jahresrückblicken wiederholten.

Parallel zum „Petersburger Dialog“ (bei der Partnerschaft Dresden-Leningrad vor 1990 ging es primär um die Zusammenarbeit von Betrieben) fand die Verleihung des „Europäischen Kulturpreises“ statt. Zu den Ausgezeichneten gehörten Gorbatschow, von dem in Rußland kein Hund mehr ein Stück Brot nimmt, und de Maizière, den Kohl im August 1990 abserviert hatte. Der letzte „DDR“-Premier sprach in der MDR-Sendung „Der große Russisch-Test“ am 9. 10. 2006 als früheres Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von einer „verordneten Freundschaft“ und merkte dabei nicht einmal, daß ohne diese 1989 für Gorbatschow und Kohl nichts gelaufen wäre. Wenn SZ-Redakteur Olaf Kittel von „neuen Tönen“ sprach, darf wohl daran erinnert werden, daß Richard von Weizsäcker als scheidender Bundespräsident am 1. Juli 1994 seinem Nachfolger ins Stammbuch schrieb: „Man horcht empfindsam auf unsere Tonlage.“ Da war Moskau nicht ausgeschlossen und an keine Befristung gedacht.

Als Angela Merkel Putin mahnte, den Meuchelmord an einer Journalistin aufzuklären, glaubte sie sich auf der sicheren Seite. Aber wird denn in Deutschland jeder politische Mord aufgeklärt? Denken wir nur an Barschel, Rohwedder, Herrhausen u. a. Sollte eine Christin nicht ab und zu in die Bibel schauen? „Du Heuchler, ziehe zuerst den Balken aus deinem Auge, danach sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehest“, steht im Matthäus 7.5.

In Moskau regieren nicht mehr Leute vom Schlage Gorbatschows und Jelzins, die dem Imperialismus zuarbeiteten. Aber dort erscheint als Druckerzeugnis des Springer-Verlags jetzt „Newsweek“, das Präsident Putin neben Stalin zeigte. Man ist also mit dem russischen Präsidenten unzufrieden.

Er und die Seinen müssen die negativen Folgen des Kurses ihrer Vorgänger und die außenpolitische Schwächung der einstigen Supermacht ausbaden.

Übrigens wurde genau registriert, was Außenminister Steinmeier im „Spiegel“ 50/ 2006 von sich gab: „Wir haben ein fundamentales Interesse daran, daß Rußland unumkehrbar auf seinem Weg zur Annäherung an Europa, zu mehr Pluralität und Rechtsstaatlichkeit voranschreitet. Das wird ohne unser Engagement (!) nicht gehen.“

Die Moskauer Antwort auf USA-Welt-herrschaftspläne und bundesdeutsche Großmachtambitionen ließ nicht lange auf sich warten. Präsident Putin gab sie vor imperialistischer Prominenz in seiner historischen Münchener Rede. Der Kreml hat – aus welchen Motivationen auch immer – endlich wieder zu einer Strategie gefunden, um die großmäuligen „Berater Rußlands“ zu kontern.

Die **Regionalgruppe Schwerin** führt am **31. März** um **10 Uhr** in der Volkshochschule, Puschkinstraße 13, eine Veranstaltung zum Thema

Der Herbst 1989 und was daraus geworden ist durch.

Es spricht **Egon Krenz**.
Gäste sind herzlich willkommen.

Die **Regionalgruppe Uckermark** lädt für den **24. März** um **10 Uhr** in den Klubraum des Kulturbundes in Schwedt, Berliner Straße 52, ein. Botschafter a. D. **Heinz Langer** spricht über das Thema

Die Wirkung der kubanischen Revolution auf Geschichte und Gegenwart in Lateinamerika

Deborah Ascuay, 1. Sekretär der kubanischen Botschaft in der BRD, hat das Thema gewählt

Die Beziehungen zwischen Kuba und den USA sowie der Fall der Miami Fünf

Der Freie (ev.) Geistliche **Peter Franz** (Weimar) spricht am Sonntag, dem **25. März, 10 Uhr**, auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe in Chemnitz**, Rothaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt). Sein Thema:

Erfahrungen und Perspektiven der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten

Am **13. März** um **15 Uhr** treffen sich Leser und Freunde des „RotFuchs“ im Raum des **Frauenbundes**, Bahnhofstraße 34 a, in **Bergen/Rügen**.

Dr. Norbert Podewin stellt im Beisein von **Hermine Quandt** (Schwerin) sein neues Buch vor:

Bernhard Quandt – ein Urgestein Mecklenburgs

Wie dem Bürger hierzulande das Fell über die Ohren gezogen wird

Die Abzockergesellschaft

Als ehemaliger DDR-Bürger belästigt mich kaum etwas mehr als die allgegenwärtige Abzockerei, der ich in der Gesellschaft, in der ich heute lebe, ausgesetzt bin. Ich empfinde sie als Einschränkung meiner Lebensqualität und als Angriff auf meine persönliche Freiheit.

Entgegnet wird mir, ich würde die Dinge dramatisieren. So bedauerlich diese Fälle auch seien, wären es doch nur Einzelercheinungen, begangen von schwarzen Schafen.

Machen wir die Probe aufs Exempel und stellen wir tagtäglich erlebbare Abzockermethoden zusammen:

sogenannte Kaffeefahrten, bei denen die Teilnehmer mit üblen Methoden genötigt werden sollen, übersteuerten Schund zu kaufen;

Insolvenzbetrug zu Lasten der Beschäftigten wie der Kunden;

telefonische Hilferufe von falschen Enkeln bei Großeltern. Versuche deren Sparkonten zu plündern;

antibiotisch verseuchtes und vergammeltes Fleisch in Supermärkten;

Kundentäuschung, indem Verfallsdaten verderblicher Waren umetikettiert werden;

haltlose Heilungsversprechungen à la Dr. Rath durch Werbung für Medikamente und Naturheilmittel, von denen behauptet wird, sie würden chronischen Schmerz ausschalten, Krebs heilen oder andere schwere Krankheiten besiegen;

Angebote für teure Hormon- und „Anti-Aging-Kuren“, die ohne jede nachweisbare Wirkung sind, zum Teil sogar negative Folgen für den menschlichen Organismus haben;

billiger und minderwertiger Zahnersatz aus Fernost, für den Zahnärzte die wesentlich teureren Preise des deutschen Materials in Rechnung stellen;

Rechnungen von Ärzten an die Krankenkassen für Leistungen, die sie gar nicht erbracht haben; Vortäuschung von Behandlungen an Patienten, die bereits verstorben sind;

Zahlungsverpflichtungen, die bewußt im sogenannten Kleingedruckten versteckt werden, um die Kunden zu täuschen – eine Praxis, an der sich selbst vermeintlich seriöse Geldinstitute und Versicherungen beteiligen;

Einschmuggeln von Dialern in Festplatten von Computern, wodurch jedes abgehende Gespräch über teure Telefonnummern umgeleitet wird, was hohe Rechnungen zur Folge hat;

Ausforschen vertraulicher Daten von Online-Bankkonten und Diebstahl darauf deponierter Gelder;

Erkundung von Geheimnummern an Geldautomaten mittels Kameratechnik zum Zwecke der Ausplünderung von Konten;

Abmahnungen durch gewiefte Rechtsanwälte wegen angeblicher Verstöße gegen das Urheberrecht auf Webseiten im Internet;

unerbetene telefonische Anrufe aus Callcentern, bei denen für Versicherungspolice, Zeitschriften und andere Angebote geworben wird. Nicht selten Vortäuschung angeblicher Vertragsbindung mit teuren Folgen für die Betrogenen;

Lieferung nicht bestellter Waren. Hohe Gebührenforderungen für Transport bzw. Bearbeitung bei deren Rückgabe;

Werbung im Fernsehen für ein „Spiritsparmittel“, das angeblich den Benzinverbrauch beim Autofahren erheblich senkt. Tests des ADAC ergeben: Wirkung gleich null;

Hausbesuche von falschen Stromablesern, Polizisten oder Behördenvertretern, vornehmlich bei alten und hilfsbedürftigen Menschen, um sie zu bestehlen oder sie zu ungerechtfertigten Zahlungen zu veranlassen;

Zahlungsforderungen für Reparaturen an Autos und technischen Geräten, die nie ausgeführt wurden bzw. unnötig waren;

Rechnungen für Nebenkosten, die beim Mieter gar nicht oder nicht in der angegebenen Höhe entstanden sind, oder die der Hausbesitzer nach Recht und Gesetz selbst zu tragen hätte;

Policenangebote von Versicherungen, die unnützlich und überflüssig sind;

Plagiate von Markenwaren, die als Originale ausgegeben werden;

mißbräuchliche Verwendung von Spendengeldern. Ein erheblicher Teil der Summen, die von mehr als 2100 Organisationen in Deutschland angeblich für soziale und andere nützliche Zwecke gesammelt werden, kommt bei den Bedürftigen nie an, sondern wandert in die Taschen der Spendeneintreiber;

sprunghafte Erhöhung der Benzinpreise durch die Mineralölkonzerne regelmäßig zu Festtagen und zu Ferienbeginn, meist wie untereinander abgesprochen an den Tankstellen aller Marken;

unseriöse Jobangebote in Zeitungen. Keine Firmenangabe, keine konkreten Tätigkeitshinweise, nur Postfachadressen oder teure Telefonnummern, oft finanzielle Eigenbeteiligungen als Voraussetzung. Aber meist Betrügerei, um Geld abzukassieren.

Diese Beispiele stellen nur eine kleine Auswahl der tatsächlich stattfindenden Abzockereien dar. Wie man sieht, handelt es sich also beileibe nicht um einzelne schwarze Schafe. Das Ganze wurzelt im System, denn in dieser Gesellschaft ist nicht der Mensch, sondern das Geld der höchste aller Werte. Folgerichtig wird Gelderwerb mit allen Mitteln betrieben, auf legale oder verbrecherische Weise:

durch die Konzernbosse, indem sie, nur des Profits wegen, Heerscharen von Menschen in die Arbeitslosigkeit verbannen; durch die Discounter, indem sie – „Geiz ist geil“ läßt grüßen – Preiskriege führen und die kleinen Gewerbetreibenden vom Markt verdrängen; durch die Banken und Versicherungen, indem sie selbst den Staat noch zum Schuldner machen; durch Verbrecher, indem sie Banken und andere Geldquellen überfallen und ausplündern; und schließlich auch durch all diese Betrüger, die den „kleinen Leuten“ mit immer neuen Tricks das Geld aus der Tasche ziehen. Vieles davon ist nicht einmal strafbar. Wenn doch, wird es von cleveren Rechtsverdrehern durch die Instanzen geschleppt, oft solange, bis den Betroffenen finanziell die Luft ausgeht.

Ich kann nur immer wieder staunen, daß man uns ernsthaft weismachen will, diese Gesellschaft sei ein Muster demokratischer Rechtsstaatlichkeit.

Eberhard Fensch



Karikatur: Heinrich Ruynat

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe **Chemnitz-Zwickau-Plauen** lädt alle Interessenten zu einer Veranstaltung am **17. März** um **10 Uhr** nach Zwickau, Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, ein. **Prof. Dr. Werner Roß** spricht zum Thema:

Die politisch-soziale Bedingtheit der Menschen- und Grundrechte

Ein „Ehrenbürger“ aus Antikommunisten, den der angeblich rot-rote Senat auf den Schild hob Moritat einer Letzten Ölung

Man ahnt die Sorge der Mutter schon,
in Globkes halbem Land:

Was wird aus meinem kleinen Sohn
nach diesem großen Brand,
in dem der Vater als Kommunist
einer der vielen Gemordeten ist.

Schaltstellen sind mit Nazis besetzt,
die Hatz geht gegen Links und Rot,
es wird auf die Wiederbewaffnung gesetzt
und Genossen droht wieder Verbot.

Der Kleine, der nun schon Bursche ist
und selbstbewußt genug,
besinnt sich, wessen Sohn er ist
und setzt sich in den Zug.
Denn kurz vor den Toren seiner Stadt,
da liegt der andere deutsche Staat.
Hinter der noch „normalen“ Grenze
erreicht er schnell der Freunde Land.
Hier windet man ihm die Begrüßungskränze:
Durch wen, bleibt generlich ungenannt.

An Stalins Tod der Osten noch litt,
es wurde viel geweint.
Der junge Spund heult kräftig mit,
noch ist er nicht der Feind.
Im Schulinternat frißt er sich satt,
umsonst – obwohl man selbst nichts hat.
Er studiert danach und kann sich bilden,
der bald schon mutiert zum haltlosen Wilden,
seinen Eltern und Gönnern zum Hohn.

Die Eitelkeit schmatzt an seinem Hirn,
nach Köln will der Hüne,
dort zeigt er seinem Land die Stirn
und kotzt auf großer Bühne.

Er wirkt als Kleingeist, der Musemann,
im Kölner Kreis kommt das gut an.
Er hört nicht im Osten das Grollen,
tief wühlt er im eigenen Dreck.
Er röhr, den Sozialismus, den echten, zu wollen,
und gibt sich hin wie die Maus dem Speck.

Das „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“,
für ihn wird es Gesetz,
Dies erst macht die Dinge schlimmer,
so mancher ist entsetzt.

Der Renegat empfängt Applaus,
der Schlag trifft die im eignen Haus.
Dem Barden geht's jetzt richtig gut,
man weiß nun, wer er ist,
just noch ein Blick auf das rötliche Blut:
sieht nicht so gut aus, als „Altkommunist“

Doch der hat gelernt, mutabel zu sein,
und das verliert sich nicht.
Schnell fällt ihm was Gemäßes ein,
das kannte man noch nicht,
und er posaunt: Bush im Irak ist ein Freiheitszeichen –
das sollte als Rotenfresser reichen.
Nicht ganz. Zum 70. webt man sein Leichentuch,
mit dem Kreuz für Bundesverdienste,
Ertragen hat man ihn lange genug,
das ist der Weg in die Wüste.

Halt. Da gibt's noch den Heine-Vergleich,
lieber Heinrich, nimm's nicht krumm,
der kommt vom Axel-Springer-Haus,
die kehren vieles um.

Doch der Vergleich ist nun mal da,
da paßt Heines „Wallfahrt nach Kevelar“:

„Nach Kevelar ging mancher
auf Krücken,
der jetzt tanzt auf dem Seil,
gar mancher spielt jetzt die
Bratsche,
dem dort kein Finger
war heil.“

Gerhard van de Sand



Brief aus der „Heldenstadt“ Leipziger Arbeiter zur „DDR-Tyrannie“

Ständig wiederholen die westdeutschen Medien und einstige „Bürgerrechtler“ ihre Anklagen gegen eine angebliche DDR-Tyrannie. Unlängst befragte ich im Rahmen meiner Tätigkeit als Wirtschaftsredakteur von „Leipzigs Neue“ Arbeiter aus bekannten DDR-Betrieben, vor allem des Maschinenbaus, dazu, was sie von dieser Behauptung hielten. Es handelte sich meist um Menschen mit langer Berufserfahrung. Auch ein Motorenspezialist aus dem einstigen Werk der Sowjetarmee „Roter Stern“ gab mir Auskunft. Er betonte, daß die Beschäftigten dieses Unternehmens, das inzwischen auch von Rußlands Präsident Putin besucht worden ist, immer menschlich behandelt worden seien und für gute Arbeit gutes Geld verdient hätten. Von Unterdrückung im Betrieb könne keine Rede gewesen sein. In gleicher Weise äußerten sich Arbeiter der Getriebewerke, der Druckmaschinenwerke, der Drehmaschinenwerke, des Werks für Bodenbearbeitungsgeräte, der Kammgarnspinnerei Markkleeberg und der Wohnungswirtschaft. Ihre Antworten dürften ein repräsentativer Durchschnitt sein.

Übrigens fanden auch Reporter eines politischen Hochglanzmagazins anlässlich des Merkel-Bush-Aufenthalts im ehemals sozialistischen Dorf Trinwillershagen keinen Einwohner, der sich unter der „SED-Diktatur“ als Leidtragender gefühlt hatte. Dabei müssen wir zugeben, daß in der DDR bei Kollektivierungs- und Verstaatlichungsmaßnahmen sowie gegenüber Handwerkern und „Dissidenten“ nicht selten Druck angewandt worden ist. Sozialistische Leiter begingen Fehler, gegen die sich die Beschäftigten in der Regel erfolgreich zu wehren wußten. Die befragten Arbeiter schilderten mir solche Mängel, sprachen aber nicht von einer dauerhaft unerträglichen Situation, wie sie derzeit die Beschäftigten in gewerkschaftsfreien großen, mittelgroßen und kleineren Firmen erfahren. Ich halte den „Tyrannie-Vorwurf“ der bürgerlichen Medien in bezug auf die DDR vor allem für ein Manöver zur Ablenkung von den Defiziten des eigenen Systems. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß ihn die ostdeutsche Bevölkerung im Rahmen einer seriösen Meinungsumfrage mehrheitlich bestätigen würde.

Aber warum haben die Belegschaften ihre Betriebe nach dem 3. Oktober 1990 nicht gegen die Schließung verteidigt? Diese Frage wurde ja im „RotFuchs“ gestellt. Die Gründe liegen meines Erachtens darin, daß die Arbeiterklasse überwiegend an das westdeutsche Wirtschaftswunder glaubte, an den konfliktfreien Anschluß, an weiterhin gesicherte Arbeitsplätze mit hohem D-Mark-Einkommen und an die Fähigkeit von BRD-Politikern wie Kohl, alle entstehenden Probleme optimal zu lösen. Eben so, wie sie es vom Westfernsehen vorgegaukelt bekommen hatte. Sie war offensichtlich 1989/90 in ihrer Mehrheit unter bestimmten Umständen dazu bereit – sicher auch wegen der Defizite im eigenen Land –, die DDR aufzugeben. Diese „Umstände“ entstanden spätestens seit den März-Wahlen 1990. Heute begreifen die Arbeiter und Genossenschaftsbauern – zum Teil auch deren Kinder –, daß sie die Hauptverlierer der sogenannten Wende gewesen sind. Politische Irrtümer haben seit jeher einen besonders hohen Preis.

Joachim Spitzner, Leipzig

Es ist unter Linken und weniger Linken in Mode gekommen, von einem demokratischen Sozialismus zu sprechen. Eine Partei hat im Dezember 1989 sogar diesen Namen angenommen. Wie verhält es sich damit?

Wirklicher Sozialismus ist dem Wesen nach immer demokratisch, wie Norbert Kornau im RF vom Oktober 2006 zu Recht betonte. Doch demokratischer Sozialismus ist eine Tautologie, ein gedoppelter Ausdruck, gewissermaßen ein „weißer Schimmel“, der Marxisten mißtrauisch machen muß, denn der Sozialismus stellt eine Gesellschaftsordnung zum Wohl des Demos (Volk) dar. Da aber die sozialistische Demokratie in der DDR und anderen sozialistischen Staaten nicht immer wie proklamiert gewährleistet war, wurde es üblich, den demokratischen Inhalt der angestrebten Gesellschaftsordnung besonders hervorzuheben. Das ist sicher nicht verwerflich (auch wenn es viele Marxisten stören mag), wird es aber sofort, wenn die politischen Freiheiten zum Selbstzweck erklärt werden und das Demokratische auf die Form der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie eingeeignet wird. Unter solchen Bedingungen, über „freie Wahlen“ in der Regie des Staates der Bourgeoisie, ist realer Sozialismus noch nie entstanden. Das wird auch in Zukunft nicht der Fall sein.

Natürlich ist es in der Regel richtig, daß sich Sozialisten und Kommunisten in bürgerlichen Parlamenten engagieren, aber sie dürfen ihre Tätigkeit nicht darauf beschränken oder konzentrieren und auf eine eindeutige Kapitalismuskritik sowie auf das Wirken in Massenbewegungen und außerparlamentarischen Bündnissen verzichten. Eine linke Partei sollte dabei nicht allein die Interessen der sozial Benachteiligten im Auge haben, sondern sich auch um jene kümmern, die für den Sozialismus besonders gebraucht werden. Schließlich geht es darum, eine Arbeitsproduktivität auf höchstem Niveau zu erreichen, wie sie Marx und Lenin bekanntlich forderten. Die vorläufige Niederlage des Sozialismus in Europa bewies, daß das unzureichende ökonomische Niveau ein ausschlaggebender Faktor dabei war. Es stellte indes auch eine wesentliche Ursache für Demokratiedefizite dar.

Es geht also darum, eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft zu erreichen, was nur durch die Entscheidung der Macht- und Eigentumsfrage zugunsten der arbeitenden Klassen geschehen kann. Natürlich sind dabei auch sehr unterschiedliche Interessen der auf Seiten der Revolution teilnehmenden Kräfte auszugleichen, was neue ideenreiche Formen des Klassenkampfes erfordert. Eine demokratisch legitimierte Majorität darf sich nicht allein auf parlamentarische Mehrheiten stützen, weil das Ganze sonst nur auf eine Mißdeutung des Wesens der Demokratie als Volksherrschaft hinauslaufen könnte.

Das zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft notwendige neue Kräfteverhältnis muß durch politische und soziale Bewegungen, durch Aktionen großer

Hauptinhalt künftiger Klassenkämpfe: Ringens um eine sozialistische Alternative Über Weg und Ziel

Gruppen von Menschen getragen sein, die sich in durchaus verschiedener historischer Weise, aber solidarisch den derzeit herrschenden Entwicklungstrends entgegenstellen und für zukunftsfähige antikapitalistische Alternativen einsetzen. Mit anderen Worten: für den Sozialismus. Das ist heute und künftig der Hauptinhalt von Klassenkämpfen.

Dabei muß der zügellosen Profitjagd Widerstand entgegengesetzt werden, um letzten Endes die tiefgehende Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche sowie die Umweltzerstörung durch Ressourcenverschleiß und Abfallbelastung zu überwinden. Nur das sind „über den Kapitalismus hinausweisende Lösungen“, wie es schwammig in Grundsatzdokumenten von PDS und WASG heißt. Ein längere Zeit in Anspruch nehmender Transformationsprozeß soll damit nicht in Abrede gestellt werden. Allerdings sind auch kurzfristige Lösungen, wenn sie sich anbieten, keineswegs auszuschließen, wobei den weiter zunehmenden internationalen Verflechtungen des Kapitals, aber auch der Arbeiterbewegung, Rechnung zu tragen ist. Das macht Umwälzungen nur im nationalstaatlichen Rahmen – zumindest in Europa – immer schwieriger und unwahrscheinlicher.

Die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft verlangt neben neuen politischen Machtverhältnissen die volle Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, besonders an Produktionsmitteln. In strategischen Bereichen bis hinein in die Daseinsvorsorge ist öffentliches Eigentum erforderlich. Auch die Vergesellschaftung erfordert neue Wege. Man darf Plan und Markt einander nicht diametral entgegenstellen und muß der ökonomischen Rolle des sozialistischen Staates Formen geben, die über umfassendes staatliches Eigentum hinausgehen. Eine sozialistische Marktwirtschaft geht mit qualitativen Veränderungen in der Lebensweise der Menschen einher. Ziel muß ein Konsumverhalten mit starken geistig-kulturellen und ethisch-moralischen Komponenten ohne Verschwen-

dungsmentalität sein. Höchstmögliche Bildung für alle sowie sozial gerechte Verteilungsverhältnisse, die keinen parasitären Reichtum entstehen lassen, sind anzustreben, wobei neue Triebkräfte freigesetzt werden, die materielle und ideelle Anreize miteinander verbinden. Über die Notwendigkeit eines neuen Typs des Wirtschaftswachstums habe ich mich schon ausführlich geäußert (siehe RF 108).

Über solche hier nur kurz skizzierten Eckpunkte sollte man weiter nachdenken und streiten. Die Ausarbeitung eines umfassenden und detaillierten Sozialismus-Modells scheint mir heute nicht möglich zu sein, weil die künftige Gesellschaftsordnung in Abhängigkeit vom Einzelfall und dem jeweiligen Stand der Entwicklung durch einen schrittweisen demokratischen Such- und Lernprozeß mit Korrekturen erfolgen wird. Nur hohe Transparenz gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse kann dabei Fehlentwicklungen, wie sie neben epochalen Erfolgen leider auftraten, vermeiden oder möglichst frühzeitig korrigieren. Versuch und Irrtum mindern die Wissenschaftlichkeit des sozialistischen Aufbaus nicht. Es bedarf ihrer, weil eben nicht alles voraussehen ist. Die Protagonisten sind dabei jene, die diese Aufgabe einst theoretisch und praktisch zu lösen haben. Wir Heutigen können keine Rezepte ausarbeiten, sollten aber auf die notwendigen „Zutaten“ verweisen.

Übrigens: Daß ein breit angelegter Versuch, wie ihn das Neue Ökonomische System der DDR in den 60er Jahren darstellte, von kurzfristigen Parteiführern auf sowjetische „Empfehlung“ abgebrochen wurde, bevor er voll wirksam und ernsthaft ausgewertet werden konnte, war ein Drama. So etwas darf sich nicht wiederholen. Die demokratische Entscheidungsgewalt kann nicht durch einen falsch interpretierten Zentralismus deformiert werden. Nur dann kann der Sozialismus besser gedeihen als bei seiner ersten Verwirklichung. **Prof. Dr. Fred Matho**



Herzlichen
Glückwunsch
allen Leserinnen
zum
Internationalen
Frauentag!

Erfahrungen einer Hartz-IV-„Begünstigten“ mit dem Seelower JobCenter

Termin bei Frau Dastutnichtsursache

Die Kundenabwehrzentrale der Leistungsabteilung im Seelower JobCenter, Küstriner Straße, wo das Hartz-IV-Prekariat aktenmäßig aufgehängt wird, funktioniert zur Zeit noch ganz famos. Muß auch sein, schließlich belästigen einen diese Schmarotzer sowieso den ganzen Tag.

Ich hatte mir kürzlich den dritten Termin (!) dort besorgt, um finanzielle Ungesetzlichkeiten zu klären. Dummerweise gerate ich jedes Mal an diesen verdammten „Platz 7“ – ein ganz normaler Arbeits-Verzeihung!-Büro(schlaf)raum.

Inhaberin ist eine geborene Frau Dastutnichtsursache. Beim letzten Mal hatte sie geheiratet. Jetzt heißt sie Frau Heider. Ich mußte grinsen, als sie bei meinem Anblick zunächst von Zimmer zu Zimmer hüpfte, um eine sogenannte Zeugin für die kommende verbale Abwehrrschlacht aufzutreiben. Das arme Opfer hat den blöden Namen Ichhörehiernurzu. Kann einem leid tun, die Frau. Statt untertänigst stehenzubleiben, wie es meinem sozialen Status entspricht, rückte ich nach dem scheinheilig geflöteten „Waas kann ich für Sie tuun???“ keck einen Stuhl an ihre Schreibtischkante. Denn ich hatte meine Fragen aufgeschrieben und Platz für die Antworten gelassen.

Dieses Mißtrauen aber auch! „Und für so was soll man sich einsetzen!“ (Zitat geb. Dastutnichtsursache).

Bereits die Antwort auf meine erste Frage kam erwartungsgemäß, leicht modifiziert, die Mitarbeiter sind ja geistig so unnachahmlich flexibel: „Ich habe keine Akte“ wurde ausgetauscht gegen „Ich habe hier nur Kopien“.

Guter Trick, nicht wahr? Wenn diese scheinintellektuelle Unterschichtlerin sich einbildet, hier weiterzukommen, hat sie sich geschnitten!

„Ja, es geht doch um einen Sachverhalt, glauben Sie, die Kopien sind gefälscht?“ wage ich einzuwenden.

„Nach Kopien werde ich nichts klären und nichts prüfen!“

Ich habe nämlich Klage gegen das JobCenter beim Sozialgericht eingereicht, weil mir die zunächst gesetzmäßig zugesicherten Kosten für mein Nebengelaß rückwirkend gestrichen und gleich noch in einem Abwasch das bereits ein Jahr lang gezahlte Geld abgezogen wurde. „Es ist Ihnen schon klar, daß beides ungesetzlich ist?“ fragte die Richterin in der ersten Verhandlung den Leiter der Widerspruchsabteilung des Seelower Arbeitsamtes, Fichtenweg. „Ja.“

Na prima, dachte ich, da bekomme ich ja mein Geld zurück und die monatlichen 25 Euro wieder gezahlt. Weit gefehlt: „Der Abteilungsleiter darf nicht gegen Anweisungen seines Arbeitgebers verstoßen.“ Und Gewissen und Gehirn gibt er frühmorgens genauso beim Pförtner ab wie

die Damen von Platz 7, vorausgesetzt, man hat so was abzugeben. Beihilfe zu einer ungesetzlichen Handlung ist selbst eine ungesetzliche Handlung. Aber das gilt natürlich nicht bei den ewigen Leistungsverweigerern.

Der zweite Punkt der Klage betrifft nicht nachvollziehbare Abzüge größeren Ausmaßes vom Hartz-IV-Almosen. Diese Sache sollte ich im Vorfeld klären, damit die nächste Verhandlung mit weniger Aufwand über die Bühne gehen kann. „Das glaube ich Ihnen nicht!“ „Bei uns sollen Sie nichts klären!“ „In ein laufendes Verfahren greife ich nicht ein!“ „Ich habe nur Kopien!“ Ja, was denn nun?

Dieser fordernden, frechen Faulenzerin müssen wir es schließlich zeigen! „Ich bin hier nur eine poplige Angestellte.“ Wo sie mal recht hat, hat sie recht, die geb. Dastutnichtsursache – vor allem bezüglich des Adjektivs.

Unverschämterweise legte ich gegen den letzten „Bewilligungsbescheid“, den man, wie sinnig, alle sechs Monate neu erteilt bekommt, damit wir arbeitsscheuen Elemente den Staat nicht noch mehr abzocken, Widerspruch ein. Denn wieder waren die Kosten für mein Nebengelaß nicht berücksichtigt. Diese Aufmüpfigkeit muß sofort gehandelt werden!

Wer nicht pariert, wird schikaniert! Die Folge: Die Heizkosten werden ab sofort nur noch für die Hälfte meiner Wohnfläche gezahlt, obwohl diese aus verschiedenen Gründen als „angemessen“ gilt. Außerdem soll geprüft werden, ob – ungesetzlicher Weise – das in eineinhalb Jahren „zu viel gezahlte“ Geld abgezogen werden darf. Warum nicht? Soll diese bildungsferne Schmarotzerin doch arbeiten gehen. Lebt hier gemütlich auf Kosten von uns Leistungsträgern, die wir täglich Überstunden bis 16 Uhr schrubben müssen und nicht wissen, wo uns der Kopf steht. Wenn wir das wüßten, könnten wir ja auch die „Bewilligungsbescheide“ logisch und verständlich aufschlüsseln. 55 Euro insgesamt, die fehlen, sind ein gutes Druckmittel, um sich Arbeit zu suchen! 345 Euro im Monat – das verleitet die ohnehin nur, in der Sonne bzw. in der Hängematte zu liegen. „Wer legt in der Region die Heizkosten fest?“ will ich wissen. „Darüber geben wir keine Auskunft!“ Wo kämen wir da auch hin?

Ich bohre noch ein bißchen und höre ein unwilliges „Landratsamt“. „Und an wen kann ich mich da wenden, an welche Abteilung?“

„Über Strukturen geben wir hier grundsätzlich keine Auskunft!“ Verständlich, könnten diese unzufriedenen und undankbaren Sozialschmarotzer vielleicht gar das eigene Haus aufmischen!

„Der Landrat eben“, läßt Frau Ichhörehiernurzu mal was zur Sache verlauten. Hoffentlich lacht der sich nicht kaputt.

Diese Mischung aus DDR-Verkäuferin („Ham wa nich.“) und westlicher Heuchelei („Waaas kann ich für Sie tuun???“), diese Melange aus Dreistigkeit und Ignoranz einzelner arbeitsamtlicher Hofschranzen ergibt einen aufreizenden Charme, dem man sich kaum entziehen kann.

Wie verlottert muß das innere Gefüge, das Rechtsbewußtsein in dieser Leistungsabteilung sein, wenn man erst vor Gericht ziehen muß, um recht zu kriegen?

Wie steht es um die fachliche Qualifikation, auch der Vorgesetzten? Nach der menschlichen Qualifikation braucht man nicht zu fragen – sie ist nicht vorhanden.

Bei so viel Engagement, fachlicher Kompetenz und menschlicher Fairness kann ich mich nur verständnisvoll wegen ihres komplizierten Jobs zurückziehen. Nicht ohne sie zu fragen: „Was bewegt Sie eigentlich, für uns die schlechteste Variante auszusuchen? Warum interessiert es Sie nicht, wenn ich plötzlich mal mit einer so geringen Summe dastehe, daß ich die Miete nicht bezahlen kann? Wir gehören ohnehin zu den Ärmsten, ohne Chance, aus der Situation jemals herauszukommen. Was veranlaßt Sie, uns zu schikanieren? Ich wünsche Ihnen, daß es Ihnen bald genauso geht!“ Hämisches, fassungsloses Lachen.

Eigentlich wünsche ich eher, daß man Frau geb. Dastutnichtsursache samt ihren Vorgesetzten zum Hoffegen schickt. Für höchstens einen Euro die Stunde. Sonst würden die sich den ganzen Tag sonnen!

Nun muß ich gerechterweise dazusagen, daß ich in den vier Jahren, seit ich hier wohne, vorwiegend gute Erfahrungen mit den Mitarbeitern des Arbeitsamtsbereiches gemacht habe. Es gibt hier richtige Menschen, die ihren Sachverstand einsetzen können, und zwar zugunsten von uns Unterschichtlern. Wann wird man einen von denen auf Platz 7 finden?

Martina Dost, Görlsdorf



Anfang November vergangenen Jahres stellte die Bundestagsfraktion „Die Linke“ den Antrag für ein „Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz“. (Er wurde inzwischen an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.) Mit dieser Initiative wird ein Problem aufgegriffen, das in der Öffentlichkeit kaum noch Beachtung findet: Die Bundesregierung verfügt über zwei Standorte: Berlin und Bonn. Alle vierzehn Ministerien sowie das Bundeskanzleramt und das Bundespresamt sind geteilt. In Berlin befinden sich 46 Prozent der Regierungsstellen, in Bonn dagegen 54 Prozent. In absoluten Zahlen: 8766 Planstellen in Berlin, 10 000 in Bonn. Um die Arbeitsabläufe in den Ministerien zu sichern, finden trotz sogenannter Schaltkonferenzen immer noch 5500 Pendelflüge im Monat statt. „Die Linke“ fordert deshalb, mit dem vollständigen Umzug des Bundeskanzleramtes nach Berlin bis 2009 die Beendigung des gegenwärtigen Zustandes einzuleiten, bis 2012 alle Ministerien in Berlin zusammenzuführen und die gesetzlichen Grundlagen der Teilung aufzuheben. Zwei Regierungssitze sind – von Kriegszeiten abgesehen – auch im internationalen Vergleich einmalig. In der BRD wurden sie 1994 in einem Gesetz festgeschrieben. Es trägt den irreführenden Namen „Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz)“. Dieses Gesetz und der vorausgehende Beschluß stellen einen einzigen Skandal dar. Am 20. Juni 1991 sollten die Abgeordneten darüber entscheiden, ob Bundestag und Bundesregierung nach Berlin umziehen oder in Bonn bleiben. Bereits das war skandalös, gab es dazu doch schon seit 1949 einen Beschluß des Bundestages. Solange zwei deutsche Staaten existierten, war es für die im Bundestag vertretenen Parteien eine Selbstverständlichkeit, daß Berlin nicht nur Hauptstadt, sondern auch Sitz von Parlament und Regierung sein sollte, sobald die politischen Voraussetzungen dafür gegeben wären. In ungezählten Erklärungen wurde dieser Standpunkt immer wieder beschworen und im kalten Krieg zu provokatorischen Veranstaltungen von Bundestag und Bundesversammlung in Westberlin mißbraucht.

Doch viele Politiker wollten 1990 von diesen Beteuerungen nichts mehr wissen. Ein „Sinneswandel“ vollzog sich. Auslöser war die neue Situation, die sich mit dem Sieg der Konterrevolution herausgebildet hatte. Das politische, wirtschaftliche und soziale Kräfteverhältnis veränderte sich, das nach 1949 entstandene instabile Gleichgewicht zwischen Bund und Ländern wie zwischen den Ländern selbst geriet ins Wanken. Der Konkurrenzkampf um das Erbe der DDR entbrannte. Die westdeutschen Bundesländer wollten ihre Besitzstände wahren und neue erobern. Das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Bundesland – Nordrhein-Westfalen, bangte um die Attraktivität seiner Region Bonn, wenn es zum Umzug käme. Es hatte genügend Probleme mit der Steinkohle. (Die Förderkosten sind

dreimal so hoch wie der Preis für Importkohle. Ohne staatliche Absatzhilfe – 2 Mrd. Euro jährlich – ist die Steinkohle unverkäuflich.) Das Klassenkräfteverhältnis war aus Bonner Sicht unwägbare. Man argwöhnte, daß sich soziale Spannungen in Berlin mit seinem DDR-Umfeld ganz anders auswirken würden als im vertrauten und verträumten Städtchen am Rhein. Ein Bonner brachte diese Geisteshaltung auf den Punkt: „Vierzig Jahre hatten wir Ruhe.“

Die Bonn-Befürworter wollten ihre scheinbar sichere Heimstatt nicht verlassen und piffen auf alte Bundestagsbeschlüsse. Die Berlin-Befürworter sahen die Situation nicht anders. Ihre Beschlußtreue war auch nicht viel wert, wie sich bald zeigen sollte. Sie unterschieden sich durch ihren vorrangig strategischen Blick. Die „Berliner“ hatten bereits die

derschlag. Bonn bekam den in der BRD einmaligen Status einer Bundesstadt. Damit übernahm der Bund die Verpflichtung, bei allen Entscheidungen über die Errichtung von Bundesinstitutionen Bonn vorrangig zu berücksichtigen. Die Region erhielt bisher 1,43 Mrd. Fördermittel. Unmittelbar unterstützt wurden 90 Projekte und 210 Einzelmaßnahmen. Es entstanden 2000 Arbeitsplätze. Durch mittelbare Leistungen wurde die Ansiedlung von 18500 Arbeitsplätzen gesichert. Mehr als 20 Behörden mit 7000 Stellen zogen von Berlin und Frankfurt a. M. nach Bonn. Es entstanden vier neue Fachhochschulen mit über 6000 Studienplätzen. 12 UN-Organisationen mit 650 Mitarbeitern haben sich angesiedelt. Bonn ist der wichtigste UN-Standort in der BRD. Gegenwärtig hat die Stadt mehr Einwohner und Arbeitsplätze als vor Beginn des Umzugs.

Warum es in der BRD nach wie vor zwei Regierungssitze gibt

Das Berlin/Bonn-Gesetz muß weg!

neue Rolle der BRD in Europa und der Welt vor Augen. Diese konnte nicht mehr aus einem Provinzstandort konzipiert und umgesetzt werden. Die Spaltung in Berlin- oder Bonn-Befürworter ging quer durch Parteien und Fraktionen.

Zu Beginn der Bundestagssitzung am 20. Juni 1991 war der Ausgang völlig ungewiß. Nach 107 Redebeiträgen entschieden sich 338 Abgeordnete für den Berlin-Antrag, 320 für den Bonn-Antrag. Dieses knappe Ergebnis sicherten die Abgeordneten aus den östlichen Bundesländern und aus Berlin. Denn nur 42,4 Prozent der Abgeordneten aus dem Westen hatten für Berlin gestimmt, aber 81,1 Prozent der aus dem Osten. Dabei war der Berlin-Beschluß nur eine halbe Sache. Der Bundestag sollte nach Berlin, der Bundesrat aber in Bonn bleiben. Für das Kabinett waren in Berlin nur „Kernbereiche“ seiner Regierungsfunktion ins Auge gefaßt. Von einer „fairen Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn war die Rede. Bonn sollte Verwaltungszentrum bleiben und großzügige Unterstützung erhalten.

Trotz der Halbheiten und der angekündigten Hilfsleistungen im Berlin-Beschluß waren die Bonn-Befürworter unzufrieden. Sie wollten mehr und forderten, daß für Bonn ein Sonderstatus gesetzlich festgeschrieben wird. Es tauchte zum ersten Mal der Begriff „Bundesstadt Bonn“ auf. Außerdem verlangten sie für die Region Bonn ein spezielles Förderprogramm. Im Berlin/Bonn-Gesetz fand das seinen Nie-

Das Berlin/Bonn-Gesetz ist der Preis für einen Bundestagsbeschluß, der lediglich die Normalität der Einheit von Hauptstadt, Parlaments- und Regierungssitz in Aussicht stellte. Es ist ein Beispiel dafür, wie die Länder ihr Mitspracherecht auf Bundesebene ausbauen und damit ihre Möglichkeiten erweitern, für sie unliebsame Vorhaben zu blockieren. Der Anteil der Gesetze, die nur mit Zustimmung des Bundesrates erlassen werden können, betrug 1949 ca. 10 Prozent, gegenwärtig sind es ca. 60 Prozent. Es dauerte weitere zwölf Jahre, bis sich die Bundesländer bereit fanden, die oben genannte Normalität auch im Grundgesetz (Artikel 22) festzuschreiben. Das geschah erst, als Bonn nicht nur „entschädigt“ war, sondern auch die Koalitionsregierung definitiv die Zusage gegeben hatte, daß durch die Neufassung des Artikels 22 das Berlin/Bonn-Gesetz nicht berührt werde.

Kaum hatte „Die Linke“ ihren Antrag eingebracht, meldeten sich Anfang Dezember die Regierungschefs der fünf östlichen Bundesländer und Niedersachsens zu Wort. Sie verlangten auf einmal, den Bonner Regierungsapparat nach Berlin umziehen zu lassen. Doch ihre Absicht ist durchschaubar; denn an der gesetzlichen Grundlage der Zweiteilung rühren sie nicht. Das Problem zu lösen verlangt: Weg mit dem Berlin/Bonn-Gesetz!

Dr. Dieter Hillebrenner

Wie DDR-Hauptmann Heinz Schäfer den Ami-Panzern Einhalt gebot

Gedanken zu einem historischen Foto

Der heutige Oberstleutnant a. D. Heinz Schäfer tat am 26. Oktober 1961 als Hauptmann am Grenzübergang Berlin-Friedrichstraße seinen Dienst, als USA-Panzer vom Typ M48 die Markierungslinie zwischen Ost- und Westberlin in provokatorischer Absicht zu überfahren und in die DDR-Hauptstadt einzudringen versuchten. Ein großer Konflikt, ja ein verheerender Krieg lag drohend in der Luft. Doch drei beherzte DDR-Offiziere

am weißen Trennstreifen handelten unerschrocken und besonnen. Sie behielten trotz der enormen Anspannung die Nerven. Und sie zwangen die Fahrer der Ami-Panzer durch ruhige und bestimmte Gesten zu stoppen und abzudrehen. Ein Foto von damals ist in die Weltgeschichte eingegangen. Heinz Schäfer, der an diesem Abschnitt das Kommando hatte, kann man darauf nur von hinten sehen. Doch er macht Figur. Die Beine ein wenig

gespreizt, die Hände auf dem Rücken, weicht er keinen Zentimeter von der Stelle, als die Kampfmaschine des Klassengegners auf ihn zurollt. Das Rohr des M48 ist nur noch wenige Meter von seinem Kopf entfernt.

Auf der anderen Seite versammelte sich schon die Meute sensationsgeiler Reporter und Fotografen, um das Einknicken und Davonlaufen unserer Genossen in Wort und Bild schadenfroh festzuhalten. Aber sie kamen an diesem Tag nicht auf ihre Kosten.

Die DDR-Grenzschilder wußten genau, daß sie skrupellosen und zu allem entschlossenen Feinden des Sozialismus gegenüberstanden. Einige ihrer Mitstreiter waren bereits im Dienst ermordet worden. In dieser Situation riskierten die drei Offiziere furchtlos ihr Leben. Sie taten es für das Leben von Millionen.

Der Arbeiter Heinz Schäfer, seit 1955 Parteimitglied, hatte die Uniform – wie viele andere mit Erinnerungen an Faschismus und Krieg – nur widerstrebend angezogen. Zu seiner Entscheidung, Soldat der DDR zu werden, trugen 1951 die Erlebnisse bei den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten wesentlich bei. In Berlin war er auch mit der französischen Kommunistin Raymonde Dien zusammengetroffen, die sich in ihrem Land auf die Schienen gelegt hatte, um einen Waffentransport für die gegen das vietnamesische Volk kämpfenden Kolonialtruppen aufzuhalten.

Im Juni 1953 gehörte Heinz Schäfer dann zu jenen, welche sich – durch die Sowjetarmee ausschlaggebend unterstützt – dem vom RIAS gesteuerten konterrevolutionären Putsch entgegenwarfen. Eine Spur des Terrors und der Verwüstung hatte sich durch manche Städte der DDR gezogen. Auf beiden Seiten zählte man Tote und Verwundete. Die faschistische Drohung war sehr real gewesen.

Doch die Feinde der DDR kamen nicht durch. Sie scheiterten am Widerstand des jungen, zum Sozialismus strebenden Staates und seiner damals verlässlichen sowjetischen Schutzmacht.

Bestärkt wurde Heinz Schäfer nicht zuletzt durch den Leidensweg des Vaters seiner Frau Helga. Mitglied der KPD schon vor 1933 und bereits in jenem Jahr verhaftet, hatte er im KZ Buchenwald den Tod gefunden.

Zahlreich waren die Stationen des tapferen Mannes der DDR-Grenztruppen. Die Offiziershochschule und die Militärakademie „Friedrich Engels“ gehörten ebenso dazu wie verantwortliche Parteifunktionen, in die ihn das Vertrauen seiner Genossen berief.

Heinz Schäfer hat viele frohe, glückliche Stunden erlebt und auch bittere Schicksalsschläge hinnehmen müssen. Doch er ist sich und der Sache immer treu geblieben. Bis heute.

K. S.



No pasaran!



Einfahrt in Havanna

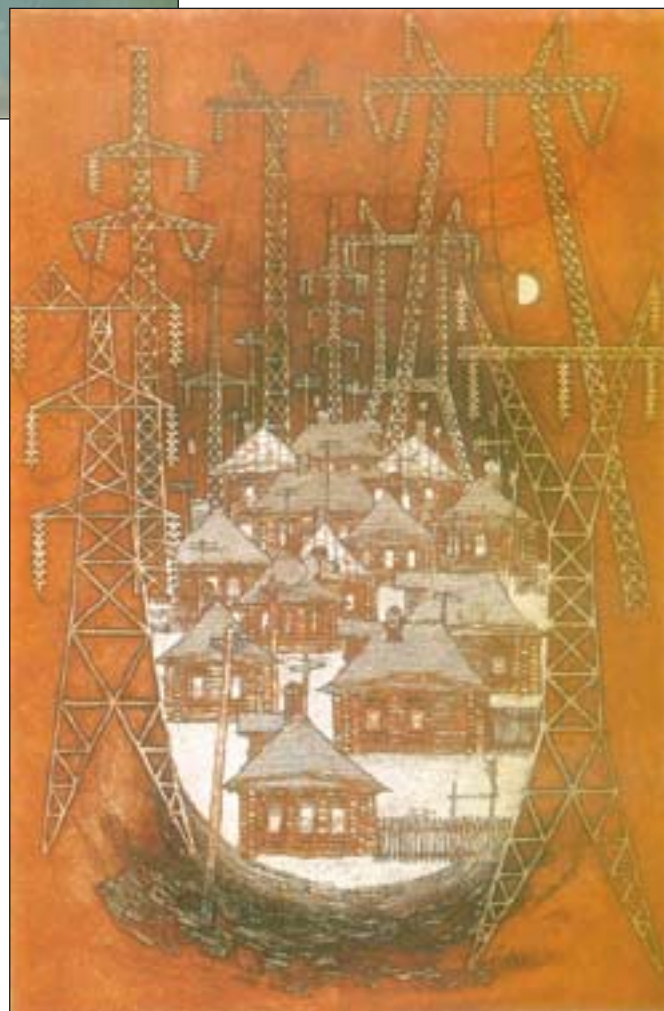
Gemälde von Thomas J. Richter

Ein Talent der DDR

Karlheinz Effenberger war zu DDR-Zeiten Vorsitzender des Verbandes Bildender Künstler im Bezirk Schwerin. Schon damals galt er als ein herausragender Grafiker und Aquarellist. Überdies verfocht er mit Nachdruck und Herzblut die sozialistische Sache. Ihr ist er bis heute treu geblieben. Der „RotFuchs“, der stolz auf seinen künstlerischen Mitarbeiter ist, zeigt auf dieser Seite einen kleinen Ausschnitt aus dem reichen Schaffen des Genossen Karlheinz Effenberger



Oben: Balkan IV, 1983
Unten links: Herbstlicher Weg, 1986
Unten rechts: Reliefradierung (Sibirien 1973)



„Historiker“ vom Schlage Guido Knopps ziehen gegen die Geschichte vom Leder Sie giften und giften ...

Die ach so staatsfernen (west-)deutschen Medien wie auch die „Politik“ der BRD überschlagen sich ja immer wieder, wenn es um die Ergebnisse des 2. Weltkriegs geht: die bösen Kommunisten, die bösen Sowjetrussen haben Deutschland geteilt, haben im Bunde mit Polen und Tschechen die Deutschen in Flucht und Vertreibung gestürzt, ihnen ihr Eigentum geraubt. Derzeit wärmen ZDF-Leibhistoriker Guido Knopp & Co. dieses Thema wieder einmal mit besonderer Aggressivität auf. Über das Warum ihres Tuns soll hier nicht geredet werden. Halten wir uns lieber an die in den Kriegstagebüchern der Westalliierten verzeichneten Fakten. Diese sagen nämlich ganz anderes aus, sieht man davon ab, daß es ohne Hitlers Aggressionen und Völkermordverbrechen solche Folgen für „die Deutschen“ gar nicht gegeben hätte:

14. April 1943: USA-Präsident Roosevelt und der britische Außenminister Eden vereinbaren namens ihrer Regierungen in New York, daß Ostpreußen nach dem Krieg an Polen übergeben werden soll; damit im Zusammenhang wolle man die deutsche Bevölkerung aussiedeln.

12. Mai 1943: Die in London residierende bürgerliche Exilregierung der ČSR unter Präsident Beneš erhält die Zustimmung des USA-Präsidenten zur Aussiedlung der sudetendeutschen Bevölkerung.

28. November 1943: Auf der Teheraner Konferenz scheitern USA-Präsident Roosevelt und der britische Premier Churchill

mit ihren Plänen zur Aufteilung Deutschlands in vier oder fünf Staaten am Widerstand Stalins, der auf einem einheitlichen Nachkriegsdeutschland besteht.

14. Januar 1944: Der britische Premier Churchill erklärt die Oder-Neiße-Grenze zur endgültigen polnischen Westgrenze.

15. Januar 1944: Die britische Regierung legt einen Plan über die Einteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen vor. Am 18. Februar stimmt Moskau zu und am 1. Juni auch Washington (Frankreich wurde seinerzeit noch nicht berücksichtigt). Alles Gehetze wegen der polnischen Ostgrenze, der sowjetischen Westgrenze und der Annexion „Ostpolens“ durch die UdSSR negiert also die historischen Tatsachen.

Zur Vorgeschichte: Die (westlichen) Siegermächte des 1. Weltkrieges legten 1919 als Grenze zwischen Polen und Sowjetrußland die sogenannte Curzon-Linie fest. Der britische Lord Curzon ging dabei recht „unpolitisch“ vor. Allein nationale (und damit verbunden auch religiöse) Gesichtspunkte sollten maßgeblich sein: Nationalstaatlichkeit statt Vielvölkerstaat. Indes, das erzkatholische Polen der Magnaten hielt sich nicht daran, sondern raubte dem Sowjetstaat weißrussische und ukrainische Gebiete jenseits der „Curzon-Linie“ sowie litauische Territorien einschließlich der Hauptstadt Vilnius. Im angeblichen Ostpolen – also den von Warschau geraubten Gebieten – bildeten Polen eine Minderheit von etwa 10 %. Die

Art und Weise, wie sich die UdSSR im Herbst 1939 Sowjetrußlands ursprüngliches Staatsgebiet zurückholte, mag aus heutiger Sicht umstritten sein, der Schritt aber war durchaus berechtigt.

Wie heuchlerisch Chefhistoriker Knopp und Leute seines Schlages argumentieren, zeigt ein kleines Detail. So erhielt seinerzeit im Ergebnis des Handelns der Sowjetunion auch Litauen seine durch Polen geraubten Gebiete zurück. Dieser Umstand wird verschwiegen oder nicht kritisiert. Warum wohl? Weil Litauen heute ein williger Vasall der NATO ist – ganz im Gegensatz zu Rußland und der Republik Belarus.

Eine persönliche Bemerkung: Auch meine Vorfahren mußten aus Schlesien fliehen. Und zwar auf Geheiß der Nazi-Kreisleitung. Sie aber wollen weder zurück noch ihr Eigentum wiederhaben. Welches denn auch?! Sie mußten als Bergarbeiter und Weber schufteten. Ganz im Gegensatz zu den Henkel von Donnersmarcks, deren einer sich heute als Filmschöpfer „mühevoll“ an den „schlimmen Verbrechen der SED-Diktatur“ abarbeitet. Ja, welche Untaten beging doch die DDR, als sie meiner in Schlesien so elenden Familie die Möglichkeit gab, daß für alle eine gediegene Schulbildung, Berufsausbildung und -ausübung selbstverständlich war und daß alle Kinder meines Vaters ohne Sorgen, Nöte und Schulden ein Studium absolvieren konnten. **Siegfried R. Krebs**

„Wir haben mit großer Hingabe für die DDR gearbeitet“ Eine anrühliche „Ehrung“

Im Kommunistischen Manifest wird gleich in der Einleitung festgehalten: „Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst (des Kommunismus) verbündet.“ Als eines der ersten Opfer dieser „heiligen Hetzjagd“ wurde François Noël Babeuf 1797 zur Guillotine geführt. Es gehört zur Bewahrung des Vermächtnisses unserer Rosa Luxemburg, niemals zu vergessen, daß auch sie Opfer dieser gespenstischen Hetzjagd wurde, daß „andersdenkende“ Gewehrkolben sie erschlugen, „andersdenkende“ deutsche Offiziere sie in Stacheldraht wickelten und in den Landwehrkanal warfen, daß 14 Jahre später die braunen Monster ihr Grab schändeten. Erst der zweite deutsche Staat gab ihr nach der Kapitulation der „Andersdenkenden“ ein würdiges Mahnmal. Heute erheben die Erben der Noske, Lüdendorf und Streicher – mit der Installation eines Gedenksteins „Den Opfern des Stalinismus“ in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde – ihre Hand zu einer neuerlichen Grabschändung von Karl und Rosa. Unter dem Kampfbegriff des „Stalinismus“ soll hier – per Trojani-

sches Pferd – ein breiter Personenkreis eingeschleust werden, der mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen Faschismus und Militarismus, also dem ursprünglichen Anliegen der Gedenkstätte, nicht das Geringste gemein hat. Auch diese letzte Stätte revolutionärer Tradition der deutschen Arbeiterbewegung soll bedenkenlos in die „heilige Hetzjagd“ gegen den Kommunismus eingespannt und durch antikommunistische Machenschaften beschmutzt werden.

Ein zweiter Gesichtspunkt bezieht sich auf die sogenannten Opfer des Stalinismus – zu allem Ärger leben einige noch. Diese könnten für sich aussagen, werden aber in Sachen ihrer späten „Ehrung“ gar nicht erst befragt. Sie sind nach dem Tode Stalins fast restlos aus der UdSSR in die Deutsche Demokratische Republik zurückgekehrt und haben mit großer Hingabe an der Errichtung dieses Staates DDR – unter der Devise „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ – mitgearbeitet. Sie sind mit Zehntausenden jedes Jahr im Januar zu den Gräbern von Karl und Rosa gezogen. Es war für uns völlig normal, daß wir nicht gesondert, von irgendwel-

chen Außenseitern – Personen, die mit den Traditionen der Arbeiterbewegung nichts gemein haben –, als „Opfer des Stalinismus“ geehrt wurden.

Die gepriesene Legierung „Opfer des Stalinismus“ dient lediglich dazu, Kämpfer gegen den Faschismus, Kommunisten und Sozialisten mit beliebigen anderen Elementen – bis hin zu relegierten Schülern – gleichzusetzen. Sie hat deshalb für uns etwas Anrühliches.

Das eigentlich Bedauerliche bleibt, daß Prominente der Linken in diesem durchschaubaren Drama nicht etwa Position beziehen, sondern naiv „Blindekuh“ spielen – nach dem Motto: den Stein erst mal aufstellen, man kann ja dann darüber diskutieren. **Walter Ruge, Potsdam**

Genosse Walter Ruge, Jahrgang 1915, ist der Bruder des bei seinem kürzlichen Ableben im ND durch einen antikommunistischen Artikel „gewürdigten“ Historikers Prof. Wolfgang Ruge. Er befand sich wie dieser unter Stalin zehn Jahre in Haft oder nordsibirischer Verbannung und ist trotz allem ein standhafter Kommunist und Freund der Sowjetunion geblieben.

Am 16. 1. 2007 begann das ZDF in der Besten Sendezeit mit der Ausstrahlung der dreiteiligen „Polit-Fiktion“ mit dem Titel „2030 – der Aufstand der Alten“, und setzte diese dann am 18. und 23. Januar fort. Welchen Zweck verfolgt das „öffentlich-rechtliche“ Zweite Deutsche Fernsehen mit solch einer erfundenen Reportage aus der Zukunft? Zuerst war ich etwas ratlos. Wollte man etwa die Massen zum Widerstand gegen die herrschende Ordnung aufrütteln? Ist das ein Spiel mit der weit verbreiteten Zukunftsangst? Wer will wen in Furcht versetzen?

Schon im Vorfeld, aber auch sofort nach dem ersten Teil der „Polit-Fiktion“, wurden mit der Dokumentation „Die Alten-Republik Deutschland“ im ZDF, und ebenso an den Folgetagen, die Medien nicht müde, das Horrorszenario von Überalterung, geplatzttem Generationenvertrag, Rentencrash, Pflegenotstand und Kinderlosigkeit tiefer im Bewußtsein der Massen zu verankern. Mißtrauisch und gespannt verfolgte ich Teil 1. Was soll eigentlich transportiert werden?

Eingepackt in technischen Schnickschnack wurde der kapitalistische Alltag präsentiert: Die Schere zwischen Armen und Reichen wird größer. Die Rentner werden um ihre Lebensleistung betrogen. Ein einzelner versucht, sich medienwirksam zu wehren. Der Staat unterdrückt jeden Gegner von Konzernmacht. Der Rechtsstaat funktioniert im Sinne der Herrschenden. Pressefreiheit ermöglicht die Recherche und sucht den Skandal.

Betont wird, die Verteilung zwischen Jung und Alt komme aus dem Lot. Man hätte die Alten schon eher kürzer halten sollen, damit es für die Zukunft reicht. Wer privat vorsorgt, hat es im Alter besser. Und mehr Kinder wären ein Teil der Lösung. Sonst bleibt als Ausweg nur Armut und Abgleiten in die Kriminalität. Eine wirklich tolle, erstrebenswerte Zukunft wird da vorgeführt, zu der es offensichtlich keine Alternative gibt. Kein Zweifel am System. Daß es neben immer mehr Armen auch immer mehr Reiche gibt, wird höchstens ganz am Rande erwähnt. Und Widerstand gegen das System ist unzulässig. Wer sich wehrt, wird kriminalisiert oder gleich ausgelöscht. Aber es gibt ja immer eine mutige Journalistin, die der Wahrheit zu ihrem Recht verhelfen wird.

Eingelullt von solcherlei Manipulation wollte ich mir den Rest eigentlich ersparen. Aber es siegte die Neugier, auf welche Weise das Thema aufgelöst werden würde.

Teil 2 war mager. Nur eine geradezu nebensächlich geäußerte Bemerkung ließ mich aufhorchen: Durch feige Sozialpolitik und fehlende Reformen hätten die Politiker in der Vergangenheit diese Lage im Jahre 2030 verschuldet. Macht da also wer Druck auf die Abgeordneten von heute, nicht so feige zu sein und mehr „Reformen“ zu verabschieden? Und sicher soll auch der Zuschauer wehgeklopft werden, noch mehr Einschnitte und Sozialabbau hinzunehmen, damit es nicht so schlimm kommt, wie es die Polit-Erfindung wieder und wieder zeigt.

Was hinter einer Horror-Story steckt Das ZDF probte den „Aufstand der Alten“

Ein schöner Bestandteil dieser erdichteten Unterstellung, zumindest für das scheinbar besorgte Produktionsteam, ist sicher der Abstecher in das südliche Afrika. Man gönnt sich ja sonst nichts. Und so haben schließlich alle etwas von den Fernsehgebühren.

Endlich Teil 3 dieser Vergewaltigung von Realität und gesundem Menschenverstand: Die mutige Reporterin ermit-



telt, entlarvt, rettet dahinvegetierenden Alten das Leben. Die Pressefreiheit und der Rechtsstaat siegen über Konzerne, Staatsanwaltschaft und Politiker. Alles wird gut!

Das Ende ist so enttäuschend wie simpel, weil schon geahnt: In der Fiktion treten Kanzler und Kabinett zurück, alles wird korrekt geklärt, aber es fehlt 2030 für eine angemessene Versorgung der Rentner ein-

fach das Geld. Und es wird gesagt, warum. Mutige Reformen vor 25 Jahren hätten noch etwas bewirken können. Die fiktiven Rentner wünschen sich, sie könnten die Zeit zurückdrehen, um die Regierung von heute in die Pflicht zu nehmen. Genau die Sprüche, die ich nach dem Teil 1 erwartet hatte. Und in der Zusammenfassung vor dem Teil 3 wurde der Kern formuliert: Die Reporterin deckte Mißstände in der Sozialpolitik der BRD 2030 auf. Die Rentner haben beobachtet, daß die Bundesrepublik von den Politikern in die Sackgasse gefahren wurde. Dazu kommt Schlußsatz von Teil 3: Noch ist es nicht passiert ...

Der Dreiteiler „2030 – der Aufstand der Alten“ sollte also den „Aufstand der Jungen 2007“ befördern, oder besser noch: auslösen. Zustimmende Duldung ist, das läßt der fehlende Aufschrei vermuten, vielleicht erreicht. Zielstellung verfehlt? Es werden sicher weitere solcher ideologischen Flächenbombardements folgen, um die Bevölkerung für rigorosen Sozialabbau sturmreif zu machen. Die Politiker sind den Konzernen offensichtlich noch zu unwillig und zu unfähig, wirklich unpopulär zu handeln. Die ausgeloteten Grenzen gestatten weitere Einschnitte, ohne daß Gegenwehr befürchtet wird. Und wenn doch, dann hat der Innenminister ja noch die Bundeswehr, um das System zu retten.

Jeder, dem die Menschen wirklich etwas bedeuten, sollte nach diesen gar nicht fiktiven Angriffen auf die Reste sozialer Absicherung die Alarmglocken schrillen hören. Noch ist es nicht passiert. Wenn es jedoch nicht gelingt, gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren, die Alternativen anstreben und durchsetzen, dann könnte so oder so aus dieser Polit-Fiktion, schneller als uns vorschwebt, bundesrepublikanische Realität werden.

Richard Georg Richter

Gera: Neue „RotFuchs“- Regionalgruppe

Am 27. Januar 2007 wurde in Gera eine Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins gegründet. Dazu hatten sich etwa 40 Mitglieder, Leser und Sympathisanten im Restaurant „Burgkeller“ versammelt. Die neue RG wird Genossen und Freunde aus dem ostthüringischen Raum Gera-Greiz-Weida-Zeulenroda vereinen.

An der Beratung nahmen Dr. Roland Kalthoff (Weimar) und Helga Möller (Jena) als Vertreter der bereits bestehenden Regionalgruppe Jena-Weimar-Rudolstadt (bisher Thüringen) teil. Sie hoben hervor, daß die in der monopolkapitalistischen BRD herrschenden sozialen und politischen Verhältnisse einer Antwort aus der

Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus, bedürften. Aufgabe der Regionalgruppe Gera wird es daher neben der weiteren Verbreitung unserer Zeitschrift sein, in Gesprächen und Bildungsveranstaltungen zur Vermittlung der Weltanschauung der Arbeiterklasse beizutragen.

Am Ende der freimütigen und solidarischen Diskussion stellten sieben Teilnehmer den Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein. In den fünfköpfigen Vorstand der neuen Gruppe wurden Karsten Rößler (Vorsitzender) und Fritz Lenk (Stellvertreter) gewählt. **R. K.**

Die 100 reichsten Deutschen besitzen zusammen 250 Milliarden Euro Nur die Spitze des Eisbergs

Am 7. 12. 2006 hat der RBB eine aufschlußreiche Sendung ausgestrahlt Wenn Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts und wahrscheinlich bester Freund des „Arbeitgeberpräsidenten“ Hundt, sein gelehrtes Wort spricht, bietet er meist auch folgende Grundaussage: „Arbeitnehmer und Arbeitgeber sitzen im selben Boot.“ Das mag ja stimmen. Wie das funktioniert, wissen wir seit dem Film „Titanic“. Die Gutsituiernten flanierten im Oberdeck und waren im eingetretenen Falle des Falles die ersten, die die wenigen Rettungsboote besetzten. Die armen Auswanderer, für die die Fahrt nach Amerika letzte Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein war, mußten sich in qualvoller Enge und ohne Intimsphäre mit den Massenunterkünften im Bauch des Schiffes begnügen, meist ohne Chance auf einen Platz in den Rettungsbooten. Ob die Beschäftigten von ALDI, Lidl, Schlecker, Norma & Co empfinden, mit ihren Chefs im selben Boot zu sitzen, bezweifle ich. Sie dürften inzwischen wissen, was Ausbeutung heißt und wie sie funktioniert. Überstunden sind, so die Aussagen des von RBB gesendeten Dokumentarfilms „Die Billigheimer“, in dieser Branche gang und gäbe, natürlich ohne Bezahlung, die wahrlich nicht hoch ist. Die Übernahme von Waren, ihr Einsortieren in die Regale, die Säuberung der Verkaufsstelle, Entsorgung, vieles, was der Betrieb eines Supermarktes

außerhalb der Arbeit an der Kasse oder an Ständen mit sich bringt, geschieht unbezahlt. Der Aufbau von Betriebsräten wird schon im Keim erstickt, besonders aktive Arbeiterinnen und Arbeiter werden gemobbt, psychisch unter Druck gesetzt, bedroht oder gleich entlassen. Man muß den Autoren und der Fernsehstation dankbar für diesen Beitrag sein. Sie haben durchaus Mut bewiesen. Dennoch ist das nur die Spitze des Eisbergs. Die 100 reichsten Deutschen vereinigen allein ein Vermögen von 250 Milliarden Euro auf sich. Die Eigentümer der Handelsriesen stehen ganz oben auf der Liste. Allein das Vermögen der ALDI-Brüder liegt zusammen bei nur wenig unter 30 Mrd. Euro. Woher aber kommt dieser Reichtum? Eigentlich ist es ja eine Binsenweisheit: Die Wirtschaft der BRD lebt auf Kosten der sogenannten Dritten Welt. Das wußten wir schon zu DDR-Zeiten. Doch wie spielt es sich ab?

Mit ihrer Wirtschaftsmacht haben es Aldi & Co. erreicht, daß die Einkaufspreise weltweit gesunken sind. Bei Kakao beispielsweise in den letzten 20 Jahren auf ein Viertel. Auf die Erzeuger wirken sich die Veränderungen natürlich verheerend aus. Inzwischen arbeiten viele Kinder auf den Plantagen der Agrarkapitalisten. Sie sind 8 bis 15 Jahre alt, billig, gut zu führen und nicht selten die einzigen der Familie, die wenigstens etwas verdienen. Oder

schlimmer, sie wurden verschleppt, verkauft und müssen nun bis zu 12 Stunden am Tag, oft ohne Bezahlung, schuften. Das trifft laut UNICEF auf gut 200 000 Kinder allein in Westafrika zu. Und wir freuen uns, nur 50 Cent für eine Schokoladentafel ausgegeben zu haben und unterstützen damit dieses System, ob wir es wollen oder nicht. Bei Kaffee, Süßfrüchten und vielen weiteren Produkten sieht die Situation nicht anders aus. Wer mehr darüber erfahren will, sollte das Buch von Klaus Blessing: „Ist sozialistischer Kapitalismus möglich?“ (ISBN 3-360-01043-4) lesen. Gibt es Alternativen? Man könnte bei Transfair kaufen, einer Nichtregierungsorganisation für fairen Welthandel, die direkt bei den Erzeugern bezieht und ihnen das Doppelte des Weltmarktpreises zahlt. Die Produkte sind hier nur wenig teurer. Aber Transfair hat einen Anteil von lediglich einem Prozent am Kaffeehandel, und seine Waren sind nicht überall zu bekommen. Veränderungen sowohl auf dem Binnenmarkt als auch bei den Wirtschaftsbeziehungen mit den Herstellerländern sind also zwingend geboten. Denn, bleibt es so, wie es ist, oder verschärft sich die Situation sogar noch, wird das dazu führen, daß die Bourgeoisie ihre eigenen Existenzgrundlagen zerstört. Und dann ist es höchst ungewiß, ob irgend jemand überhaupt noch ein Rettungsboot erreicht.

Olaf Präger, Belgiz

Eine aufschlußreiche Debatte österreichischer Philosophen Die „Faszination des Bösen“

Eine Gruppe österreichischer Philosophen, die u. a. aus Wien und Graz kamen, beschäftigte sich unlängst bei einer Diskussion im Philosophicum des Senders Alpha mit dem Thema der „Faszination des Bösen“. Zufällig stieß ich auf diese Auseinandersetzung und machte mir dazu meine eigenen Gedanken.

Geprägt war das Ganze von den Kategorien „Gut“ und „Böse“ und dem betonten Hinweis auf die Kategorie der „Freiheit“, mit der ja jeder Handelnde ausgestattet sei. Kennzeichnend für diese Vertreter des Abendlandes war die Rückführung von „Gut“ und „Böse“ auf die Begriffe „Gott“ und „Teufel“. Aber immerhin interessant: Von Diskussionsteilnehmern wurde der Name Bush beispielhaft als Inkarnation des Bösen empfunden.

Das Thema besitzt zur Zeit einen hohen Stellenwert. Es begann schon damit, daß Kriminalserien nicht nur die besten Sendeplätze im Fernsehen einnehmen und in Häufigkeit wie Gruseligkeit erheblich zugenommen haben. Was die „Faszination des Bösen“ betrifft, sollen sie dem Zuschauer vielleicht ein wohliges Erschauern bereiten und weniger den

Geist der Erkenntnis fördern. Es geht darum, daß der so Gewonnene immer wieder einschaltet, damit die Quoten stimmen und die Einnahmen fließen. Diese Absicht liegt auch der Darstellung von Kriegen zugrunde, obwohl manchmal das Mäntelchen der Schutzbehauptung davorgehängt wird, man könne „doch nicht die ganze Grausamkeit des Geschehens zeigen“. All das setzt sich zur Zeit in der weiter zunehmenden Brutalität der Computerspiele und in der Gesamttendenz der Medien fort. Leser wie Zuschauer, besonders aber die Jugend, sollen durch drastische Abscheulichkeiten auf „Künftiges“ vorbereitet werden. Unter Hitler hieß so etwas „Abhärtung“. Leider mit sehr üblen Begleiterscheinungen an verschiedenen Schulen.

Erschrocken über diese Entwicklung, heben Politiker der Bourgeoisie die Köpfe und schreien nach strengeren Gesetzen, nach Abschreckung und Verurteilung „des Bösen“ und „der Bösen“. Doch mit solchen Maßnahmen wird man nicht an die Wurzeln des Übels herankommen.

In der Diskussion der österreichischen Philosophen-Runde spielten die Ursachen

des „Bösen“ nur eine sehr untergeordnete Rolle. Es wurden Ansichten zitiert, wonach im Menschen noch das „Tierische“ zum Vorschein käme. Etwas Anklang fand das „Gut und Böse“ als Einheit im Menschen, zurückgeführt auf Goethe, neben der Fragestellung nach dem „absolut bösen Menschen“.

Daß der Mensch auf der Basis von Gegebenheiten, z. B. biologischen Grundlagen, Charaktereigenschaften, vor allem aber der Beeinflussung durch die Umwelt (Eltern, Nachbarn, Verwandte, Kindergarten, Schule, Studium, Beruf und besonders die herrschenden gesellschaftlichen Zustände und Einflüsse) eine widerspruchsvolle Entwicklung durchmacht, kam in der Diskussion nur am Rande vor. Natürlich wirken Umstände auf jeden Menschen anders, weil er andere genetische Anlagen, biographische Details usw. aufweist. Was für den einen Ansporn zu bewußter Selbstentwicklung ist, führt für andere zu Niedergeschlagenheit und Wut. Besonders die Ohnmacht bei der Einflußnahme in dieser angeblichen Demokratie kann zu Zorn und Aggressivität führen, wenn eine anständige Zukunft unmöglich erscheint.

Lydia Kuhnt

Am 21. September 2006 begann der von Wilhelmshaven (!) ausgehende und bis zum August 2007 geplante Einsatz deutscher Marineeinheiten vor Libanons Küsten. Dazu heißt es kurz und knapp in der Monatschronik des Jahresrückblicks 2006 im „Spiegel“: „Der Bundestag billigt mit großer Mehrheit den Einsatz von bis zu 2400 Bundeswehrsoldaten zur seeseitigen Absicherung des Libanon.“

Das Hausblatt des Deutschen Bundestages „Das Parlament“ titelte dazu am 18. September 2006: „Das letzte Tabu deutscher Außenpolitik“. Tatsächlich aber wurde dieses angebliche Tabu keineswegs erst 2006 gebrochen. Prüft man, welche Kräfte die Voraussetzungen für den Einsatz schufen, dann gelangt man zu sehr aufschlußreichen Erkenntnissen: Der Ex-Bundeskanzler und Sozialdemokrat Gerhard Schröder erntete schon vor Jahren lebhafteste Zustimmung und Anerkennung von führenden Konzernvertretern, als er wesentlich dazu beitrug, in der EU eine „starke maritime Industriepolitik“ durchzusetzen. Im Sommer 2000 hatte er bereits in Emden „Leitlinien zur Förderung der maritimen Wirtschaft“ verkündet. In diesen wurden die Werften und der Schiffbau als Schlüsselbereiche für Deutschland bezeichnet. Noch deutlicher drückte das ein gewisser Pfeiffer in seinem Artikel „Schiffsschrauben von der Müritz“ aus, als er schrieb: „Gerhard Schröder holte die alte ‚schmutzige‘ Industrie aus der Schmutzedecke heraus ...“ („Das Parlament“, 19. 6. 06) Ein Staatssekretär wurde nun als Maritimer Koordinator eingesetzt, um Staat, Wirtschaft und Wissenschaft zur Entwicklung des Schiffbaus, der Schifffahrt und der Hafenwirtschaft (kurz: Politik- und Rüstungsgeschäft) möglichst reibungslos miteinander zu verflechten. Staatliche Förderungen wie Innovationshilfen für Werften, Steuerbefreiungen für Reeder, die Intensivierung der Arbeit eines „Center of Maritime Technologies“ und ein Innovationsprogramm des „sozialdemokratischen“ Wirtschaftsministers Clement taten ein übriges.

In den Jahren 2004 und 2005 ließ eine ganze Reihe von Pressemeldungen aufhorchen, so über den Bau kleiner Korvetten (K 130) für den Einsatz in küstennahen Gewässern und deren Bewaffnung mit hochmodernen Seezielflugkörpern; über den Bau und den Einsatz von U-Booten der Klasse 212 A (sogenannter Flüster-, d.h. schwer zu ortende U-Boote); die Lieferung solcher Kriegsschiffe und anderer Waffensysteme in internationale Krisengebiete; die Modernisierung der Elektronik bereits in Dienst gestellter Fregatten und ähnliches.

Am 19. Juni 2006, also ein Vierteljahr vor dem Libanon-Einsatz der BRD-Kriegsmarine, gab Klaus Borgschulte dem bereits erwähnten Hausblatt des Bundestages „rein zufällig“ ein Interview. Es legte die Hintergründe bloß. Borgschulte, studierter Informatiker, Dr.-Ing., Jahrgang 1960, und folglich durch keinerlei eigene Kriegserfahrungen belastet, ist seit Januar 2005 Vorstandsvorsitzender der „Thyssen-Krupp Marine Systems“ (TKMS),

Zu Hintergründen des Bundesmarineeinsatzes vor Libanons Küsten Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser

die aus der „Zusammenführung“ (eher einer feindlichen Übernahme) der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW), auf der die U-Boote 212 A gebaut werden, mit den beiden Thyssen-Krupp-Werften Blohm & Voss und Nordseewerke 2005 entstand. Wie Borgschulte betonte, hatte „die damalige Bundesregierung die Bildung des Werftenverbundes nachdrücklich unterstützt und begrüßt“.

TKMS nimmt für sich in Anspruch, Weltmarktführer (!) bei Fregatten, Korvetten und konventionellen U-Booten zu sein und über „starke Marktpositionen bei Unterstützungsschiffen und Patrouillenbooten“ zu verfügen.

Für seinen Konzern, so Borgschulte, sei die Deutsche Marine als „Parent Navy“, die gewissermaßen eine „Elternrolle“ übernommen habe, „überaus wichtig“. Denn: „Indem die Deutsche Marine unsere neuesten Produkte und Technologien einsetzt, demonstriert das natürlich deren Funktionsfähigkeit und Überlegenheit. Dieser Umstand hat selbstverständlich großen Einfluß auf den Export.“ Borgschulte bezog sich hierbei besonders auf Fregatten F 125 und U-Boote 212 A, denen Thyssen-Krupp „nach einem Einsatz bei der ‚Parent Navy‘ gute Exportchancen“ einräumt.

Im Klartext: Der „Schutz der libanesischen Küste“ bietet Thyssen-Krupp eine geradezu ideale Möglichkeit, im Rahmen einer Art internationaler „Mustermesse mit praktischer Vorführung“ sein Kriegsgerät zu demonstrieren. Und das immerhin für die Dauer von fast einem Jahr und kostenfrei! Natürlich nicht für die Steuerzahler, aber für tonangebende BRD-Rüstungskonzerne! Immerhin handelt es sich um ein Geschenk von (vorerst) schätzungsweise 193 Mio. Euro. Eine sehr anschauliche Illustration des Leninschen Satzes: „Der Staat ist die Organisation der herrschenden Klasse.“ (LW 25/1197)

Obwohl sich die Marinerüstung der Bundesrepublik bereits sehr stark entwickelt, hat Herr Borgschulte dennoch zur „Unterstützung für den globalen Wettbewerb“ gegenüber Berlin und Brüssel einige

Wünsche: So erwartet er „von der europäischen wie auch der nationalen Politik gleiche (bzw. vergleichbare) Rahmenbedingungen für alle“. Man fragt sich unwillkürlich: Das sollte bereits alles sein? Soviel „Bescheidenheit“ ist schlechthin unglaublich: Der Drang, durch die forcierte Aufrüstung des Staates die eigenen Rüstungsgeschäfte ständig weiter voranzutreiben, sie auf eine immer höhere Stufe zu heben, ist so alt wie die Rüstungsindustrie selbst! So lautete der Grundsatz des Kanonenkönigs Alfred Krupp, eines der „Ahnherren“ von TKMS: „Die Fabrik muß sich ihre Bedürfnisse selber schaffen!“ (Krupp und die Hohenzollern, Rütten & Loening, Berlin 1956) Der Firmengründer führte in einem Schreiben vom 20. März 1874 an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts (unter Wilhelm I.) v. Wilmowski aus: „Die Fortschritte der Geschützfabrikation erwecken nämlich die Überzeugung, daß der Staat große Massen neuer Geschütze werde einführen müssen. Diese Erwartung hat sich verwirklicht ...“ (ebenda) Noch deutlicher wird sein Nachfolger Gustav Krupp am 31. Juli 1915 in einer – natürlich – vertraulichen Darstellung seiner Kriegsforderungen und -ziele gegenüber dem Chef des preußischen Zivilkabinetts v. Valentini.

Nach militärischen Anfangserfolgen des wilhelminischen Deutschland schrieb er: Es „ergeben sich drei große Ziele:

1. Das gesamte Deutschland muß als Kern von Europa betrachtet ... werden ... In erster Linie kommt es ... darauf an, daß die deutsche Kultur ... in Europa die herrschende wird ...

2. Es muß politisch, auf militärischem und auf dem Gebiete der Marine dafür Sorge getragen werden, daß ... gegen das Deutsche Reich eine Einkreisungs- und Erdrosselungspolitik nicht wieder betrieben werden kann.

3. Gleichwie in Europa muß auch auf überseeischen Gebieten eine erhebliche Erweiterung der deutschen wirtschaftlichen Betätigung ermöglicht werden.“ (a. a. O.)

Klingen diese Forderungen nicht beunruhigend „modern“?

Hier erinnert vieles an die bekannten Thesen des CDU-Politikers Friedrich Merz von der „deutschen Leitkultur“, an die Ambitionen von Schröder und Merkel, Deutschland in der Welt wieder eine – imperiale – Geltung zu verschaffen, oder an die deutlichen Verweise von Bundeswehrminister Jung auf den Rohstoffreichtum der Demokratischen Republik Kongo als eigentliche Begründung für den Einsatz der Bundeswehr zur angeblichen Absicherung „freier Wahlen“. (Wird fortgesetzt)

Hans Gebhardt

Unsere Genossin

Dr. med. **Dagmar Schneider**

begeht am **31. März**
ihren **70. Geburtstag**.

Der „RotFuchs“ grüßt sie lieb und dankt ihr für ihre nie erlahmende Einsatzbereitschaft.

Warum die BRD-Konzerne auf ein Irak-Engagement dringen Gier nach Öl

Eckart von Klaeden, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Schatzmeister und Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, läßt in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 13. Januar keinen Zweifel daran, daß seine Partei im Einklang mit der Kanzlerin vasallentreu an der Seite von USA-Präsident Bush steht, wenn sich dieser noch tiefer in seine Verbrechen in Irak verstrickt. Klaeden erwartet sogar, daß die Entwicklung in Irak „zu einem regionalen Krieg an der Südgrenze unseres NATO-Partners und EU-Beitrittskandidaten Türkei führen“ kann „und damit zu Beistandsverpflichtungen nach Artikel V des NATO-Vertrags“, also endlich zum längst von der CDU angestrebten direkten militärischen Engagement der Bundesrepublik in Irak.

Klaeden, einer der jüngeren Politiker, die von der Partei-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel besonders gefördert wurden, vertritt die CDU im Auswärtigen und im Verteidigungsausschuß des Bundestages sowie in der Parlamentarischen Versammlung der NATO. In seinem o. g. Exklusivbeitrag, veröffentlicht vom Zentralorgan der deutschen Großbourgeoisie, führt er aus: „Daß es neben der offenkundigen politischen Brisanz auch einen existentiellen ökonomischen Aspekt gibt, das wird in der deutschen Irak-Diskussion gerne unterschlagen. Der Irak besitzt die drittgrößten Ölreserven der Welt und hat damit eine zentrale Bedeutung für die globale Energiesicherheit insbesondere auch Deutschlands und Europas. Da die größten Reserven im Mittleren Osten lagern, wird unsere Abhängigkeit von dieser instabilen Region ... weiter wachsen.“

Irak müsse deshalb „bald wieder zu einem bedeutenden Ölproduzenten werden ...“ Dann folgt bei Klaeden der Satz: „Es geht im Irak auch um eine an geostrategischen Langzeitinteressen Deutschlands und Europas ausgerichtete Sicherheits- und Energiepolitik.“ Diese geostrategischen Langzeitinteressen der deutschen Konzerne sollen durch die vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes kreierte „Energiesicherheitspolitik“ gewährleistet werden. Die AA-Strategen gehen davon aus, daß „Deutschland bis 2030 immer mehr Energie aus politisch-instabilen Weltregionen beziehen werde“ (zitiert nach „Spiegel“, 9/2006). Das bedeute, daß mit einem Anstieg der Konflikte um Öl und Gas zu rechnen ist.

Rivalen und Risiken für Deutschlands Streben nach Brennstoffen sollen ausgeschaltet werden. Deshalb betont auch Klaeden, daß insbesondere die Abhängigkeit von russischen Lieferungen verringert werden müsse. Durch deutschen finanziellen Einsatz soll der Bau von Pipelines forciert werden, die „Alternativen zu den klassischen

Routen durch Rußland“ bieten. Deutsche Unternehmen sollten ihren Anteil an den kaukasischen, kaspischen und iranischen Öl- und Gasaufkommen erhöhen, die über durch die Türkei führende Pipelines nach Europa exportiert werden. Und natürlich geht es um den Anteil am irakischen Öl. Auch das gelangt schon über Leitungen zum südtürkischen Hafen Ceyhan an europäische Abnehmer.

Klaedens Plädoyer für eine massive Beteiligung deutschen Kapitals an der Ausbeutung irakischen Öls und anderer Ressourcen des Landes stellt er unter das verlogene Motto „Der Irak braucht uns jetzt“. Der smarte Christdemokrat will dafür sorgen, daß der deutsche Griff nach irakischem und nahöstlichem Öl heute erfolgreicher und nachhaltiger als in der jüngeren Vergangenheit ausfallen möge. Erinnert sei an die letztlich fehlgeschlagenen Versuche des deutschen Zugriffs auf nahöstliche Energiequellen: Das vom deutschen Kaiserreich massiv betriebene und mit dem 1. Weltkrieg verlorene Bagdadbahn-Projekt, den von den deutschen Faschisten initiierten und unterstützten, von den Briten aber niedergeschlagenen Versuch der Machtergreifung des Hitlerfreundes Raschid al-Gailani in Irak 1941 und auch die Operationen von Rommels Afrikakorps, die 1943 mit der Kapitulation der faschistischen Truppen in Nordafrika endeten.

Reichlich zynisch angesichts der blutigen Realität in Irak entwickelt Klaeden ein Programm zur Gestaltung der Beziehungen mit Bagdad in den nächsten Jahren. Junge irakische Führungs- und Nachwuchskräfte sollten langfristig an die deutsche Wirtschaft gebunden werden. „Ihre technische und betriebswirtschaftliche Aus- und Fortbildung in Deutschland, aber auch in der Region, etwa in Jordanien oder in den Vereinigten Arabischen Emiraten, ist sicher eine sinnvolle Zukunftsinvestition.

Daneben müssen wir helfen, die Abwanderung der letzten Jahre aus dem Irak zu stoppen, indem wir junge irakische Akademiker und Fachleute auf die mittelfristige Rückkehr in ihre Heimat vorbereiten. Mit diesen potentiellen Rückkehrern sollten wir gezielt einen Beitrag zum Wiederaufbau des Irak leisten und im nächsten Jahrzehnt die traditionell engen deutsch-

irakischen Wirtschaftsbeziehungen neu beleben. Wir sollten zügig eine deutsch-irakische Handelskammer aufbauen. Sie könnte zunächst ihren einstweiligen Sitz in Amman nehmen, bis ein Umzug nach Bagdad möglich ist.“

Klaeden will für seine Auftraggeber in den Chefesseln der deutschen Wirtschaft nichts außer acht lassen. So soll das Vorgehen auch in Kurdistan abgesichert werden. Schließlich wäre man dort ganz nahe an den wichtigen nordirakischen Ölquellen und könnte die bestehende Eigenständigkeit und Sonderstellung der Region angesichts der Differenzen und Auseinandersetzungen mit und bei den nichtkurdischen Bevölkerungsgruppen Iraks nutzen. Die von ihm ins Auge gefaßte „deutsch-irakische Handelskammer sollte von vornherein über eine Außenstelle in Arbil im ökonomisch florierenden Irakisch-Kurdistan verfügen. Damit erhielten viele in Deutschland ausgebildete Kurden, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, an Ort und Stelle einen Ansprechpartner der deutschen Wirtschaft.“

Und: „Wo es aus Sicherheitsgründen möglich und somit zu verantworten ist, sollten wir im Irak unsere stabilisierende Präsenz im Wirtschafts- und im Kulturleben ausbauen. So könnte zum Beispiel in den kurdischen Gebieten auch eine Anlaufstelle des Goethe-Instituts zur Sprachförderung und zur kulturellen Begegnung entstehen. Damit würden wir bereits heute erste Schritte dafür tun, daß das hoffentlich bald wieder aufblühende Zweistromland im 21. Jahrhundert ein guter und stabiler Partner für Deutschland und Europa wird. Immerhin war der Irak einmal unser wichtigster Handelspartner in dieser Region.“ Keiner der kaiserlichen oder späteren reichsdeutschen Kolonialpolitiker würde diesem Konzept des Mannes der Merkel-Partei seine Zustimmung versagen.

Bernd Fischer



„Wenn Du denkst, Du bist so hart – warum tust Du's dann nicht selbst?“
Aus: „The Australian“

Die Zerstörung der staatlichen Strukturen Afghanistans nahm schon 1979 ihren Anfang. Der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates schrieb in seinen Memoiren, daß die US-Geheimdienste mit der Unterstützung der afghanischen Islamisten bereits sechs Monate vor der sowjetischen Intervention Ende 1979 begonnen haben. Durch diese wurde der innerafghanische Konflikt unweigerlich internationalisiert. Den Imperialisten ging es nicht mehr primär um Afghanistan, sondern darum, das Land zu einem Vietnam der UdSSR zu machen.

Durch die Vertreibung der Taliban 2001 bestand eine reale Chance, die Staatlichkeit Afghanistans wiederherzustellen. Doch während des US-geführten Krieges gegen Afghanistan – unterstützt durch die britische Regierung – fand unter formaler UN-Ägide Ende 2001 eine internationale Konferenz statt, auf der die

lar ausgegeben, um für ihn Stimmen zu kaufen. Anfang Januar 2004 wurde auf einer weiteren Loya Djirga eine Verfassung verabschiedet und Afghanistan zur Islamischen Republik proklamiert. 2004 wurden dann Präsidentschaftswahlen und 2005 Parlamentswahlen abgehalten, wobei Drohung, Gewalt, Mord und Stimmenkauf die Regel waren. Die „New York Times“ nannte die Art und Weise, wie die Wahlen zustande kamen „eine plumpe amerikanische Aktion“. Alle entscheidenden Beschlüsse wurden entweder im Büro Karsais oder in der US-Botschaft gefaßt. Sowohl UN- wie EU-Vertreter ließen sich von den USA instrumentalisieren und nickten die getroffenen Entscheidungen nur noch ab. Es war dann nur logisch, daß die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Istanbul am 28. 6. 2004 die Entmachtung bzw. Unterordnung der formal UN-mandatierten Schutztruppe „International

einheimischen Wirtschaft wird jegliche Chance genommen, sich zu entwickeln. Da die Heroinbarone im Staatsapparat integriert sind, nutzen sie den „Wirtschaftsboom“ zur Geldwäsche. Sie investieren nur im Luxussegment, in Hotels, Häuser und Lebensmittelproduktion für den Bedarf zahlungskräftiger Ausländer. 2006 gab es die größte jemals in Afghanistan eingebrachte Opiumernte, sie lag um 2000 Tonnen höher als im Vorjahr und erreichte sagenhafte 6100 Tonnen! Schon den Exportwert der Opiumernte 2005 bezifferte das UN-Büro für Drogen und Kriminalität mit 2,7 Milliarden Dollar.

Ein Wiederaufbau für breite Schichten der Bevölkerung findet hingegen kaum statt. Die Arbeitslosigkeit beträgt ca. 75 % mancherorts, vor allem im Osten und Süden sogar 90 %. So erklärt sich, daß dort bereits 80 % der Bevölkerung mit den Taliban sympathisieren.

Der Bevölkerung geht es immer schlechter. Selbst in Kabul funktionieren weder Wasser- noch Stromversorgung. Wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse kommt es in den heißen Sommermonaten zu Cholera-Epidemien.

Zu den schon auf dem Petersberg falsch gestellten Weichen gab es eine Alternative. Der beste und einzig gangbare Weg zur Befriedung des Landes wäre die Bildung einer repräsentativen Regierung in Afghanistan gewesen und eben nicht irgendwo weit weg im Ausland. Unter strengster Kontrolle nicht der „internationalen Gemeinschaft“, sondern der 118 blockfreien Staaten, der 55 Mitglieder der Konferenz der Islamischen Staaten, der internationalen Gewerkschaften, von Friedens- und Frauenorganisationen hätten Wahlen für eine Loya Djirga durchgeführt und auf dieser repräsentativen Versammlung eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung einer Verfassung sowie von Parteien- und Wahlgesetzen bestimmt werden müssen. Militärschutz, wenn er denn für kurze Zeit benötigt worden wäre, hätten jene bieten können, denen das Land nahesteht, wie die blockfreien und die islamischen Staaten. Damit wäre auch den Islamisten der Wind aus den Segeln genommen, denn Afghanistan wäre dann nicht von „ungläubigen Christen“ und dem „großen Satan“ besetzt. Diese Alternative war jedoch von Anfang an unerwünscht.

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkoppelung von kolonial-ähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der Hinwendung zu einer regionalen Zusammenarbeit mit den industriell entwickelteren Nachbarn Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation. Als NATO-Protektorat hat Afghanistan weder politische noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche Zukunft. Die Neocons stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Militärdoktrin. In Afghanistan haben die alten Imperialmächte in der Vergangenheit keine Siege erringen können. Auch die neuen werden sich nicht auf Dauer am Hindukusch zu etablieren vermögen.

Dr. Matin Baraki

Wie Afghanistan in ein NATO-Protektorat verwandelt wurde Kabuler Kolonialregime

Grundlage für den künftigen Status des Landes gelegt wurde. Nicht in Afghanistan durch Afghanen, sondern auf dem fernen Petersberg bei Bonn wurden die Weichen gestellt und eine provisorische Regierung auf massiven Druck der über zwanzig anwesenden US-Vertreter unter Beteiligung dreier islamistischer und einer monarchistischen Gruppe gebildet. Abdul Hamid Karsai, der seit Beginn des afghanischen Bürgerkriegs enge Verbindungen zur CIA unterhalten hatte und auf deren Gehaltsliste stand, wurde zum Interimsministerpräsidenten gekürt. Da diese Regierung weder Legitimation noch Rückhalt in Afghanistan hatte, wurde sie nach kolonialem Muster von einer internationalen „Schutztruppe“, bestehend aus Soldaten von NATO-Staaten, nach Kabul begleitet und vor Ort weiter gesichert. Petersberg war eine Neocon (Neokonservative in den USA)-Konzeption, dabei wurde weder europäischen, geschweige denn afghanischen Vorstellungen Rechnung getragen.

Auf der Grundlage des Petersberger Fahrplans wurden zwischen 2002 und 2005 mehrere Wahlprozeduren durchgeführt. Im Dezember 2001 war Karsai in das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt und dann im Juni 2002 auf einer improvisierten Loya Djirga (Ratsversammlung) zum Präsidenten gewählt worden, wobei 24 Stimmen mehr abgegeben wurden als Abgeordnete anwesend waren. Im Vorfeld dieser Wahlen hatten die USA 10 Mio. Dol-

Security Assistance Force“ (ISAF) unter ihr Kommando beschloß. Das Land wurde nach einem Operationsplan des NATO-Hauptquartiers unter den Besatzern in vier etwa gleich große Sektoren aufgeteilt. Dadurch sind faktisch die Aufsichtsfunktion der UNO wie die Souveränität und Eigenstaatlichkeit Afghanistans aufgehoben worden. Diese Demütigung der Afghanen ist der Nährboden, auf dem der Widerstand wächst.

Noch vor den Parlamentswahlen hatte Karsai eine „Nationale Konferenz“ einberufen, auf der 100 Personen aus seiner Entourage zusammenkamen. Sie „bevollmächtigten“ ihn, mit den USA einen Vertrag zu schließen, auf dessen Grundlage die Militäreinheiten der Vereinigten Staaten auf unabsehbare Zeit in Afghanistan bleiben dürfen.

Das jetzige Kabuler Kabinett besteht zu über 50 % aus American Afghans, den Rest stellen Euro-Afghanen und einige willfährige Warlords. Hinzu kommen noch die US-Berater, die ausnahmslos in allen Ämtern präsent sind und Entscheidungskompetenz innehaben.

Unter dem formalen Dach der UNO wurde das Land seit Petersberg zu einem Protektorat der „internationalen Gemeinschaft“ degradiert. Gerade durch diesen Status ist die Wirtschaft Afghanistans zerstört worden. Wie der Kabuler Wirtschaftsminister Mohammad Amin Farhang hervorhob, bestehen 99 % aller Waren auf dem afghanischen Markt aus Importen. Der

Zwischen Davidstern und Roter Fahne

Juden in Polen

Der Historiker und Polonist Dr. Holger Michael hat zu einem Thema, das den wenigsten vertraut sein dürfte, ein interessantes Buch vorgelegt. Es geht um Juden im Polen des 20. Jahrhunderts. Ein Jude in Deutschland galt gemeinhin als Deutscher. Ein Jude in Polen war zwar polnischer Staatsbürger, zugleich aber Angehöriger eines jüdischen Gemeinwesens, in welchem bereits zwischen den beiden Weltkriegen „fast alle politischen Parteien entstanden, die später das Schicksal Israels bestimmten“. Von den etwa 30 Millionen Einwohnern Polens waren vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 3,5 Millionen Juden – etwa ein Drittel der europäischen Juden überhaupt. Nur knapp eine halbe Million von ihnen überlebte den Holocaust, 100000 von ihnen in Polen, nämlich in den KZs oder bei den Partisanen im Walde. Heute schätzt man dort die Zahl der Juden auf weniger als 20 000.

Schon ab 1918 waren die Juden zwischen die Fronten des polnischen Staates, der ukrainischen Nationalisten und der jungen Sowjetmacht geraten. Antisemitische Pogrome wurden mit der Behauptung motiviert, die Juden seien „Russenknechte“. Das zaristische Rußland aber war für die Polen in jahrhundertelanger Fremdherr-

schaft stets ein Feind gewesen. Jetzt kam der von der Kirche geschürte Kommunismhaß hinzu, indem unterstellt wurde, viele Juden seien „Rote“ und „mit Moskau verhandelt“.

Bereits in der „Zwischenkriegszeit“ wanderten viele jüdische Bürger Polens aus, meist nach Palästina. Als auch nach der Befreiung von Hitlers Okkupanten in Polen wiederum Tausende Juden ermordet wurden, bis die Volksmacht die Lage stabilisieren konnte, setzte sich das fort. Stammten schon 1937 etwa 40 % der in Palästina lebenden Juden aus Polen, so stieg deren Anteil danach weiter.

Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hatte in der jüdischen Frage keine klare Linie. Sie wich systematisch zurück, sobald sie bezichtigt wurde, „eine Partei von Juden“ zu sein. So wurden zahlreiche jüdische Genossen – meist unter durchsichtigen Vorwänden – aus dem Partei-, Staats- und Sicherheitsapparat entfernt. Dabei spielte der Antisemitismus die entscheidende Rolle. Er weichte die Partei von innen auf. Es kam zu ungerechtfertigten gerichtlichen Verfolgungen und zu rassistischen Äußerungen führender Funktionäre. Je mehr die Partei indes zurückwich, desto massiver wurde der Druck des Gegners. Damals wurden Grundlagen dafür gelegt, daß Kommunisten heute in Polen ungestraft zu Verbrechern gestempelt werden, daß eine heilige Hetzjagd gegen Angehörige der PVAP, der Armia Ludowa, der ehemaligen Sicherheitsorgane und überhaupt gegen alle Linken organisiert wird.

Besteht ein Kerngedanke der zionistischen Ideologie in der Behauptung, ein Zusammenleben von Juden und Nichtju-

den sei unmöglich, so leistete die PVAP dem Vorschub, wenn ihr Generalsekretär die Juden vor die Alternative stellte, sich entweder zu Polen oder zu Israel zu bekennen. Berechtigter Antizionismus wurde zu Antisemitismus, und der größte Verlierer dabei war die Partei selbst. „Eine kommunistische Partei, die sich auf nationalistische Positionen begibt, ist früher oder später zum Scheitern verurteilt. Nationalismus ist eine Spielart der bürgerlichen Ideologie. Sie macht die Partei wehrlos“, schreibt Holger Michael. In der PVAP trat an die Stelle der marxistischen Weltanschauung immer stärker ideologische Prinzipienlosigkeit. Wohin sie schließlich führte, ist spätestens seit 1989 bekannt.

Antisemitismus gedeiht vor allem auf dem Boden ungelöster sozialer Probleme und ist daher weder durch Aufklärung noch durch administratives Vorgehen allein zu bekämpfen. Die sozialökonomische Lage der Werktätigen zu verbessern – dazu war Volkspolen nicht mehr imstande und ist die Bourgeoisie heute nicht bereit. „Die Kapitalisten sind bemüht“, stellte Lenin fest, „zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nation, verschiedener Rasse Feindschaft zu schüren. Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät!“ (LW 29/239 f.)

Das Buch Holger Michaels veranschaulicht das alles in unnachahmlicher Weise.

Dr. Ernst Heinz

Holger Michael: Zwischen Davidstern und Roter Fahne. Die Juden in Polen im XX. Jahrhundert. Kai Homilius Verlag, Berlin 2007, Edition Zeitgeschichte Band 29, 282 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-896706-865-0

Am **14. März um 16 Uhr** spricht **Dr. Norbert Podewin** im Beisein **Hermine Quandts** in **Güstrow**, Haus der Generationen, Weinbergstraße 28, über sein Buch

Bernhard Quandt – ein Urgestein Mecklenburgs

Veranstalter: Regionalgruppe Güstrow



Vertikale Beschriftung: Karikaturen: Heinrich Ruynat



Ein Ungar, der in der DDR zu Hause war

Wo findet Weltgeschichte statt? Von wem wird sie „gemacht“? Hat der einzelne Gewicht? Lohnt sich der Kampf, der doch so unendlich viele Opfer fordert? Fragen, die einen jungen Mann aus einem kleinen Städtchen Nordungarns der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts seit jeher umtreiben, ihn nicht zur Ruhe kommen lassen. Er ist süchtig danach herauszufinden, worin der Sinn des Lebens besteht. Vor allem, wie man „jeden Menschen einzeln und alle insgesamt erlösen“ könnte. Um Antworten zu finden, verläßt er mutig die für ihn vorgezeichneten Wege, kehrt seiner katholischen Erziehung den Rücken, wird leidenschaftlicher Verfechter von Freiheit und Gerechtigkeit, was ihn jedoch nicht vor Irrwegen oder falschen Entscheidungen schützt. Ein Leben, dessen Bogen sich spannt zwischen Idealismus und Erkenntnisdrang, Heimatliebe und Fernweh, Nietzsche und Marx, Einzelgänger und Hingabe an die Sache des Sozialismus. Und zwischen allem das wechselvolle Geschehen einer ganzen Epoche – meisterhaft erzählt von Almos Csongár in seinem Buch „Wie die Jungfrau zum Stier wurde“. Es ist eine Autobiographie, deren romanhafte Züge von außerordentlich großer Detailtreue und stimmungsvollen Schilderungen vor allem seiner Kinder- und Jugendjahre geprägt sind. Ja, man kann sagen, der Besitz seines Werkes – in gewisser Weise ein Kleinod – stellt eine Bereicherung des geistigen Horizonts und wenn man so will, des eigenen Lebensgefühls dar. Es bedeutet indes nicht die unkritische Akzeptanz aller vom Autor zu historischen Vorgängen vorgestellten Sichtweisen. Hier findet sich – wie beispielsweise die Charakterisierung der Ereignisse in Ungarn 1956 – durchaus Strittiges, was den Leser zu eigener Positionierung herausfordert. Dennoch ist die Lektüre ein spannendes, lehrreiches Abenteuer, das dem 1920 in einem der „ärmsten Winkel des Kontinents“, in Ungvár, geborenen Almos Csongár seinen unverwechselbaren Stempel aufdrückt. In dem von schicksalsschweren Entscheidungen gebeutelten Ungvár (Ushgorod/heute Ukraine), das durch die k.u.k.-Monarchie erst an die CSR, dann wieder an Ungarn fiel, spielten sich heftige politische, religiöse und soziale Konflikte zwischen Ungarn, Slowaken, Juden, Ruthenen, Polen, Zigeunern und Deutschen ab. Almos Csongár gerät mitten hinein in den Kampf des Alten mit dem Neuen, der Reaktion mit dem Fortschritt,

des Faschismus gegen den Sozialismus. So wird aus dem braven Sohn aus gutsituierter, dann aber verarmter Bürgerfamilie ein „Rebell“, der mit Wort und Feder gegen Obrigkeiten zu Felde zieht und immer wieder in erkenntnistheoretischen Studien der Wahrheit auf den Grund gehen will. Irgendwann liegt auch das Manifest vor ihm, und er bekennt: „Endlich fand ich einen realen politischen Sinn in der Geschichte, die mir bis dahin nur als eine endlose Kette von blutigen Machtkämpfen, Gewalttaten und Intrigen erschien. Jetzt begriff ich, wie sich die Gesellschaft entwickelt. ... Jetzt wußte ich, wo der Feind steckte und gegen wen ich meine Rebellion zu richten hatte.“ Almos Csongár war in Ungarn wie in der DDR zu Hause. Er arbeitete als Dozent für russische und sowjetische Literatur sowie als Publizist. Er schrieb Literaturkritiken, verfaßte zahlreiche literarische Essays und philosophische Abhandlungen. Er hat mehr als 30 ungarische Romane ins

Deutsche übersetzt und versah sie mit ausführlichen sachkundigen Nachworten. „In der DDR war ich nach einer Odyssee durch immerhin vier Länder endlich ans Ziel gelangt. Während ich bis dahin überall, ob in der bürgerlichen CSR, ob im halbfeudalen Ständestaat Horthy-Ungarns, ob im nazistischen Deutschland, ob in Westberlin, ein Fremder geblieben war und mein Leben am Rande fristete, fühlte ich mich in der DDR von Anfang an als Bürger dieses Staates.“ Almos Csongár verteidigt bis heute die revolutionäre Entwicklung in beiden Ländern und steht zu deren sozialistischen Errungenschaften. Der inzwischen 87jährige Philosoph, Schriftsteller und Übersetzer ist noch immer aktiv und trägt sich mit dem Gedanken, seine Autobiographie fortzusetzen, die RF-Leser mit Spannung erwarten werden.

Bruni Steiniger
Almos Csongár. Wie die Jungfrau zum Stier wurde. Oberbaum-Verlag 2006, 448 S., 29 €, ISBN 3-933314-53-3

Der kleine Unterschied

Ich sage im voraus, daß Richard von Weizsäcker mir nicht unsympathisch ist. Schon weil er nicht mit imaginärem Schaum vor dem Mund auf seine politischen Gegner eindrischt. Und weil er solch einen tollen Bruder hat wie den Carl Friedrich, den gescheiterten Physiker und Philosophen, der sich über die Kurzsichtigkeit der Politiker hinaus um den Erhalt des Planeten und seiner Bewohner bemüht. Der sich auch nicht scheute, aktive Solidarität zu zeigen mit denen, die bei strömendem Regen und kaltem Wind demonstrierten und sich auf die Bahngleise setzten. Es war die Zeit, als „Häuptling Silberlocke“, wie Richard genannt wurde, Regierender Bürgermeister von Berlin (West) war. Der kalte Krieg befand sich auf seinem Höhepunkt. Weizsäcker brachte damals den Mut, die Toleranz und den Verständigungswillen auf, den Regierenden des anderen deutschen Staates, Erich Honecker, zu besuchen. Ein bekannter westdeutscher Publizist zog am Vormittag des Treffens einen Vergleich zwischen diesen beiden deutschen Politikern. Mit herablassender Nachsicht sagte er, daß die Männer unterschiedlicher nicht sein könnten: Richard von Weizsäcker entstammt einer honorigen und kultivierten Adelsfamilie – Erich Honecker einem armen Proletarierhaushalt. Weizsäcker hat eine gediegene humanistische Bildung und ist Jurist – Honecker war Volksschüler und Dachdecker. Weizsäcker spielt Schach – Honecker spielt Skat.

Weizsäcker trinkt Kognak – Honecker trinkt Bier. Das alles mag stimmen, und niemand wird widersprechen. Doch hatte der Journalist noch einen kleinen Unterschied vergessen: Während Richard von Weizsäcker als Offizier mit der Nazi-Wehrmacht über fremde Völker hergefallen ist, saß Erich Honecker als antifaschistischer Widerstandskämpfer zehn Jahre im Brandenburger Zuchthaus

Rudi Kurz



Am **27. März um 16 Uhr** findet in **Bitterfeld**, Volkssolidarität, An der Sorge 2, eine Veranstaltung der dortigen Regionalgruppe statt. **Dr. Adolf Eser**, ehemaliger Generaldirektor des VEB Chemiekombinat Bitterfeld, spricht über die **Chemische Industrie im Revier und die Rolle der IG Farben i. L. bei ihrem Niedergang**

Die Schriftstellerin Margarete Neumann starb vor fünf Jahren

Ein Herz für „kleine Leute“

Die Schriftstellerin Margarete Neumann wurde am 19. Februar 1917 in Pyritz in Pommern geboren. Sie studierte Sozialpädagogik, legte 1939 die Prüfung ab und war bis Ende des Krieges als Fürsorgerin tätig. Nach der Bodenreform war sie zunächst Neubauerin und danach Leichtmetallschweißerin in Halle/Saale. Seit 1952 lebte sie als freie Schriftstellerin in Hohen Neuendorf, seit 1961 in Neubrandenburg. Sie arbeitete für den Rundfunk und die DEFA. Nach der „Wende“ befand sich Margarete Neumann von 1991 bis 2001 in Tunesien. Am 4. März 2002 erlag sie in Rostock einem Krebsleiden.

Bereits in Frühwerken wies sich die Autorin als Moralistin aus, ob in ihren Gedichten, Geschichten, Erzählungen oder Romanen. Sie war immer neugierig auf das Leben und vor allem auf eigene Eindrücke. Deshalb arbeitete sie im Ölheizgeräte-werk ihres Wohnortes, fuhr Schichten im Petrolchemischen Kombinat Schwedt und reiste zweimal an die „Drushba“-Trasse. Margarete Neumann begann 1954 als Lyrikerin. Einige ihrer Gedichte erschienen in dem Sammelband „Geliebtes Land“. 18 Jahre später veröffentlichte sie ihren eigenen Lyrikband „Blätter“ (1977), der Gedichte und Nachdichtungen aus zwölf Jahren enthielt. Herausragend waren ihre Liebesgedichte, ihre Ho-Chi-Minh-Nachdichtungen und ihr „Gespräch mit Walt Whitman“. Zwischenzeitlich hatte sie ihren Lyrikband „Brot auf hölzerner Schale“ (1959) herausgebracht.

In erfreulicher Regelmäßigkeit legte Margarete Neumann Erzählbände vor. Ihre ersten waren „Lene Bastians Geschichte“ (1956), „Am Abend vor der Heimreise“ (1974), „Windflöte“ (1978) und „Ein gewöhnlicher Nachmittag“ (1983). Handelte es sich im ersten Band um fünf Novellen und Skizzen, die zeitlich vom Kriegsende bis zum Frühsommer 1953 angesiedelt waren, so enthielt der zweite Band fünfzehn Erzählungen, die teilweise die Gedanken- und Gefühlswelt von Menschen aus der Industrie reflektierten. Sie zeichneten sich durch einen lyrisch-bildhaften Sprachstil, atmosphärische und psychologische Feinheiten und eine überzeugende Gestaltung der Charaktere aus. In ihrem „Orenburger Tagebuch“ (1977), das weit mehr als private Reisenotizen beinhaltete, zeichnete sie ihre Eindrücke von der Erdgasleitung „Drushba“-Trasse auf. Margarete Neumann drang über das poetische Bild tief in die menschlichen Beziehungen einer mächtig in Bewegung geratenen Wirklichkeit ein.

Als Romanautorin begann sie mit „Der Weg über den Acker“ (1955), in den sie viel Selbst- und Miterlebtes als Neubauerin einfließen ließ. Mit diesem Werk konnte sie ihren ersten literarischen Erfolg verbuchen. Spätere Romane aus ihrer Feder waren „Der Totengräber“ (1963), „... und sie liebten sich doch“ (1966) und „Die Liebenden“ (1970). In ihrem Roman „Der grüne Salon“ (1972) erzählte sie die Geschichte zweier Siedlerfamilien aus der Nachkriegszeit. Das ehemalige Festzimmer des Gutsbesitzers – ein Salon – wird zum Kristallisationspunkt bewegender

menschlicher Schicksale. Mit dem Roman erreichte die Autorin einen besonderen Höhepunkt ihres Schaffens. Er war in einer kargen, aber treffenden, gefühlvoll-anschaulichen Sprache verfaßt. In dem Roman „Die Webers“ (1976) wurde das Leben dreier Generationen innerhalb zweier Familien, die zu einem neuen Anfang fanden, geschildert. Literaturkritiker rückten den Roman neben solche wie Helmut Sakowskis „Daniel Druskat“ und Erwin Strittmatters „Wundertäter“. Mit „Magda Adomeit“ (1985) knüpfte Margarete Neumann an ihren Roman „Der grüne Salon“ an. Die unterschiedlichen Methoden der Selbstverwirklichung zweier Menschen auf dem Lande standen unter anderem im Mittelpunkt. Der Roman wurde in der Wochenzeitung „FÜR DICH“ vorabgedruckt. Ihr Reisetagebuch „Land der grünen goldenen Berge, Unterwegs in Mongolien“ (1986) reflektiert wiederum ihre eigensinnige Neugier auf Unbekanntes.

Gleichsam als Morgengabe zu ihrem 70. Geburtstag legte der Aufbau Verlag 1987 ihre zwei Barlach-Novellen in dem Band „Der Geistkämpfer“ vor. In diesen beschäftigte sich die Autorin mit zwei sehr unterschiedlichen Lebenssituationen Ernst Barlachs und brachte eigene grundsätzliche Ansichten zur Künstler-Problematik mit ein. Lebensberichte aus dem Jahre 2020 stellte die Schriftstellerin in ihrem Erzählzyklus „Dies ist mein Leben ...“ (1987) vor. In jenem Jahr startet eine internationale Raumschiffbesatzung im Auftrag der Vereinten Nationen zu einem Erkundungsflug in Richtung Jupiter. Der Funkkontakt zur Erde bricht ab, und die Teilnehmer sehen sich veranlaßt, ihre Lebensgeschichten zu erzählen. Ein Buch

von jungen Leuten und für junge Leute schrieb die Autorin unter dem Titel „Zwei Mädchen an einem fernen Ort“ (1989). Darin hatte sie nochmals das Abenteuer Trassenbau aufgenommen. Lebensweisen, Lebensansichten und Lebenspläne standen im Zentrum ihrer literarischen Erkundung.

Des öfteren hob man Margarete Neumanns außergewöhnliche literarische Produktivität hervor. Sie bekannte in einem Interview: „... Ich habe ziemlich spät mit dem Schreiben angefangen, also Zeitverlust. Nun hat sich viel in mir angesammelt, was ich sagen möchte, so daß ich mir Bummel gar nicht leisten kann.“ Immer wieder sah sie eine Aufgabe der Kunst darin, „Nachrichten von Menschen zu Menschen zu tragen“. Sie widmete sich in ihren Werken wie Erwin Strittmatter, Benno Voelkner, Irma Harder und Werner Reinowski immer wieder den gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Lande.

Margarete Neumann stellte sich oft die Frage: „Wie soll man leben?“ Ihr ging es stets um die „Poesie der Beziehungen, um das seelische Wachstum des Menschen“ (Günter Ebert). Die Autorin erzählte zumeist von einfachen produktiven Persönlichkeiten, die sich nicht besonders zu profilieren suchten und unauffällig ihren Pflichten nachkamen. Sie ergründete in ihren Werken den Sinn für deren Dasein. Die Autorin wurde u. a. mit dem Heinrich-Mann-Preis (1957) und dem Fritz-Reuter-Preis (1964) ausgezeichnet.

Dieter Fechner

Wir grüßen

Helmut Kühne aus Berlin, der am **13. März** sein **92.** Lebensjahr vollendet, und Rudolf Härtl aus Strausberg, der am **31. März 85** Jahre alt wird.

Ihren **80.** Geburtstag begehen

Kurt Heß aus Oelsnitz (**2. März**),

Hildegard Lindner aus Berlin (**4. März**) und

Hans Kunstmann aus Hohenstein-Ernstthal (**17. März**).

Zu den **75jährigen** rücken auf:

Eva Kolowrat aus Berlin (**3. März**),

Dr. Alwin Ramme aus Strausberg (**12. März**),

Friedrich Scheller aus Reichenbach/V. (**15. März**) und Harald Weiß aus Alt Meteln (**19. März**).

Ihr **siebentes Lebensjahrzehnt** vollenden:

Rosemarie Nicolas aus Brandshagen (**1. März**),

Johann Edel aus Köln (**7. März**),

Dr. Lothar Schwock aus Berlin (**25. März**) und

Tassilo Stolz aus Rostock (**29. März**).

Auch der Nachwuchs steht bereit: **65** werden

Dr. Reinhard Grimmer aus Berlin (**12. März**),

Dr. Peter Filbrich aus Zella-Mehlis (**16. März**) und Gerhild Ziener aus Chemnitz (**29. März**).

Zum **60.** Geburtstag gratulieren wir

Wilfried Durand aus Weimar (**5. März**) und

Andreas Zieger aus Strausberg (**14. März**).

Der
„Rotfuchs“
gratuliert
herzlich
seinen
Jubilaren

Martin Andersen Nexö gab dem Rüdersdorfer Kulturhaus seinen Namen Erinnern an den „roten Dänen“

Ganz gleich aus welcher Richtung der GA 10 man sich Rüdersdorf nähert, stets überragt, unübersehbar, das Kulturhaus „Martin Andersen Nexö“ die Silhouette. Der ortsbildbeherrschende, klassizistischer Architektur nachempfundene Bau wurde vor gut 50 Jahren, am 12. Oktober 1956, feierlich eingeweiht. Am 15. Juli 1954 war die Grundsteinlegung erfolgt. Im Jahr zuvor hatte Walter Ulbricht den Rüdersdorfer Zementwerkern das Haus versprochen. Viele von ihnen, darunter auch der damalige Betriebsdirektor Ernst Reißmann, beteiligten sich an freiwilligen Arbeitseinsätzen. Allein 350 000 Ziegelsteine wurden in das Fundament verbaut. 27 Monate später erhielt der repräsentative Kulturpalast den Namen des „roten Dänen“. Bei der feierlichen Einweihung sprach der Arbeiterschriftsteller Willi Bredel, ein Freund des Namensgebers. Herzlich begrüßt wurde die Witwe Martin Andersen Nexös, mit dessen Namen sich für Leser in aller Welt die Romane „Pelle der Eroberer“ und „Ditte Menschenkind“ sowie zahlreiche meisterhafte Erzählungen verbinden. Der Betriebsdirektor konnte in seiner Rede auf die großen Leistungen verweisen, die von Betriebsangehörigen beim Aufbau ihres Kulturhauses vollbracht worden waren.

Mit der Wahl des dänischen Dichters als Namenspatron ihres Kulturhauses hatten die Rüdersdorfer Zementwerker eine richtige Entscheidung getroffen. Denn Martin Andersen Nexö war für sie nicht irgendein Romanschreiber. Dieser bei Kopenhagen geborene und auf Bornholm aufgewachsene Mann war einer von ihnen. Aus ärmsten Verhältnissen stammend, betätigte er sich als Bauernknecht, Steinbrucharbeiter, Schuhmacher und Maurerhandlanger. Während dieser Zeit besuchte er die Volkshochschule und einen einjährigen Kurs pädagogischer Ausbildung, um dann Lehrer in einem Vorort Kopenhagens zu werden. 1898 erschien sein erstes Buch mit Novellen. „Ich fing an zu schreiben“, sagt Nexö über sich selbst, „um Luft zu kriegen, um über mein Los zu schimpfen, um ein bißchen Ellenbogenraum für mein Wesen zu bekommen. Ich hatte nichts dagegen, so zu schreiben, daß die guten braven Bürger dadurch ihren Appetit und ihren Nachtschlaf verloren.“

Noch vor dem Ersten Weltkrieg glückte ihm ein großer Wurf: „Pelle der Eroberer“ war der erste proletarische Bildungsroman überhaupt. Nexö schildert die Arbeiter nicht aus der Sicht des bürgerlichen Intellektuellen, nicht als Objekt des Mitleids. Er stellt Pelle von Anfang an als Revolutionär dar, der sich zum Pionier der Arbeiterbewegung und Streikführer profiliert. Dazu setzte er sich scharf mit rechten sozialdemokratischen Politikern und einem ehemaligen Freund auseinander: „Als Du und ich jung waren und es links von der Sozialdemokratie nichts gab, war ich selber Mitglied. Jetzt gibt es eine Welt links davon ... und da geschehen die Dinge“, schrieb er.

Martin Andersen Nexö, der 1911 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks geworden war, gehörte 1919 zu den Mitbegründern der KP seines Landes. Allerdings hatte diese zunächst nur geringes Gewicht. Bei den Parlamentswahlen 1924 erhielten die Kommunisten lediglich 6000 Stimmen, während die Sozialdemokraten auf 476 000 kamen. Der junge Genosse blieb dennoch Optimist und glaubte an eine sozialistische Zukunft. 1919/21 schrieb Nexö den Roman „Ditte Menschenkind“, in dem er den Lebensweg einer starken Frau entwirft, die dennoch an den Verhältnissen zugrunde geht. Der Kampf um eine Brotscheibe, um einen Platz am Mittagstisch des Fürsorgevereins bringt Ditte um ihre letzten Kräfte. Sie stirbt, 25jährig, als geschundener guter Mensch, der vielen geholfen hat.

Um „die Zukunft zu schmecken“, reiste Nexö 1922 in Begleitung von George Grosz zum ersten Mal in die Sowjetunion. Er schrieb, daß die Versorgung knapp sei, „aber die Russen haben dem gefüllten Eßnapf in Knechtschaft die Brotrinde in Freiheit vorgezogen, und die Brotrinde ernährt sie und läßt sogar einen kleinen Überschuß für den Frohsinn des Gemüts“. Nexö wurde Ehrenmitglied des Sowjets von Samara.

Große Popularität genoß der Schriftsteller auch im Deutschland der Zwischenkriegszeit. Im November 1923 ließ er sich am Bodensee nieder, wo er sieben Jahre blieb und Mitglied der KPD wurde. 1941 von den Hitlerfaschisten verhaftet, gelang es ihm, nach Schweden und dann in die Sowjetunion zu emigrieren.

In der DDR erschienen die Erinnerungsrömane „Morten der Rote“ (1945), „Die verlorene Generation“ (1948) und „Jeanette“. Sie schildern den moralischen Verfall der Sozialdemokratie und die Entstehung einer marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung. 1951 wurde Nexö die DDR zur zweiten Heimat und er zählte in ihr zu den populärsten Autoren. In hohen Auflagen erschienen seine Bücher.

Zusammen mit Bert Brecht und Anna Seghers erhielt er 1950 den Nationalpreis 1. Klasse. Die Universitäten Greifswald und Leipzig verliehen ihm die Ehrendoktorwürde. Dresden kürte ihn zu seinem Ehrenbürger. Schulen und Einrichtungen trugen und tragen zum Teil noch heute seinen Namen. So auch das Kulturhaus Rüdersdorf.

Seit dessen Eröffnung sind mehr als 50 Jahre vergangen. Der Name Martin Andersen Nexö wie der Kulturpalast gerieten ins Spannungsfeld erbitterter Klassenauseinandersetzungen. Mit der Konterrevolution hat sich die Lage drastisch verändert. Die im Frühjahr 1991 durch den Rat der Stadt Dresden verfügte Schließung der Gedenkstätte Collenbuschstraße 4 auf dem Weißen Hirsch, wo der Dichter bis zu seinem Tode im Jahre 1954 lebte, ist ein signifikantes Beispiel dafür. Angesichts dessen, daß auch seine Bücher aus zahlreichen Bibliotheken verschwanden, liegt es nahe, von einer beabsichtigten Auslöschung des Namens Nexö zu sprechen.

Diese „Abwicklung“ hat in Rüdersdorf nicht stattgefunden. Hier entdeckt man in der Bibliothek des Kulturhauses all seine bekannten Schriften, und an der Eingangsseite des Säulenvorbau steht nach wie vor in großen Lettern „Martin Andersen Nexö“. Anlässlich der 50. Wiederkehr des Tages der Namensgebung las der Schauspieler Jaeki Schwarz aus Nexös Biographie. Anwesend war auch der dänische Botschaftsrat Uffe Andresen. Dieser spendete Lob dafür, daß das Kulturhaus im Sinne seines großen Landsmannes hilft, geistige Trägheit zu verdrängen, die Bitterkeit des Alltags besser zu ertragen, Humor und Freude als Lebenselixier zu verbreiten. Der Diplomat seiner Majestät sah sich das ganze Haus an und brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß das Andenken des berühmten Dänen so tatkräftig gewahrt wird.

Heinz Pocher



Gesprächsrunde beim „roten Dänen“ in Lidingö am 13. August 1939 (links: Helene Weigel und Bert Brecht)

Gift im Chinaimbiß?

Knapp eine halbe Stunde, bis der Bus Kauf mein Rübendorf fährt – der letzte heute. Schnell noch in den Chinaimbiß, zum Glück ist er leer.

Hinter mir ist eine junge Frau hereingekommen, die ich zuerst gar nicht beachtet habe. Wartend wende ich mich ab, doch da spricht mich der „Chefkoch“ an. Ob ich englisch spräche. Ja, ein bißchen.

Die junge Frau: „Do you speak ...?“

„Yes, I do.“

Der Koch verfolgt unseren Wortwechsel mit seinem asiatischen Permalächeln und nickt zu jedem zweiten Satz. Offensichtlich versteht er nicht die Bohne. Ich verstehe aber auch noch nicht so recht, womit ich behilflich sein soll.

Die junge Frau, Chinesin, denke ich, will wissen, wo sie Sachen zum Kochen kaufen kann. Meint sie den „Schöttel- & Pött“-Laden drei Häuser weiter?

„Things for cooking wo einkaufen?“

Ich überlege: Wir sind mitten in der Stadt, alle Supermärkte sind weit, wie soll ich das jetzt beschreiben? Nun legt sie aber richtig los. Ich bekomme gar nichts mehr mit.

„Could you speak a little bit slower, please.“ (Könnten Sie etwas langsamer sprechen?)

Sie lächelt und senkt das Tempo. Der Koch lächelt ebenfalls, meine Übersetzung begierig erwartend. Sein Deutsch beschränkt sich aber auf die paar Worte, die er braucht, um die Bestellungen entgegenzunehmen. Was ich ihm übersetze, versteht er nicht. Ich suche nach einfacheren deutschen Wörtern, die ihm vielleicht bekannt sind. Sie wird ungeduldig, er versteht immer noch nicht. Und was ist mit meinem Bus?

Wieso brauchen zwei Chinesen untereinander einen Dolmetscher? Was soll der irre Umweg über deutsch und englisch? Ach ja, an der Tür steht ein vietnamesischer Name. Er ist gar kein Chinese, ich Naivling!

Die verhinderte Kundin von „Things for cooking“ wiederholt immer wieder ein Wort, das sich wie „daut“ anhört. Da ich diesem Klang kein mir bekanntes englisches Wort zuordnen kann, was sinngemäß hierherpaßt, und sie dabei immer den Koch anblickt, vermute ich, daß es ihr Heimatdialekt ist.

„Something like salt.“

Endlich dämmert mir, warum es eigentlich geht. Sie meint Zutaten ...

„... for chinese cooking?“

Begeistertes Nicken. Ich verstümmele mein Deutsch so gut ich kann, damit der Mann – immerfort lächelnd – mich verstehen möge. Ich bekomme aus ihm heraus, daß er seinen Spezialbedarf in Rostock oder Berlin einkauft. Weder ich noch die junge Frau können es im ersten Moment glauben. In jedem Supermarkt sind doch in einer geheimen Ecke merkwürdige, mit chinesischen Schriftzeichen versehene Zutaten verborgen! Als sie es endlich akzeptiert, ist mein gebratener Reis fertig. Ich ziehe mit dem schlapperigen Folienteller rüber an den Stehtisch, ernte vom Chef einen Sojasaucenverschwendungsblick. Inzwischen wimmelt die Bude von

Studenten, die alle nach uns gekommen sind. Eine junge Frau übernimmt jetzt das Übersetzen, denn ich will schließlich essen. Die neue Dolmetscherin hat aber keine Ahnung, worum es eigentlich geht.

„Something like salt.“ „Etwas wie Salz.“

Ja Schätzchen, das habe ich ihm vorher schon gesagt, hatte aber keinen Erfolg damit!

Die Chinesin verzweifelt allmählich. Ansonsten herrscht heitere Stimmung in dem kleinen Laden. „Keep on smiling“ beim Koch. Immer lächeln!

Ich tippe auf das Schild neben mir an der Wand. „Alle unsere Speisen enthalten Natriummonoglutamat“. Das kann man als „so etwas wie Salz“ bezeichnen. Hätte ich „Glutamat“ gesagt, hätte er es sowieso nicht verstanden. Aber was da steht, weiß er. Jetzt strahlt er noch heftiger, denn er hat begriffen. Die Studentin begreift überhaupt nichts. Der Chef holt etwas herüber, das wie Zucker aussieht.

„Das ist Salz“, sagt die Studentin.

„Nein“, sage ich.

„Nein“, sagt er.

Die kleine Chinesin lächelt schüchtern vor sich hin, obwohl er es auffordernd unter ihre Nase hält.

Da bin ich mal so frech und behaupte: „You can taste it!“ (Kosten Sie es!)

Zaghafter Versuch – und die schmalen Augen leuchten!

Doch das war noch nicht alles. Sie braucht noch etwas. Er versteht wieder nicht. Wie erkläre ich ihm das Grundproblem, daß sie heimlich kochen möchte und ihr die entscheidenden Zutaten fehlen? Wobei ich nie geahnt hätte, daß man in China tatsächlich mit Glutamat kocht. Ich hatte das bisher für einen ausschließlichen Fastfood-Kunstgriff gehalten.

„Noch anderes“, sage ich.

Sie: „Ja, andeles.“

Er begreift wieder nicht.

„Andeles, andeles.“

Mein Gott, warum kapiert er nicht? Ich tippe auf die Sojasaucenflasche.

„Like this?“

Da endlich erfaßt er die Problematik. Er räumt alle seine kleinen Stahlschüsselchen vom Herd auf die Theke. Sie prüft eine Zutat nach der anderen. Etwas, das wie Trockenhefe aussieht, scheint das Richtige zu sein. Er macht ihr zwei kleine Päckchen aus Alufolie. Sie will bezahlen, er schüttelt den Kopf. Sie erklärt das dreimal, weil sie wiederkommen wolle.

Die Studentin ist außerstande, das zu übersetzen. Ich muß mich schon wieder einmischen. Der Chef hat bereits verstanden, lehnt aber eine Bezahlung immer wieder ab. Sie wolle auf jeden Fall morgen wiederkommen (will sie das etwa wirklich alles heute ins Essen schütten??), dann bringe sie eben ein Geschenk mit. (Auf englisch heißt das „gift“.)

„Gift“? Die Studentin guckt entsetzt. Wäre ja auch wirklich undankbar!

„A gift, ein Geschenk!“ werfe ich ein. Da begreift sie und erklärt es dem Koch.

Abwehrende Hände. „Nein, nein.“

Er reicht der Studentin ihre Chinapfanne zum Mitnehmen über die Theke. Wieder kommt eine Frau herein. Wäre ja putzig, wenn das Gestammele jetzt wieder von vorn beginnen würde, aber es scheint alles geklärt zu sein. Nach gegenseitigen Dankes- und Achtungsbezeugungen geht auch die junge Chinesin. Der Chef und ich tauschen einen Verschwörerblick.

Nun Sorge ich mich: Werden die beiden morgen miteinander klarkommen? Da fahre ich nämlich nicht in die Stadt. Obwohl Glutamat und Sojasauce mir eigentlich nicht zuträglich sind, werde ich auf jeden Fall wieder dort einkehren. Denn: Wo könnte man sich besser unterhalten?

Barbara Chaib



Und zum Standpunkt der Frauen hören wir jetzt Mr. Hanson, der alle unsere weiblichen Beschäftigten sorgfältig befragt hat. Aus: „People's Voice“, Kanada

Leserbriefe an RotFuchs



Ich möchte Euch und allen, die zum „RotFuchs“ gehören, für die Solidaritätsbotschaft danken, die in der Dezember-Ausgabe erschienen ist. Wir setzen den Kampf für Gerechtigkeit uns gegenüber und für die Solidarität mit anderen fort, die für Frieden und soziale Rechte wirken. Es ist meine feste Überzeugung, daß unser Eintreten für den Sozialismus notwendiger denn je ist. Auch wenn es zur Zeit schwer erscheint, bleibt ein möglicher Sieg denkbar. Herzliche Grüße

**Kurt Stand, Bundesgefängnis
Petersburg, Virginia, USA**

Lieber Kurt,

wir alle, die wir wissen, daß Du nun schon seit vielen Jahren unter der Beschuldigung, für die Auslandsaufklärung der DDR tätig gewesen zu sein, in Haft bist, danken Dir von ganzem Herzen für Deine Botschaft und versichern Dir, daß die „RotFuchs“-Leser und die 1150 Mitglieder unseres Fördervereins fest an Deiner Seite stehen. Wir umarmen Dich.

Redaktion und Vorstand

General Leonhardt verweist in seinem RF-Bertrag (Nr. 106) darauf, daß die ersten Chefs der Grenzpolizei Arbeiter und Antifaschisten waren. Aus meiner Dienstzeit in den 50er Jahren kann ich das bestätigen. Hier nur einige Namen: Hermann Gartmann, Eisenflechter, Spanienkämpfer, KZ-Häftling; Walter Breitfeld, Strumpfwirker, Interbrigadist, Widerstandskämpfer in Frankreich; Josef Schütz, Arbeiter, Partisan in der Slowakei; Kurt Höfer, Arbeiter, Spanienkämpfer, KZ-Häftling; Helmut Fuchs, Elektromechaniker, Strafbataillon 999; Albert Giebel, Arbeiter, Spanienkämpfer, KZ-Häftling; Bernhard Behnke, Tischler, KZ-Häftling; Paul Ludwig, Zimmermann, Interbrigadist, KZ-Häftling, Strafbataillon 999; Heinrich Fomferra, Kundschafter für die UdSSR und Partisan im Osten ...

Das unserer Grenzbereitschaft auf westlicher Seite gegenüberliegende Grenzschutzkommando Süd des Bundesgrenzschutzes der BRD wurde damals von einem Dr. Otto Ludwig Dippelhofer kommandiert. Dienstgrad: Brigadegeneral. Der Sohn einer Beamtenfamilie trat zwei Monate nach dem Ende seiner beruflichen Ausbildung am 1. April 1933 freiwillig der SS (SS-Nr. 77517) und am 1. Mai 1933 der Nazi-Partei bei. In der schwarzen Mörderbande brachte er es bis zum SS-Hauptsturmführer. Während des Krieges führte er Einheiten der Feldgendarmarie, der berüchtigten Kettenhunde, und stieg bis zum Major auf. Vorgesetzte bescheinigten ihm, daß „Dippelhofer ... nach seinem Verhalten die Gewähr (bietet), daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt“. Mit seiner Einheit wurde er in Polen, Holland, Belgien, Frankreich und in der Sowjetunion eingesetzt. Vor Kriegsende führte er ein Polizeiregiment in der Heeresgruppe Südost.

Günter Freyer, Berlin

Bei uns gab es eine große Demonstration gegen die Veränderung des Artikels 16 der griechischen Verfassung. Er lautet: „Die Erziehung des griechischen Volkes gehört zu den absoluten Pflichten des Staates. Jeder Versuch, diese Pflicht an Privatpersonen zu übertragen, ist strengstens untersagt. Alle Griechen haben das Recht auf staatliche (öffentliche) kostenlose Erziehung.“

Seit einigen Jahren streben die beiden Regierungsparteien (konservative Neue Demokratie und sozialdemokratische PASOK) eine „Reform“ der Verfassung an. Am 10. Januar fand eine Parlamentssitzung zu diesem Thema statt. Den ganzen Tag über gab es gewaltige Kundgebungen, Demonstrationen und Protestmärsche. Das Parlament war regelrecht eingekreist.

Organisationen und Verbände in ungekannter Breite nahmen an der Aktion teil.

Auch um die Verteidigung des Artikels 24 der Verfassung ist der Kampf entbrannt. In ihm heißt es, die Wälder Griechenlands seien Nationaleigentum und keine Privatperson habe Anspruch auf sie.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Im DDR-Fernsehen gab es eine Serie „Krupp und Krause“. Da wurde der antifaschistische Arbeiter Krause von einem Nazigericht zum Tode und zu „Ehrverlust“ verurteilt. Er kommentierte den Richterspruch so: „Meine Ehre können Sie mir nicht nehmen. Meine Ehre ist nicht Ihre Ehre, meine Herren!“

In diesem Sinne haben die Beauftragten der „Herren“ in Berlin jetzt den Richtigen geehrt. Biermann hat sich wahrhaftig um ihre Interessen verdient gemacht. Mit seinen Liedern für einen „menschlichen Sozialismus“ hat er den wirklichen Sozialismus effektiv bekämpft und die Intellektuellen in Ost und West verwirrt, die sich nur zu gern von ihren „dogmatisch-linken Irrtümern“ abbringen lassen wollten.

Denen, die sich damals verwirren ließen, will ich einen alten Biermann-Text ins Stammbuch schreiben:

„So oder so, die Erde wird rot ... Wir mischen uns da“ bißchen ein. So soll es sein, so wird es sein!“

Besonders möchte ich diesen Text jenen Abgeordneten der PDS nahelegen, die sich danach drängen, als vollwertige Beauftragte der „Herren“ zu gelten. Sie setzen damit nur eine Politik fort, die bereits mit dem durch Momper eingeweichten unsäglichen Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ deutlich wurde.

Fritz Dittmar, Hamburg

In einem Biermann-Porträt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) – dem Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie – hieß es am 18. Januar: „Biermann ist rücksichtslos gegen sich und andere, und er bleibt unberechenbar. Das sind durchaus bürgerliche Tugenden.“ Rücksichtslosigkeit und Unberechenbarkeit als Ausdruck bürgerlicher Moral – auch auf diesem Gebiet vertreten wir direkt entgegengesetzte Werte.

Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande

Der ND-Beitrag von Matthias Wedel „Biermann geschüttelt und gerührt“, aber noch mehr die Leserschrift von Atti Griebel in derselben Zeitung sprechen mir aus dem Herzen.

Der Vater Wolf Biermanns und mein Vater saßen beide aus politischen Gründen im Zuchthaus Bremen-Oslebshausen. Dadurch lernten sich unsere Mütter kennen. Sie freundeten sich an. Ich wurde unter dem Druck der Sippenhaft Soldat der faschistischen Wehrmacht. Bei einem Fronturlaub traf ich im Februar 1944 mit der Genossin Emmi Biermann, der Mutter von Wolf, zusammen. Es ergaben sich intensive Diskussionen über den faschistischen Krieg. Dabei schenkte mir Emmi das Kommunistische Manifest. Ich las es noch in der gleichen Nacht.

Mir war bekannt, daß Wolf Biermann nach dem Krieg in die DDR übersiedelte, hier die Schule besuchte und auch studierte. So freute ich mich, als er 1967 nach Rostock kam und ein paar Tage bei meinen Eltern verbrachte. Doch wie wurden wir enttäuscht! Er vertrat schon damals keine kommunistischen Positionen. Für ihn gab es in der DDR nur Kohl- oder Betonköpfe. In Gesprächen war er der Meinung, daß die beiden deutschen Staaten – DDR wie BRD – für ihn keine politische Heimat seien, so daß er auszuwandern gedenke.

Heute bin ich mir sicher, daß er bereits zu jener Zeit ein Kommunistenhasser war. So empfand ich es nicht als Überraschung, daß er „auf der anderen Seite der Barrikade“ landete. Dafür hat er nun das Bundesverdienstkreuz erhalten. Die Ehrenbürgerschaft, die ihm der Berliner Senat antrug, kommt aus der gleichen Wurzel. Die PDS enthielt sich dabei der Stimme, obwohl Biermann die DDR als „Tierversuch“ bezeichnet

und damit deren Bürger, ja Millionen Antifaschisten, beleidigt hat.

Sollte man Wolf Biermann eines Tages auch noch ein Ehrengrab beschenken, dann bitte ohne weiteren Gedenkstein neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Dr. Hermann Schuldt, Rostock

Im Novemberheft machte Dr. Peter Fisch Anmerkungen zum „Lied der Deutschen“. Ich möchte noch einmal auf diesen wertvollen Beitrag zurückkommen, denn auch die Aufklärung über solche Phänomene, die nicht im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung stehen, ist wichtig.

Im humanistischen Gymnasium (!) hörten wir von den Helden von Langemarck, von der – vornehmlich akademischen – deutschen Jugend, die am 11. 11. 1914 mit diesem Lied auf den Lippen in den Tod gehetzt wurde. Der „Tod fürs Vaterland“ wurde uns als Ideal vermittelt.

Und dann hatten wir mehr als tausendmal dieses Lied, an das sich unmittelbar das Horst-Wessel-Lied (Die Fahne hoch ...) anschloß, zu singen – oder zumindest so zu tun.

Wie froh war ich nach dem 8. Mai 1945, dieses verfluchte Lied nicht mehr singen und hören zu müssen. Als wir unter den Bundesadler fielen, war es für mich unerträglich, die Melodie – wenn auch jetzt ohne das Horst-Wessel-Lied – wieder zu vernehmen.

Übrigens erinnerte mich die WM im vergangenen Sommer an Hitlers Olympiade im Jahr 1936, wo wir Pimpfe in das Olympiastadion befohlen wurden – auch mit diesem Lied. Mit der Olympiade wollte Hitler der Weltöffentlichkeit sein Drittes Reich als schön und edel vorzeigen. Kurz danach begannen seine Eroberungen: Er okkupierte Österreich, die Sudeten, das Memelland und überfiel Polen als Beginn seines barbarischen Krieges.

Bei der Fußball-WM wollte sich die größer gewordene BRD ebenfalls vor der Weltöffentlichkeit im besten Licht darstellen. Aber hinter den sportlichen Ereignissen und Erfolgen – gerade bei der immer wieder gespielten Melodie – zeigten sich deutsche Großmannssucht und Nationalismus!

RA Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

Das Buch von Friedrich Wolff „Einigkeit und Recht“ hat mich sehr beeindruckt. Was der bekannte DDR-Jurist hier zusammengetragen hat, ist nach meiner Meinung umwerfend kompetent und aussagekräftig. Vieles davon müßte stärker bekanntgemacht werden.

Ilse Konrad, Neustrelitz

Nun ist es heraus: Man kann in diesem Deutschland ruhig Antifaschisten beschimpfen und beleidigen, das ist nicht strafbar. Schließlich darf heute jeder seine Meinung umwerfend kompetent und aussagekräftig. Vieles davon müßte stärker bekanntgemacht werden.

Burkhard Kammhoff, Templin

Die regionale Tageszeitung von Ludwigsburg verbreitete dieser Tage eine bemerkenswerte Äußerung des Menschenrechtsbeauftragten der BRD, Günter Nooke. Dieser, den meisten Ostdeutschen nicht unbekannt Mann, findet es z. B. übertrieben, wie mit Guantanamo kritisch umgegangen wird. Es gebe „Tausende von Menschenrechtsverletzungen in Darfur, Sri Lanka, China, Rußland, Kuba, Nordkorea und Myanmar“. Angesichts dessen sei das Lager mit derzeit 395 Gefangenen nicht besonders bedeutend. Wenn ich bedenke, was der Mann in seiner „Wende-Helden-Zeit“ alles bedeutend gefunden hat ...! Woran mißt er heute die Bedeutung von Menschenrechtsverletzungen? Seine Aufzählung allein ist vielsagend. Er ist kein Mann der unveräußerlichen Menschen-

rechte, sondern schlicht und einfach ein rabibulöser Antikommunist.

Roland Winkler, Remseck

Als langjähriger „RotFuchs“-Leser habe ich das Bedürfnis, auch den künstlerischen Mitarbeitern, die die Zeitschrift ständig durch ihre Karikaturen und Grafiken bereichern, meinen Dank auszusprechen. Die Arbeit von Klaus Parche in der Januar-Ausgabe hat mich besonders berührt. Wie alle seine Grafiken enthält auch sie eine sehr klare politische Aussage. Die Darstellung der Traditionen des deutschen Imperialismus, Faschismus und Militarismus bis hin zur aggressiven Militärpolitik der derzeitigen Bundesregierung ist gut geeignet, den Betrachter zur Auseinandersetzung anzuregen.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Am 3. Januar ist Dr. Gerhard Dengler, der Mitherausgeber des DDR-Braunbuchs über Kriegs- und Nazi-Verbrecher in der alten Bundesrepublik, verstorben.

In der Traueranzeige seiner Familie hieß es: „Stalingrad war seine Schicksalswende.“ Im Januar 1943 wandte sich der einstige Wehrmachtsoffizier an den Chef der eingeschlossenen 6. Armee, die ausweglose Situation durch Kapitulation zu beenden. Aber Paulus, der am anderen Tag durch Hitler zum Generalfeldmarschall ernannt wurde, wollte dem jungen Batteriechef, der das Leben seiner Männer zu erhalten trachtete, einfach nicht zuhören. Daraufhin handelte der damalige Hauptmann und lief mit seiner Einheit zu den sowjetischen Truppen über, um zu kapitulieren.

Gerhard Dengler hinterließ uns als Vermächtnis, immer nach dem Sinn militärischen Handelns zu fragen. Bei der ARD lief an seinem Sterbetag die Sendung „Heimkehr im Sarg“. Darin wird beklagt, daß seit Beginn ihres Afghanistan-Einsatzes 18 Bundeswehrsoldaten ihr Leben verloren haben.

Dr. Dieter Langer, Königs Wusterhausen

Im ND ist so viel über den „Stalinismus“ und den Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ in Friedrichsfelde geschrieben worden, daß es mich drängt, meine Gedanken zu Papier zu bringen. „Stalinismus“ ist ein sehr diffuser Begriff. „Opfer des Stalinismus“ – da werden aufrechte Sozialisten und Kommunisten, denen Schlimmstes widerfuhr, in eine Reihe mit Antikommunisten und sogar Faschisten gestellt. Soll ich nun in Friedrichsfelde auch solcher Leute wie Gauleiter Koch und General Wlassow ehrend gedenken? Sie hätten sich gewiß als „Opfer des Stalinismus“ verstanden.

Warum wird der Begriff „Opfer des Hitlerismus“ nicht verwendet? Sicher doch deshalb, weil es fast alle – aus sehr unterschiedlichen Motiven – ablehnen, daß SA-Stabschef Röhm, Graf von Stauffenberg, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid in eine Reihe gestellt werden. Warum kommt eigentlich keiner auf die Idee, im Kölner Dom oder noch besser am Petersdom in Rom eine Gedenktafel „Den Opfern der Inquisition“ anzubringen? Dazu möchte ich Herrn Ratzinger, der lange Zeit der als „Glaubenskongregation“ getarnten heiligen Inquisition vorstand, mal hören.

Die Demonstration zu Ehren von Karl und Rosa ist den Antikommunisten und Antisozialisten schon lange ein Dorn im Auge, nur verbieten oder zusammenschlagen – das begreifen die meisten von ihnen sehr wohl – wäre nicht klug. Also erscheint es ihnen erfolgversprechender, mit Verleumdung und Zersetzung zu arbeiten, Verwirrung zu stiften und sich so das Ärgernis vom Hals zu schaffen oder es umzufälschen. Hat man das im Blick gehabt, als man bei Nacht und Nebel diesen Stein plazierte? Nun höre ich schon die verantwortlichen „Stalinismusopfersteinleger“ sagen, das sei böse Unterstellung! Mag sein, aber mein Glaube an die Redlichkeit der Mitregierungssozialisten ist im Sinken.

Ich habe meine rote Nelke bei Karl und Rosa niedergelegt – auch im Gedenken an alle dort bestatteten aufrechten Sozialisten und Kommunisten.

Bernd Freygang, Berlin

Gisela Karas Leserbrief an das ND zum Lichtenberger Stein entspricht auch meiner Überzeugung. Der bekannten Autorin ging es um die Schändung der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

Ich glaube, daß Werner Eberlein, den kennenzulernen ich das Glück hatte und dessen Bücher ich nicht nur gelesen, sondern auch im Freundeskreis diskutiert habe, an einem Stein mit der Aufschrift „Den Opfern des Stalinismus“ keine Blume niedergelegt hätte, obwohl dieser nach PDS-Funktionärsauskünften auch seinem Vater Hugo Eberlein gewidmet sein soll.

Besser als Gisela Karas könnte ich meine Meinung nicht formulieren. Es drängt sich die Frage auf, wieso für diese Platte in Friedrichsfelde Platz ist, während die Urne des Antifaschisten, anerkannten Verfolgten des Nazi-Regimes und langjährigen Staatsmanns der DDR Erich Honecker, der zehn Jahre im faschistischen Zuchthaus saß, außer Landes bleibt.

Helge Tietze, Bautzen

Ein Prof. Jürgen Hofmann hat im ND vom 5. 1. Bemerkenswertes von sich gegeben. Endlich ist es Mitgliedern der Linkspartei gelungen, dem schon seit langem geplanten Denkmal für die „Opfer des Stalinismus“ einen Platz zu geben. Nur über die Größe bin ich entsetzt. Gerade 40 x 60 cm sind den Steinsetzern die Opfer wert. Wer sind diese überhaupt? Ich denke, wir alle. Haben wir nicht 40 Jahre in dieser stalinistisch geprägten DDR ausharren müssen? Schon als Kinder wurden wir in die Jungen Pioniere gezwungen und mußten dort Friedenslieder singen. Als Jugendliche drangsalierte man uns so lange, bis wir den Sozialismus mit der Waffe in der Hand schützten und in den Betrieben um die Normerfüllung kämpften. Aber auch solche Dinge wie Kindergartenplätze für 30 Pfennig pro Tag, kostenlose Arztbesuche und Behandlungen, 14tägigen FDGB-Urlaub ab 30 Mark mußten wir über uns ergehen lassen. Vergessen darf man hier nicht die allen Schulabgängern aufgezwungene Pflicht, einen Beruf zu erlernen, was die anschließende Weiterbeschäftigung in den Betrieben nach sich zog. Unseren Jugendlichen blieb nichts erspart: Sie hatten nicht einmal Zeit, Drogen zu genießen, vom verbotenen Herumballern in den Schulen ganz zu schweigen.

Opfer waren also wir alle, außer jenen, die den stalinistischen Druck nicht mehr ertrugen und in den Westen gingen.

Sind angesichts all des geschilderten Leids 40 x 60 cm nicht viel zu mickrig?

Wolfgang Zierold, Oelsnitz

„Gegen den Strom der Lüge“, überschrieb die „Krasnaja Swesda“, das Organ des russischen Verteidigungsministeriums, einen Beitrag von mir, den es unlängst veröffentlichte. Der Artikel führt dem Leser vor Augen, wie die Sieger aus der BRD mit den Besiegten umgehen. Er schildert, wie einstige DDR-Waffenbrüder der Sowjetarmee juristischer Verfolgung und rentenrechtlicher Bestrafung unterliegen. Wie sie durch einen gnadenlosen Medienkrieg und durch die Einrichtung sogenannter Gedenkstätten permanenter Verleumdung ausgesetzt sind.

In der BRD dürfte sich keine bürgerliche Zeitung finden, welche zu diesem Thema die Tatsachen wahrheitsgemäß wiedergibt. Das läßt die vielgepriesene Pressefreiheit nicht zu.

Wie die Moskauer Veröffentlichung indes zeigt, hüllen sich unsere einstigen Waffenbrüder aus Rußland nicht in feiges Schweigen. Viele von ihnen haben uns nicht vergessen.

Dr. Dieter Lehmann, Generalmajor a. D., Dresden

Der Artikel „Stößt die Menschheit an ihre Grenzen?“ von Prof. Dr. Fred Matho verdient besondere Aufmerksamkeit, denn er summiert die Problematik unserer Ära aus einer marxisti-

schen Perspektive. Der maßlosen Verschwendung materieller Güter und schöpferischer Initiativen kann nur unter einer sozialistischen Weltordnung Einhalt geboten werden. Die Notwendigkeit einer drastischen Änderung der Verhältnisse wird in immer weiteren Kreisen anerkannt, ohne daß diese daraus ideologische Konsequenzen ziehen. Es ist daher die Aufgabe der bewußten sozialistischen Kräfte, den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ausbeutung und Sanierung unserer Umwelt hervorzuheben. Krasse Beispiele wie die Zerstörung des Amazonasurwaldes für Plantagen zur Erzeugung von Millionen Tonnen Sojabohnen oder die private Aneignung des Quellwassers in Bolivien und dessen Weiterverkauf an die verarmte Bevölkerung bestätigen Prof. Mathos Argumente. Die horrende Luftverschmutzung durch Industrie und Verkehr wäre technisch durchaus kontrollierbar, wenn die Unternehmer bereit sein würden, die Kosten hierfür zu tragen. Aber dort, wo soziale Notwendigkeiten mit der Jagd nach Dividenden kollidieren, haben die Interessen der Aktionäre unbedingten Vorrang. Das Matho-Thema ist heute von höchster Aktualität.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Den Aussagen von Prof. Matho stimme ich weitestgehend zu, möchte jedoch ergänzend auf zwei Probleme aufmerksam machen:

Erstens: Prinzipiell für richtig halte ich die Forderung nach einem neuen Typ des Wachstums. Für einen längeren Zeitraum dürfte das vor allem auf die entwickelten Industriestaaten zutreffen. Für einen großen Teil der Menschheit aber, der an Hunger leidet, schlechtes oder unzureichend Trinkwasser erhält und kaum Zugang zu Bildung hat, wird quantitatives Wachstum weiterhin unerlässlich sein. Matho schreibt ja selbst: „Für viele ist ein Mehr zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse durchaus noch bitter nötig oder gar lebensentscheidend.“

Zweitens: Prof. Matho fordert eine „gewisse Dematerialisierung“ des Wohlstands. Das ist durchaus wünschenswert, aber leider mehr auch nicht. Eine solche Forderung erscheint mir lebensfremd. Vielmehr ist es doch so, daß Kapitalisten niemals freiwillig auf Profit verzichten, aber auch unterdrückte Klassen und Schichten ein einmal erreichtes Lebensniveau nicht aufgeben wollen. Im Gegenteil. Das Streben geht nach immer mehr Profit und ständig neuen Produkten und Dienstleistungen. In den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion sollten vielmehr Forderungen nach praktischen Veränderungen gestellt werden. Gegenwärtig belegt man überschüssige Ressourcen, wie z. B. die Arbeitskraft, mit Abgaben und Steuern. Es ist unlogisch, mit einer Produktivkraft sparsam umzugehen, die ausreichend vorhanden ist. Belasten mit hohen Steuern, Abgaben und Preisen sollte man nur begrenzt vorhandene Reserven wie Energie, Rohstoffe und Wasser. Damit könnten auch erste Schritte zu einem neuen Wachstumstyp gegangen werden.

Dankenswerterweise hat Prof. Matho eine Problematik aufgeworfen, die in ihrer außerordentlichen Bedeutung keineswegs unterschätzt werden darf.

Dr. Horst Kober, Suhl

Wenn man bedenkt, daß Bertolt Brecht Wert darauf legte, daß sein Theater politisch ist und er eine spezielle Methode entwickelte, politische Inhalte auf dem Theater zu vermitteln, allerdings nicht ohne Vergnügen und Spaß beim Erkenntnisgewinn, dann könnte man zu der Meinung kommen, daß linke Politik mit dieser Theatermethode verwandt sein müsse oder umgekehrt, um sich ihre eigenen Zuschauer oder Parteigänger selber zu schaffen. Es scheint allerdings die Frage, was mehr Wirkung hat, linkes Theater oder linke Politik heutzutage, oder gibt es in der linken Politik jetzt schon zu viel linkes Theater?

Manfred Hocke, Berlin

Obwohl ich jeden Tag 14 Stunden arbeite, freue ich mich Ende des Monats auf das Erscheinen des neuen „RotFuchs“ und die geistige Ausein-

andersetzung mit den einzelnen Artikeln. Den Inhalt und die politischen Aussagen der Leitartikel würde ich auch persönlich unterschreiben. Viele der anderen Beiträge sind sehr informativ und helfen mir, die aktuellen Prozesse in Europa und insgesamt auf unserem Erdball besser zu verstehen. Ich begreife aber nicht, wie ein Professor der Parteihochschule (Fricke) heute erklären kann, er habe seinerzeit mit Rücksicht auf das Ansehen des Sozialismus zu bestimmten Dingen geschwiegen. Ich verstehe auch nicht, wenn der ehemalige 1. Sekretär einer Kreisleitung (Timm) die Probleme an den Ereignissen des Herbstes 1989 festmacht.

Ich habe bereits 1982 um meine, unsere DDR geweint. Da war Gorbatschow noch nicht am Ruder, aber ehemals einflussreiche Genossen in der DDR sahen zu, wie wir „erfolgreich“ gegen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus verstießen. Mancher meldet sich auch heute noch zu Wort und „erklärt“ sein eigenes Versagen mit Gorbatschow und der Konterrevolution.

Ich bin gegen Selbstzerfleischung. Aber dort, wo Prof. Dieckmann angefangen hat, müssen wir gemeinsam weiterarbeiten, ohne uns selbst zu belügen.

**Roland Hampel,
Lutherstadt Wittenberg**

Innenminister Schäuble hat sich mit Altersstarrsinn an seinem Lieblingsthema festgebissen: Passagiermaschinen abzuschließen, die sich im BRD-Luftraum in Terroristenhand befinden. Man stelle sich vor: Da sollen nach seinem Willen Hunderte unschuldiger Urlauber oder Dienstreisender einfach umgebracht werden. Wie viele Terroristen sich an Bord der Maschine befinden, interessiert ihn ebensowenig wie die Möglichkeit, daß Passagiere – den Tod vor Augen – noch bis zuletzt versuchen könnten, die Entführer zu überwältigen. Bei seinem Vorhaben geht Schäuble sicher davon aus, daß nicht er oder Angehörige seiner Familie in dem Flugzeug sitzen. Im übrigen kann ja die Bundesluftwaffe das Maschine ruhig abknallen.

Werner Juhlemann, Geithain

Passagierflugzeuge abzuschließen und Herr über Leben und Tod sein zu können – der Bundesinnenminister will das Grundgesetz, oder was noch davon übrig ist, mit einem Quasigesetz aushebeln. Sind wir schon wieder so weit im schleichenden Faschismus, daß völlig Unschuldige, dazu in Masse, nach eigenem Gusto eines Militärhauptlings umgebracht werden dürfen?

Seit unter der rot-grünen Bundesregierung der Weg für den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland freigemacht wurde, wächst der Hang zum Militarismus ins Bodenlose. Es reicht den Herrschenden nicht mehr, daß im Ausland auf Menschen geschossen wird. Nun wollen sie den Staatsterror auch gegen das eigene Volk richten.

Ich frage mich: Wer schützt uns Bürger vor solchen Terrorbekämpfern?

Roland Schwarzenberger, Bruchsal

In der sich als Sprachrohr Ostdeutschlands ausgebenden „SUPERILLU“ behauptet der Schauspieler Ulrich Mühe, in der DDR wäre ein „schiefes Bild von der Nazivergangenheit verbreitet“ worden. Das zu beurteilen, soll er gefälligst den Angehörigen jener Generation überlassen, die sowohl die Nazizeit als auch die DDR bewußt erlebt hat. Und diese erinnert sich noch sehr gut daran, daß bis 1989 von der DEFA, dem DDR-Fernsehen und aus der Feder namhafter Schriftsteller über Jahrzehnte durch eindringliche und die Wirklichkeit widerspiegelnde Werke die Wahrheit über das verbrecherische Hitlerregime vermittelt wurde. Organisierte Besuche in Auschwitz, Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück und anderen grauenhaften Stätten dieser Zeit waren für viele Jugendliche prägend. Heute dagegen wird Hitler, wie der Volksmund sagt, nur auf die Schippe genommen, und das Fernsehen zeigt, welche Beziehungen er zu Frauen, zu seinen

Ministern und zu Hunden hatte und wie er auf dem Obersalzberg lebte. Mit dem neuen Film „Mein Führer“ wird das Bild noch schief.

Horst Zimmermann, Cottbus

Hitlerdarsteller Helge Schneider ist eine Witzfigur – Hitler war es nicht! Und führe keiner den Charlie Chaplin ins Feld. Chaplin war ein Künstler – Schneider ist ein Radaumacher.

Rosa Hesse, Recklinghausen

In Portugal hat die progressive Gewerkschaft CGTP Intersindical bei etwa 10 Millionen Landesbürgern rund 2 Millionen Mitglieder. Die KP zählt 135000 Genossen. Eine ähnliche Proportion KP – Arbeiterklasse – Bevölkerung gab es zu Lenins Zeiten in Sowjetrußland. Die Partei besaß die Macht, aber ihre Mitglieder hatten keine Privilegien. Funktionäre durften nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter. Leitende parteilose Fachleute hatten oft wesentlich höhere Bezüge. Erst mit dem Übergang zur aufgeschwemmten Massenpartei und der Regel, daß einem Genossen generell mehr vertraut und zugestanden wurde, strömten die Karrieristen scharenweise in die Partei. Und nach einiger Zeit entstand die „Nomenklatura“, fast so etwas wie eine neue Klasse. Das geschah in der Sowjetunion, aber in ähnlicher Weise auch bei uns. Das Ergebnis ist bekannt.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Erinnert sich noch jemand an Regina Zindler und ihren „Maschendrahtzaun“? Nun ist es wieder ein Zaun, der die Gemüter erregt. Allerdings diesmal nicht wegen eines durch ihn hindurchwachsenden Knallerbsenstrauches und auch nicht in Sachsen, sondern an der Ostsee, genauer gesagt in Heiligendamm. Und es ist auch kein einfacher Maschendraht, der da um ein Grundstück gezogen wird, sondern ein Sicherheitsmaschendraht mit Untergrab- und Überkletterschutz sowie Fernsehkameras und Bewegungsmeldern. Er hat auch nicht direkt mit Knallerbsen zu tun, sondern nur mit der Sicherheit der Teilnehmer des G-8-Gipfels, der sich zu Sommerbeginn dort zusammenfindet. Nach den drei Tagen wird der Zaun wieder abgebaut, dann werden mindestens 13 Millionen Euro verschrottet, denn so viel hat die Dreitagsfliege gekostet. Und auch die 16 000 Polizisten, die die mitgebrachte Security verstärken, können dann nach dem harten Dienst ausspannen. Sollte es also doch nicht so weit her sein mit der Sympathie für G-8-Akteure und deren „Arbeit“? Wenn sie sich vor ihren Bürgern, die sie ja offiziell vertreten, so extrem schützen müssen, dann ist wohl vertreten nicht ganz der richtige Ausdruck. Regina Zindler dürfte bei weitem das kleinere Übel sein.

Maik Reichelt, Schwarzenberg

Ich hoffe, daß der „RotFuchs“ keine rein theoretische Zeitschrift wird, also keine zweite „Einheit“. Wer sollte das Blatt dann lesen?

Die Darlegungen von Prof. Anton Latzo im Dezember-„RotFuchs“ finde ich sehr wertvoll. Er zeigt, wie weit sich Gysi und andere „Genossen“ bereits von Marx, Engels und Lenin entfernt haben. Den Leitartikel „Maske in Rot“ sollten sie sich hinter die Ohren schreiben.

Karl-Heinz Peukert, Neubrandenburg

Am 17. August letzten Jahres starb meine liebe Frau Simona. Sie war eine Seele von Mensch. Dieser Staat ist indirekt schuld daran, daß sie nur 44 Jahre alt wurde. Im Jahr 2000 begann sie in der Wurstfabrik Zimbo in Suhl zu arbeiten. Die Schichten gehen dort bis ins Unendliche. Ihre längste dauerte von 5 Uhr früh bis 20 Uhr. In der Firma herrschte ein regelrechtes Mobbingklima. Im letzten Monat ihrer Probezeit erkrankte meine Frau an Grippe. Sie war nicht arbeitsfähig. Als sie zum Arzt ging, wurde sie krankgeschrieben. Nach ein paar Tagen traf bei uns ein Brief des Geschäftsführers Thesing ein, meine Frau solle sofort im Betrieb erscheinen, sonst drohe ihr die Kündigung. Ich begab mich zur Firma und überzeugte Thesing, daß seine

Arbeiterin tatsächlich krank war. Wir gingen im Guten auseinander. Zwei Wochen, nachdem meine Frau in den Betrieb zurückgekehrt war, erhielt sie die Kündigung. Der Geschäftsführer bemerkte nur, während der Probezeit müsse er keine Gründe für eine Entlassung angeben.

Meine Frau bekam dann eine Anstellung in einem Altersheim. Dort war sie sehr beliebt. Heimbewohner nannten sie sogar ihren „kleinen Sonnenschein“. Zum Arzt ging sie allerdings nie wieder, weil sie ständig befürchtete, mit einem Krankenschein abermals rausgeworfen zu werden. So wurde ihr Krebs zu spät erkannt. Der Staat, der Arbeiter in solchem Maße rechtlos macht, trägt Mitschuld am Tod meiner Frau.

Andreas Focke, Suhl

Auf Seite 32 der „RotFuchs“-Ausgabe vom Januar hat Klaus Parche seiner Grafik den bezeichnenden Titel „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ gegeben. Doch wenn es sich um den zu verdammenden Afghanistaninsatz handeln sollte, müßte man wohl mehr die Helfer- und Vasallenrolle der Bundeswehr unter der Oberaufsicht des „Meisters aus den USA“ hervorheben.

Wenn wir uns aber mit dem Nahen Osten beschäftigen und mit dem „Meister aus ...“, würde ich vorschlagen, sich Palästina und Libanon zuzuwenden. Armer Paul Celan! Du müßtest Deine „Todesfuge“ umschreiben in: „Der Tod ist ein Meister aus Israel“.

Leonhard Schäfer, Florenz

Unsere Kanzlerin läßt wirklich keine Gelegenheit aus, um ihre Beliebtheitsskala weiter nach unten zu schrauben. Daß Fein- und Taktgefühl nicht ihre Stärke ist, hat sie während ihrer Amtszeit schon oft genug bewiesen. Nun will sie den Ministern der letzten „DDR“-Regierung, die den Ausverkauf betrieb, zusätzlich 1000 bis 1100 Euro monatlich zu ihrer durch Beitragszahlung erworbenen Rente draufschlagen. Die SPD wird natürlich mitmachen. Für ganze 174 Tage im Amt! Frau Merkel scheint vollkommen vergessen zu haben, daß die Mehrheit der Menschen dafür ihr ganzes Arbeitsleben einsetzen muß. **Marianne Buschko, Hoyerswerda**

Aufs Erquicklichste können die sogenannten politischen Beamten, ob sie nun parlamentarische Staatssekretäre, die eigens dazu erfunden wurden, oder schlichte Landräte sind, die Vorteile des öffentlichen Amtes mit denen der Besoldungsordnung verknüpfen. Denn immer dann, wenn irgendwo im Lande ein Spitzenbeamter seinen Job verliert, regnet es Geldscheine. Als Hannovers Wirtschaftsdezernent Heinz Kruse bei der Abstimmung über seine Weiterbeschäftigung keine Mehrheit in der rot-grünen Stadtregierung fand, bedeutete der Jahresverlust keineswegs einen finanziellen Abstieg wie bei jedem Arbeitslosen nach Hartz IV. Bis zu seiner Pensionierung stehen ihm nämlich Ruhebezüge in Höhe von monatlich 4500 Euro zu, obwohl er mittlerweile Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft wurde und dort ein Jahresgehalt von etwa 100 000 Euro einstreicht. Frau Irmgard Schwaetzer, sie hieß nicht nur so, ließ als Bundesbaumministerin die seinerzeitigen neuen Bundestagsbauten im Rhein ersaufen, was einen Schaden von fast einer halben Milliarde Euro verursachte. Sie bekam aber zu ihren Ruhestandsbezügen damals eine Dotation von 260 000 Mark. Philipp Jenninger, der wegen eines „falschen Zungenschlagers“ demissionieren mußte, bezog neben seiner noch höher als bisher bezahlten neuen Stelle als Gesandter in Wien 200 000 Mark Dotation.

Der frühere Staatsminister Horst Teltschik schlüpfte im Vorstand des Münchener Autobauers BMW unter, der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer wechselte als Geschäftsführer zum Medienkonzern Burda, Bayerns Ex-Finanzminister Gerold Tandler gelang der Sprung in den Vorstand der Maschinenbaufirma Linde, sein Nachfolger Georg von Waldenfels rückte in den VIAG-Vorstand ein.

Theodor Odenthal, Weimar



Im Westen was Neues

Grafik: Klaus Parche

Am **6. März** um **18 Uhr** spricht RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** in **Leipzig**, Liebkecht-Haus, Braustraße 15, über das Thema

Portugals Nelkenrevolution und der heutige Masseneinfluß der Kommunisten

Es werden zwei Filme gezeigt.
Die **Regionalgruppe Leipzig** lädt dazu ein.

Am **9. März** um **17.30 Uhr** (!) findet im **ND-Gebäude** am Franz-Mehring-Platz eine Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** mit **Sahra Wagenknecht**, Mitglied des Europa-Parlaments, statt.

Ihr Thema ● ● ● ● ● ● ● ●
**Notwendigkeit und
Möglichkeiten linker
Politik in Europa**

Am **26. März** um **15 Uhr** spricht **Prof. Dr. Götz Dieckmann**, stellv. Vors. des RF-Fördervereins, im Familienzentrum Lütten-Klein „Charisma“, St. Petersburger Straße 18 b, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Rostock** zum Thema

Ursachen und Hintergründe des Sieges der Konterrevolution

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

**Internet-Präsentation
des „RotFuchs“ und
akustische Ausgabe**
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Christa und
Bernd Koletzki u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74